

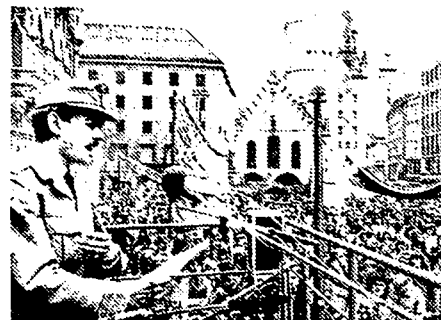
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



6. Juni 1981
Jg. 2 Nr. 12

G 7756 D Preis:
2 DM



Verteidigungshaushalt: Wenn die SPD den Haushalt nicht platzen läßt, kann die Regierung über den Haushalt platzen
Seite 3



Studenten: SPD: „Ausbildungsförderung ... Kernstück der Sozialpolitik im Bildungsbereich“ – CDU: „Noch unbejagte Reviere“
Seite 13



Belgien: Regierung schmiert die Profitmacherei, Lohnabhängige sollen zahlen
Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich. GNN, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Kamekestr. 19, Tel. 51 74 57.

Inhalt

Verteidigungshaushalt: Wenn die SPD den Haushalt nicht plätzen läßt, kann die Regierung über den Haushalt plätzen.. Seite 3

Wehrsold in einigen NATO-Armeen Seite 4

Zunehmende Zahl von Kriegsdienstverweigerern Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

„Raketenkrise“: Arabische Liga unterstützt die PLO und Syrien
Seite 7

Opec: Produktionsdrosselung beschlossen Seite 7

Azania: Streiks und Guerillaoperationen treffen Konzerne und Kolonialregime Seite 8

Entwicklungshilfe: CDU/CSU-Vorschläge nach BDI-Maßstäben
Seite 9

BRD—USA: Hohe Zinsen: den BRD-Imperialisten auch recht
Seite 9

Fahrpreise: Einwirkung von Bund und Ländern auf den öffentlichen Personennahverkehr Seite 10

Klose-Rücktritt: „Ich wollte nicht stürzen“ Seite 11

Neofaschisten: Gewerkschafter nehmen den Kampf auf
Seite 12

Studenten: SPD: „Ausbildungsförderung ... Kernstück der Sozialpolitik im Bildungsbereich“ — CDU: „Noch unbejagte Reviere“ Seite 13

7. BAFöG-Novelle: Kürzungen für die nächsten drei Jahre
Seite 13

Rechte der Studenten und Belegschaften Seite 14

VDS- und Gewerkschaftsforderungen zur BAFöG-Gesetzgebung
Seite 16

Auswirkungen der BAFöG-Gesetzgebung 1972—1980 .. Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Gelöbnisse: Vorsichtige Propaganda, die Öffentlichkeit wieder ausgeladen Seite 19

Nordrhein-Westfalen: 600 Lehrer für zwei Jahre arbeitslos
Seite 19

Stationierungsstreitkräfte: Verhandlungen über Arbeitsplatz- und Einkommensschutz Seite 20

Westberlin: Rechtsstellung der Zivilbeschäftigten Seite 21

Kostendämpfung: 11. Deutscher Krankenhaustag Seite 21

Justiz: BVG bestätigt Urteil im Händle-Prozeß Seite 21

Man-München: Lackierer wehren sich gegen Lohnsenkung
Seite 22

Spritzlackieren Seite 23

Daimler-Benz: Teststrecke: Baldiger Baubeginn geplant
Seite 23

Asylanten: Neue Urteile gegen Asylbewerber Seite 24

Flughafenbau: Volksbegehren gegen Startbahn West ... Seite 24

Elbfischer: Die Elbfischer kämpfen um ihre Existenz und fordern: Sanierung der Elbe bis 1984! Seite 25

Die Norddeutsche Affinerie Seite 26

Stichwort Elbwasser Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Belgien: Regierung schmiert die Profitmacherei, die Lohnabhängigen sollen zahlen Seite 29

Italien: Gewerkschaftsspaltung begünstigt Lohnsenkung
Seite 30

Dänemark: Streiks für Teuerungsausgleich Seite 30

Polen: Kreditverhandlungen westlicher Banken Seite 31

Chile: Kupferbergleute streiken seit fünf Wochen Seite 31

Indien: Wachsende Probleme im Land. Imperialisten suchen Einbruchsmöglichkeiten Seite 32

Nicht nur die Sowjetunion in Indien engagiert Seite 33

VR China: Restriktionen für ländliche Industrie Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Ausstellung: Tutanchamun oder Beschränkung der Kunst und Kultur Ägyptens auf Pharaonengeschichte Seite 34

Abendländische Archäologie Seite 34

Die archäologischen Methoden ändern sich Seite 34

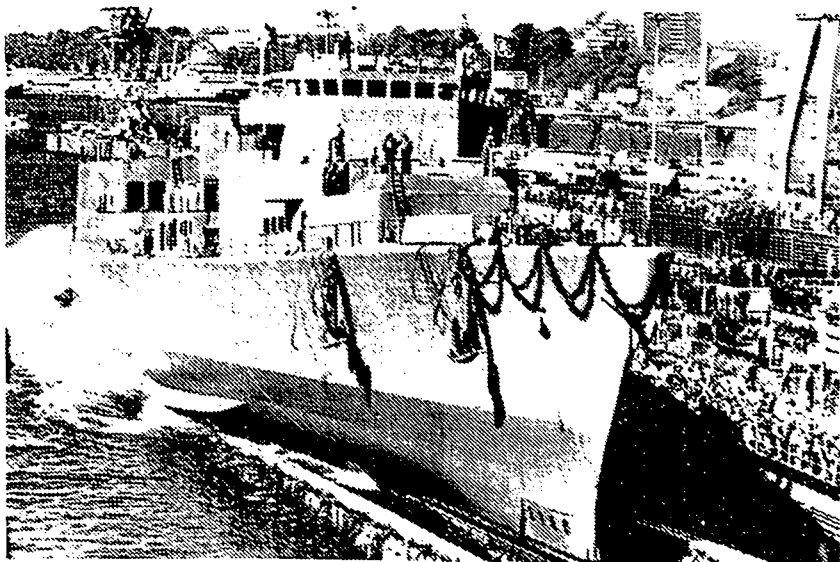
Masada: „großer historischer Film“? Seite 35

Tourismus: Nutzen für die Dritte Welt höchst zweifelhaft
Seite 35

Österreichischer Staatsvertrag: „Verbot des Anschlusses an Deutschland“ Seite 36

Europäische Gemeinschaft: Die Bourgeoisie hält die EG-Verträge für unkündbar Seite 37

Lohnhöhe und Ausbildung IV Seite 38



Die Ausgaben für Aufrüstung steigen 1981 um über 18%, der Wehretat insgesamt um über 3% real.

Verteidigungshaushalt

Wenn die SPD den Haushalt nicht platzen läßt, kann die Regierung über den Haushalt platzen

Die regierende SPD steht vor einer Zerreißprobe. Die CDU/CSU-Opposition erwägt aufgrund der im inzwischen überarbeiteten Haushaltsentwurf 81 weiter gestiegenen Neuverschuldung des Bundes die Verfassungsklage. Den Vorwand bietet die Bestimmung des Grundgesetzes, nach der die Neuverschuldung die staatlichen Investitionsausgaben nicht bzw. nur im Ausnahmefall übersteigen darf; dies ist im Haushalt 81 der Fall. Der Zweck der Klage-Erwägungen ist durchsichtig. Ohnehin ist die Finanzbourgeoisie dazu übergegangen, die staatliche Kreditaufnahme auf dem inländischen Kapitalmarkt zu erschweren. Sie will die Regierung zu einer durchgreifenden Änderung der Staatsausgaben zwingen. Im Klartext: äußerste Beschnheidung aller Ansprüche der lohnabhängigen Bevölkerung an die Staatskasse zugunsten aller Ausgaben für die Expansionsinteressen der Imperialisten, zugunsten v.a. des Verteidigungshaushaltes und der Rüstungspolitik.

Schmidt ist willig; er selbst hatte auf dem SPD-Parteitag 1979 mit der Entscheidung über die NATO-Mittelstreckenraketenrüstung die Vertrauensfrage verbunden. Jedoch war absehbar, daß, wenn es der SPD nicht gelänge, die Gewerkschaften einzuschwören, der Krach unweigerlich zurück in die SPD getragen werde. So war es auch, und heute gelingt es Schmidt selbst mit der Drohung seines Rücktrittes nicht mehr, den Widerstand in der Partei gegen den Kurs der Kriegsvorbereitung niederzuhalten. Sogar im Parlament bekam er dies jetzt zu spüren: Elf SPD-Abgeordnete versagten dem Antrag der Koalition auf Bekräftigung

des Mittelstreckenraketenbeschlusses ihre Zustimmung, vier weitere verbanden ihr „Ja“ mit der Erklärung, nur Rücksicht auf Erhalt der Koalition habe sie dazu bewogen.

Ob aber der Versuch, die Arbeiterbewegung in Rücksicht auf die SPD in der Regierung zur politischen Mäßigung zu zwingen, gelingen kann? Wichtige Entscheidungen fallen in den nächsten Monaten. Zunächst berät der Bundestag in zweiter und dritter Lesung den „überarbeiteten“ Haushalt 81.

Vor weniger als einem halben Jahr noch gefiel sich Bundesverteidigungsminister Apel in der Rolle eines Mannes, der dem Drängen der US-Regierung, den Wehretat um real 3% zu erhöhen, standhaft die Stirn bietet. Zur Besänftigung der politischen Gegner der Aufrüstung? Vielleicht. Doch schon die erste Fassung des Bundeshaushalts 81, die im Januar in erster Lesung durch den Bundestag ging, trübte den Schein. Demnach hätte der Verteidigungshaushalt nominal um 6,2% erhöht werden sollen, womit die NATO-Maßstäbe fast erreicht waren. Der CDU/CSU war das zu wenig, und sie erhielt die Gelegenheit zum Angriff, zuerst rund um den „Tornado“, dann rund um den ganzen Verteidigungshaushalt. Die interessiert verbreitete Ansicht ist, daß der Antrag von 24 SPD-Abgeordneten, den Wehretat zu kürzen statt zu erhöhen, die CDU so auftrumpfen ließ. Das Gegenteil ist der Fall. Die Tatsache, daß Schmidt & Co. nichts Besseres zu tun hatten, als die widerspenstigen Fraktionsmitglieder abzukanzeln, erlaubte der Opposition, die Regierung beim Wort zu neh-

men. Wer aufrüsten will, muß eben die Kosten tragen. Ergebnis: Zur zweiten Lesung Anfang Juni erscheint der Verteidigungshaushalt um diese 850 Mio. DM aufgestockt. Damit ist er gegenüber dem Vorjahr laut der „Zeit“ um mehr als die berüchtigten 3% real gestiegen.

Doch spricht viel dafür, daß sich die Bourgeoisie mit dieser Steigerung immer noch nicht begnügen und daß sich die SPD/FDP ihrem Verlangen nicht verschließen will. Sowieso hatte Apel ursprünglich von einem „Fehlbedarf“ von 2,3 Mrd. DM, später dann von 1,175 Mrd. DM gesprochen. Die Differenz müßte eben durch „Sparen“ aufgebracht werden. Für solche Fälle fehlgegangenen „Sparens“ gibts dann nach der Sommerpause die Möglichkeit des Nachtragshaushaltes. Man kann wetten, seine Beamten rechnen schon. Denn:

Kaum war Apel der Forderung der Rüstungsmonopole nachgekommen, für 81 weitere 265 Mio. DM für den „Tornado“ bereitzustellen, da meldeten diese gleich neue Forderungen an: Nicht 265 Mio., sondern 463 Mio. DM seien fällig. Wie will sich die Regierung dieser Forderung widersetzen, wenn sie am „Tornado“ festhält?

Kaum waren die zusätzlichen 850 Mio. DM von der Regierung angekündigt, da stimmte die Luftwaffen-Generalität ein öffentliches Gezeter an: Allein die Luftwaffe brauche 81 weitere 900 Mio. DM. Luftwaffeninspekteur Obleser malte vor dem Verteidigungsausschuß ein wahres Schreckensbild über den Zustand seiner Truppe. Seine Klagen in Forderungen übersetzt und zusammenaddiert ließen selbst die ver-

langten 900 Mio. als Tropfen auf den heißen Stein erscheinen. Obleser ist Abteilungsleiter im Ministerium Apel.

Die CDU/CSU läßt auch nicht locker, sondern treibt weiter an: Nicht 850 Mio. zusätzlich seien notwendig, sondern 3,6 Mrd. DM. Sie kann dabei auf Posten verweisen, die von der Regierung längst beschlossen, im Haushalt jedoch nicht abgedeckt sind. So z.B. 500 Mio. DM für „infrastrukturelle Maßnahmen“ im Rahmen der NATO; 190 Mio. „Mehrbedarf“ aufgrund explosiv steigender Kosten des eingeführten Frühwarnsystems AWACS; Kosten für die Durchführung des sogenannten Langfristprogramms usw. Staatssekretär Penner vom Verteidigungsministerium zog es vorerst vor, diesbezügliche Anfragen der CDU/CSU unbeantwortet zu lassen.

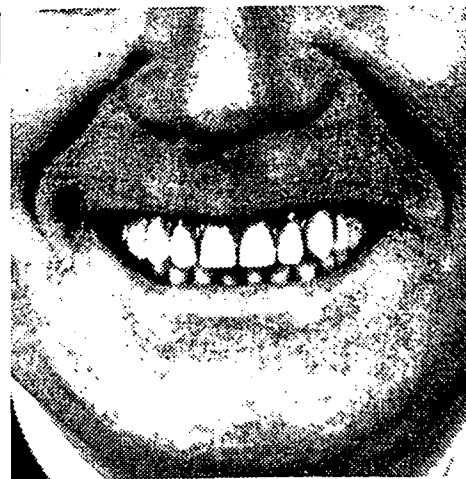
Das Verwirrspiel um den Verteidigungshaushalt dauert also an. Jedoch hat sich die Regierung unter dem finanziellen Druck durch Krediterschweris und dem politischen Druck der CDU/CSU verpflichtet, bis Anfang September die Finanzierungsfrage zu klären. Bereits die jetzigen 850 Mio. DM sollen zu einem guten Viertel durch weitere Streichung der Sparprämie finanziert werden, nachdem der Bundestag gerade erst ca. 230 Mio. DM Sparförderung gestrichen hat. Bis September nun will Schmidt ein Haushaltssicherungsgesetz für 1982 vorlegen, das die Arbeiterbevölkerung allein durch „Einsparungen“ um Ansprüche

in Höhe von ca. 14 Mrd. DM bringen soll. Aus dem Wust von Regierungs- und Oppositionsverlautbarungen zeichnet sich folgendes ab:

Gegen die „Mißbräuche des Arbeitsförderungsgesetzes“, über die sich alle von Schmidt bis Stoltenberg einig sind, empfiehlt die CDU, bei den fälligen Zuschüssen für die Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 10,5 Mrd. DM zu streichen. Der Verlust der Zuschüsse könnte „ausgeglichen“ werden durch Senkung des Arbeitslosengeldes von 68 auf 60% (CDU-Wirtschaftsrat), Verdopplung der Sperrfrist auf 8 Wochen (SPD) bei Erweiterung der Sperrfrstmöglichkeiten, Änderungen bei den Arbeitslosengeldzahlungen für 59jährige Arbeiter (SPD), Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um ein Prozentpunkt (CDU), Besteuerung des Arbeitslosengeldes (CDU/CSU, SPD/FDP).

Fortsetzung der Kostendämpfung im Gesundheitswesen: Das neue Krankenhausfinanzierungsgesetz, gerade vom Kabinett verabschiedet, werde hier nicht ausreichen, heißt es aus dem Ehrenberg-Ministerium. Der Kostenanstieg im Gesundheitswesen soll schon 81 von derzeit 8% auf 4%, also unter die Inflationsrate, gedrückt werden.

Die Kürzung der Renten wird 1982 ohnehin mit dem individuellen Krankenversicherungsbeitrag von 11,8% eingeleitet. Vor allem die FDP drängt hier auf weitere Maßnahmen, die derzeitigen Leistungen jedenfalls seien „weder bezahlbar noch plausibel“.



Der Schein trägt. So wird die CDU/CSU zum lachenden Dritten.

Aus SPD-Kreisen verlautet, daß das Reformwerk der Partnerschaftsrente leider nicht zu bezahlen sei.

Die Aussicht auf Kürzungen beim Kindergeld eröffnete die Regierung mit dem Dementi, daß das Kindergeld für das erste Kind gestrichen werde.

Stoltenberg drängt darauf, die „Übersorgung bei einigen Gruppen im öffentlichen Dienst“ endlich zu beenden. An die Kürzung seines und seinesgleichen Gehalts hat er dabei freilich nicht gedacht.

Zusätzlich zu den angepeilten Kürzungen rechnen die Experten des Finanzministeriums bereits an neuen Steuererhöhungen. Gerade erst ist die Erhöhung der Mineralöl- und Branntweinsteuer in Kraft getreten. Auch die

Wehrsold in einigen NATO-Armeen

Die Lage in den verschiedenen NATO-Armeen sieht für die wehrpflichtigen Soldaten recht unterschiedlich aus. Von den insgesamt 10 Armeen mit Wehrpflicht fehlen bei dem in der Tabelle dargestellten Ver-

gleich die Mittelmeerstaaten Portugal, Italien, Griechenland und Türkei.

Deutlich lassen sich beim Sold zwei Ländergruppen feststellen: Belgien, Frankreich, die BRD auf der einen Seite und die Niederlande und Dänemark

Land	Wehrdienst-dauer/Monate	Schütze	Wehrsold (1)			Entlassungs-geld (2)
			Gefreiter	Ober-Gefr.	Haupt-Gefr.	
Belgien	10		6,1%	6,8%		-
	8 (in BRD)		8,2%	8,8%		-
BRD	15	7,6%	9,4%	10,0%	11,2%	2,5%
		8,8% (3)	10,6% (3)	11,2% (3)	12,3% (3)	-
		9,2% (3)	11,0% (3)	11,5% (3)	12,7% (3)	-
Dänemark	9	58,5%	58,5%	58,5%	58,5%	-
		74,9% (4)	74,9% (4)	74,9% (4)	74,9% (4)	-
Frank-reich	12		7,1%	7,8%	8,6%	-
Nieder-	14-16 (Heer)	39,7% (5)	0,5% (5)	42,6% (5)		-
	15-18 (Lw, Mari-ne)	44,2% (5)	45,2% (5)	47,5% (5)		-
		48,5% (5)	49,5% (5)	52,0% (5)		-
Norwegen	12 (Heer)	17,4%	18,9%	20,5%		2,0% (Heer)
	15 (Lw, Marine)					2,5% (Lw, Ma-rine)

Anmerkungen: (1) bezogen auf den Bruttodurchschnittslohn der männlichen Arbeiter in der Industrie, ohne Gas-, Wasser-, Elektrizitätswirtschaft, 1979; bei Norwegen: männliche Arbeiter in der verarbeitenden Industrie, 1978; Sold von 1980. (2) wie (1), verrechnet auf die Wehrdienstdauer. (3) Jetzige Höhe bzw. geplante Höhe ab Juli 81 bzw. Vorschlag des DGB. (4) Bis 18 Jahre, ab 18 Jahre. (5) Ab 18 Jahre, ab 19 Jahre, ab 20 Jahre.

auf der anderen – wobei Norwegen etwas dazwischen steht, aber mit 1 ¼ bis 2 Mal soviel Sold wie die BRD doch deutlich von der ersten Gruppe abgehoben ist. Belgien und Frankreich nehmen sich beide nicht viel, nur die letzten Monate der Wehrdienstzeit kommen die Soldaten in beiden Armeen auf 50 bis 70% des Solds eines Bundeswehrsoldaten, trotz dessen elender Niedrigkeit. Dagegen liegen die niederländischen Soldaten zwischen dem 3 ½- und 5fachen Sold eines BW-Wehrpflichtigen. Außer in der Höhe fällt Dänemark auch in der Struktur der Wehrsoldzahlungen auf, da die verschiedenen Mannschaftsdienstgrade alle das gleiche bekommen.

Es scheint so zu sein, daß in den Kernländern der westeuropäischen Imperialisten es den Kapitalisten immer noch gelingt, den Teil der Bevölkerung, den sie in die Armee ziehen, ganz enorm unter dem Wert ihrer Arbeitskraft zu bezahlen. Was der Grund für die Höhe des dänischen Wehrsolds ist, der sich ja, weil auf den Bruttolohn bezogen, in der Nähe des Nettolohns bewegen muß, wissen wir noch nicht. In den Niederlanden gilt ein staatlich

neuerlichen Steuererhöhungen sollen v.a. die indirekten Steuern betreffen; für die EG-Mehrwertsteuer „harmonisierung“ sieht man noch viel Luft. Aber auch die Erhöhung der Lohnsteuer brachte Matthöfer ins Gespräch, indem er dementierte.

Nur dank Schmidt, so wird in die öffentliche Meinung gedrückt, befände sich die SPD überhaupt noch in der Regierung. Doch Schmidts Kurs der Kriegsvorbereitung wird die SPD fast unvermeidlich aus der Regierung befördern. Er scheut sich nicht, gegen große Teile der Sozialdemokratie mit der CDU und CSU zu kollaborieren, wie er gerade erst im Bundestag gemeinsam mit der Opposition gegen einige SPD-Abgeordnete stimmte. Sein Kurs und seine Umarmung der CDU/CSU treibt politisch schwankende Teile der Arbeiterbevölkerung in die Arme der Reaktion. Denn reißt er nicht alle ideologischen, politischen und moralischen Hemmnisse ein, die sie zuvor davon abhielten, CDU zu wählen? Schmidt selbst ist der, der der Reaktion die Möglichkeit zum Angriff bietet, sein Kurs bereitet die Ablösung der SPD aus der Regierung vor. Nur durch einen Kurswechsel kann die SPD der Reaktion den Wind aus den Segeln nehmen und auch die FDP daran hindern, mit einem Koalitionswechsel zu liebäugeln. Immerhin stimmten ja rund ein Viertel der Delegierten des FDP-Bundesparteitages, trotz Genschers Rücktrittandrohung, gegen die Mittelstreckenraketenaufrüstung.

festgesetzter Mindestlohn auch für Wehrpflichtige; seit 1965 haben sie sich das Recht auf gewerkschaftliche Organisation erkämpft. 1975 hatte die VVDM 30000 Mitglieder organisiert, u.a. fordert sie: Bezahlung wie Berufssoldaten, Fahrtkostenerstattung, Dienstausschlag, 40-Stundenwoche.

Zu der zum 1. Juli geplanten Erhöhung des Wehrsolds um 1 DM pro Tag hat sich unseres Wissens erstmals auch der DGB geäußert. Er fordert jährliche Erhöhung des Wehrsolds und statt der 30 DM pro Monat 40 DM mehr. Das ist natürlich viel zu wenig, obwohl man ebenso alles unterstützen muß, was die Lage der Wehrpflichtigen bessert. Es ist günstig, daß sich der DGB um die Probleme der Wehrpflichtigen kümmert, nicht so günstig ist es allerdings, daß er diese erste, seit 1978 (!) geplante Erhöhung nicht nach dem Gebrauch der Arbeitskraft mißt. Schon seit einiger Zeit werden über den DGB Wehrpflichtsarbeitskreise für den jeweiligen Standort aufgebaut. Der Hamburger Arbeitskreis hat Sold in Facharbeiterlohnhöhe gefordert.

Zahl der Kriegsdienstverweigerer steigt

Das Recht des Einzelnen auf Kriegsdienstverweigerung hat in der konservativen Staatsapologie eigentlich nicht Platz. Denn nach dieser ist die Staatsgewalt das große Zucht- und Ordnungsmittel, dessen Anwendung die naturhafte Bestie Mensch zu gesittetem Leben in Respekt vor bürgerlichen Freiheiten erst befähigt. Der Gewissensvorbehalt einer Person gegenüber dieser Ordnung und die Weigerung, an deren gewaltsamer Verwirklichung teilzunehmen, sind in die klassischen Begründungen der Machtansprüche des bürgerlichen Staates nicht einzupassen.

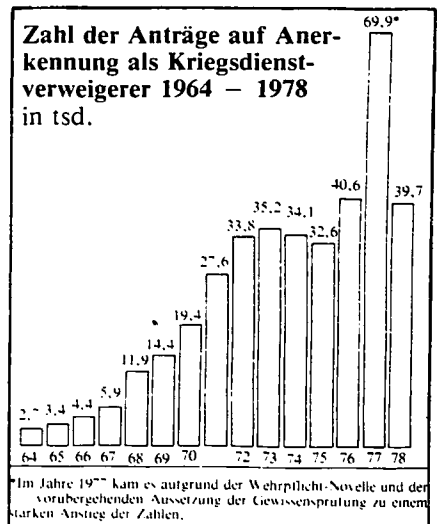
Die Gewährung dieses Rechts war für die aufrüstungsbegierige Monopolbourgeoisie der billigste Preis, für den Wiederaufrüstung und allgemeine Wehrpflicht politisch zu haben waren. Da die faschistische Entfesselung des staatlichen Unterdrückungsapparates der gängigen Phrase vom Schutz des Einzelnen wie der Gesellschaft durch staatliche Gewalt die begründende Kraft beschnitten hatte, mußte ein Zugeständnis dieses Vorgangs folgen, um überhaupt wieder Militärstaat machen zu können.

Allerdings enthält dies Zugeständnis die Einschränkung der Prüfung des Gewissens durch staatliche Organe. Die faktische Handhabung dieses Rechts ist mithin eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse, die im Kampf zwischen der herrschenden und der unterdrückten Klasse allerhand Lavieren nötig machen können. Als allerdings die SPD/FDP-Koalition 1977 beschloß, dem Mitwirken im Wehrpflichttheer den Anschein der Freiwilligkeit zu geben durch Wegfall des Prüfungsverfahrens, legte sich das Bundesverfassungsgericht aus grundsätzlichen Erwägungen quer. Das verlockende Ziel einer politisch geschlossenen, weil von Unzufriedenen und Unruhestiftern gereinigten Armee wog leicht gegen das Schreckbildnis einer entleerten und sich bei jeder kriegsvorbereitenden oder unterdrückenden Aktion der Staatsmacht weiter entleerenden Armee.

Die Zahlenentwicklung der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung liest sich parallel zur Zeitgeschichte: In den frühen sechziger Jahren beginnen die USA in der öffentlichen Meinung auch der BRD und Westberlins ihren vorher guten Ruf anti-faschistischer Kämpfer zu verlieren. Die Haltung der BRD zum Vietnamkrieg ließ deren imperialistische Interessen ver-

wirklichbar im Bündnis mit den USA erkennen. Die Bildung der großen Koalition aus CDU und SPD und die Verabschiedung der Notstandsgesetze verbreiteten die Vermutung, daß auch das Staatswesen der BRD eine Ausgeburt der herrschenden Kapitalistenklasse wäre. Die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung stieg an auf dreißigtausend und einige.

Zahl der Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer 1964 – 1978
in tsd.



Quelle: Schwaborn, Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, Pahl-Rugenstein Köln 1980

Die über Jahre weg fast feststehende Quote steigt in jüngster Zeit: Für 1980 berichtet der Wehrbeauftragte von rund 50000 Anträgen. Der kritische Punkt, an dem der demokratische Dunst weg geht, weil über die Hälfte des Jahrgangs weigern will, rückt näher. Freilich tun sich politische Bedenken gegen diese Entwicklung auf. Wer würde nicht fürchten, die herrschende Klasse im Besitz einer Armee zu sehen, ausgewählt aus solchen, die keine Bedenken hätten? – Aber diese Vorstellung ist bloß fiktiv, denn der politische und ideologische Druck, der von der Verweigerung einer so großen Zahl ausgeht, wird immer beachtlich sein und sehr vorteilhaft auf die Verhältnisse in der Armee wirken. Das Zugeständnis eines Gewissens, dem erlaubt ist, über staatliche Gewalt zu rechten, an viele war der billigste Preis, für den die deutsche Monopolbourgeoisie die Wiederbewaffnung haben konnte, ein billiger Preis war es nicht, und zu befürchten ist, daß die Monopolbourgeoisie den Preis in baren Anerkennungen zu entrichten sich weigert.

Reservisten erklären: Ohne uns!

Ende März fand in Darmstadt ein bundesweites Treffen antimilitaristischer Reservisten-Gruppen aus ganz Westdeutschland und Westberlin statt. Beschlossen wurden u.a. ein einheitlicher Reservisten-Aktionstag für den 13.6. und ein Offener Brief an Verteidigungsminister Apel, der mit Unterschriften von Reservisten aller Dienstgrade auch an die Presse ging. Darin heißt es: „... Aus zwei Weltkriegen wissen wir, daß die Menschen nur fallen mußten, damit die Profite steigen. Ob 'Volk ohne Raum' oder 'Volk ohne Öl' — einen neuen Krieg der Herren um Ihr Geld machen wir nicht mit! ... Um in aller Welt einsatzbereit und im Krieg möglichst wirkungsvoll zu sein ... sollen ... Mittelstreckenraketen stationiert werden, ... gibt es Pläne für den Einsatz von Frauen in der Bundeswehr, ... sollen Rüstungsexporte in aller Herren Länder selbstverständlich werden ... Wir sind nicht bereit, diese Kriegspolitik in irgendeiner Form mitzutragen! ... Wir erklären, daß wir uns weder an kriegsrischen Auseinandersetzungen noch an Kriegsvorbereitungen beteiligen werden und der Bundeswehr ab sofort nicht mehr zur Verfügung stehen!“

DGB nicht vor Ehrenbergs Karren

Ehrenbergs Absicht, die Gewerkschaften für die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes zu gewinnen, ist gescheitert. Die Gewerkschaftsvertreter einer vom Ministerium eingesetzten Kommission weigerten sich, z.B. der Verlängerung der Sperrfristen bei Verweigerung von „zumutbarer“ Arbeit zuzustimmen. — Ehrenberg will den Gesetzentwurf bis Juli vorlegen.

Gegen Abbau von Sozialleistungen

Mit Kundgebungen in Ulzen und Duisburg hat der Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e.V. am Samstag, 30.5., eine „bundesweite Welle von Warn- und Protestaktionen“ eröffnet. Die beiden Kundgebungen hatten jeweils etwa 1000 Teilnehmer. Aktionsziel ist die Haushaltsgesetzgebung 1982. Der Verband

greift die Regierung u.a. wegen der Streichung von 525 Mio. DM für die berufliche Förderung Behindertener an; wegen der Absicht, die KFZ-Steuer umzulegen und damit die KFZ-Steuerbefreiung der Schwerbehinderten aufzuheben; wegen der Kürzungsabsichten beim Arbeitslosengeld und wegen der steigenden Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter.

Schmidts Märchen

Noch nie sei ein BRD-Panzer in Länder außerhalb der NATO exportiert worden, erzählte Schmidt im Bundestag. Wie dennoch der „Marder“ nach Argentinien und in andere Länder der Dritten Welt gerät? Thyssen, Henschel, AEG, Carl Zeiss und die Motor Turbo Union exportieren die Einzelteile nach Argentinien, wo der Panzer laut Vertrag mit Henschel in Lizenzproduktion und unter Anleitung westdeutscher Experten zusammengebaut und von wo er weiterexportiert wird.

BRD — Irak: Hoffnung auf fette Beute

„Deutsche Unternehmer erobern Bagdad“, kommentierte die „FAZ“ die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens für wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Irak am 26. Mai. Die Unterzeichnung dieses Abkommens scheiterte im letzten Jahr und verzögerte sich jetzt mehrmals, weil die irakische Regierung die einverleibenden Ansprüche der Bundesrepublik gegenüber Westberlin nicht vertraglich sanktionieren wollte. Schließlich hat sie dem Druck der BRD-Imperialisten, die die erstmals im Irak dominierende Sowjetunion wirtschaftlich abgeschlagen haben, nachgegeben. Der Irak ist für westdeutsche Firmen (über 500 sind dort tätig) ein „Kernmarkt“ für Bau- und Baustoffmaschinen und soll es noch in diesem Jahr für Werkzeugmaschinen werden. Und erfreut weiß die „FAZ“ zu berichten, daß die meisten europäischen Ausrüstungsgegenstände in den Militärcamps „made in Germany“ sind. Für den Aufbau des Landes hat die irakische Regierung allein für das Jahr 1981 Investitionen in Höhe von 50 Mrd. DM vorge-



Über ein Drittel der lohnabhängigen Frauen sind teilzeitbeschäftigt. Deshalb standen u.a. die Probleme rund um die Teilzeitarbeit im Mittelpunkt der 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz: die Vernutzung der ganzen Arbeitskraft bei Zahlung nur eines Teils, die Tatsache, daß die Teilzeitarbeit nur teilweise in die Rentenberechnung eingeht und daß nur drei Viertel der Teilzeitarbeiterinnen der Versicherungspflicht unterliegen. Vor dem Kongreßgebäude fingen Putzfrauen Minister Ehrenberg ab und konfrontierten ihn mit ihrer Forderung nach Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze von 390 DM oder 10 Stunden.

sehen, die fast ausschließlich für Importe verwendet werden sollen. Allein in den Monaten Januar bis April wurden für 6 Mrd. DM Aufträge an westdeutsche Firmen vergeben, auf das Jahr gerechnet der Löwenanteil an der Investitionssumme. Im gleichen Zeitraum wurden bereits für 3,3 Mrd. DM Waren in den Irak geliefert, 60% mehr als im ganzen Jahr 1980. Ungetrübt ist die Freude dennoch nicht, denn westdeutsche Konzerne werden an den Fabriken, die sie aufstellen, nicht beteiligt. „Wir haben kein Interesse daran, Industrie-Monumente zu errichten, die dann von Ausländern regiert werden.“ (irakischer Staatssekretär)

Niederlande: Große Koalition?

Die Wahlen schufen folgende Lage: Die bisherigen Regierungsparteien CDA (christdemokratisch) und VVD (rechtsliberal) verloren ihre Mehrheit. Die bisher stärkste Parlamentspartei, die sozialdemokratische Partei der Arbeit, verlor neun Sitze und stellt damit nicht mehr die stärkste Fraktion. Die linksliberalen Demokraten 66 verdoppelten die Anzahl ihrer Sitze, sind aber nach wie vor klein. Damit ist weder eine Koalition der Rechten noch eine sozialliberale Regierungsbildung möglich. Dies ist gefährlich. Denn bei geringfügigen Unterschieden befürworten alle genannten Parteien eine Politik der Lohnsenkung, und die sich abzeich-

nende Große Koalition zumindest von CDA, PvdA und D'66 läßt die Bourgeois hoffen, ihr Ziel zu erreichen. — Offen ist jedoch die Frage der Stationierung von 48 Pershing II-Mittelstreckenraketen. Bisher haben die Niederlande nicht zugestimmt; die CDA tritt jedoch für die Stationierung ein, PvdA und D'66 lehnen sie ab, letztere allerdings mit Vorbehalten.

Dritte Welt gegen Billigflaggen

Am 27. Mai begann in Genf eine zehntägige Sondersitzung des UNCTAD-Schiffahrtskomitees. Auf der Tagesordnung stehen Anträge auf ein stufenweises internationales Verbot der Billigflaggen. In seinem Vorbereitungsbericht betont das UNCTAD-Sekretariat, daß die Entwicklungsländer zwar mengenmäßig $\frac{2}{3}$ des Frachtaufkommens in der Welt stellen, aber nur 10% der Handelsflotte kontrollieren. Die entwickelten Industriestaaten dagegen kontrollieren $\frac{3}{4}$ des Schifffraums, einen Großteil über Billigflaggen. $\frac{1}{3}$ der Welthandelsflotte fährt bereits unter Billigflaggen und behindert damit den Aufbau der Flotten der Entwicklungsländer ernsthaft. Außerdem seien die Billigflaggen schädlich für die Aufrechterhaltung eines ordentlichen Standards bei Sicherheits-, Arbeits- und Sozialbedingungen. Verschiedene Länder erwägen Anlegeverbote, wenn die Konferenz kein allgemeines Verbot erläßt.

„Raketenkrise“

Arabische Liga unterstützt die PLO und Syrien

Während der US-Pendelmissionar Habib laut Reagan Ergebnisse erzielt hat, die „an ein Wunder grenzen“, geht der Krieg im Libanon mit unverminderter Schärfe weiter.

In der Woche zwischen dem 20.5. und 25.5. griffen erneut die faschistischen „christlichen Milizen“ Ziele in Westbeirut und palästinensische Flüchtlingslager an. Es gab 40 Tote und weit über 100 Verletzte. Zur gleichen Zeit bombardierte israelische Artillerie im Südlibanon die Gebiete um Nabatija, Arnoun und Beaufort Cast-

schen Angriffe dagegen als „eine Provokation und Eskalation der Spannungen“ und ein Vorspiel zu einer „massiven Aggression“, er betonte das Recht der von Syrien gestellten arabischen Friedenstruppen, Verteidigungswaffen im Libanon zu stationieren. Die SAM-6-Bodenlufraketen wurden außerdem im Ostlibanon in der Nähe der syrischen Grenze stationiert, nachdem die israelische Luftwaffe über dem Südlibanon zwei syrische Hubschrauber abgeschossen hatte. Seit der Stationierung dieser Raketen wurden immerhin



Israelischer Bombenangriff auf die libanesischen Hafenstadt Tyros

le. Israel intensiviert seine Aktivitäten an der Küste und in der Luft und verstärkte seine Truppen im Golan und im Südlibanon.

Kaum war Habib wieder in den USA, griffen die Zionisten verstärkt palästinensische Einrichtungen im ganzen Libanon an: Im äußersten Norden des Libanon im Gebiet von Tripoli, über Beirut und über Bekaa Ebene durchbrachen israelische Düsenjäger die Schallmauer, 14 km südlich von Beirut, bei dem palästinensischen Flüchtlingslager Damour, startete die israelische Marine ein Landungsunternehmen.

Das Außenministerium in Washington gab seinen Beifall zu diesen Angriffen, da sie ja „nur“ gegen Palästinenser gerichtet seien und nicht die syrisch-israelische „Raketenkrise“ verschärften.

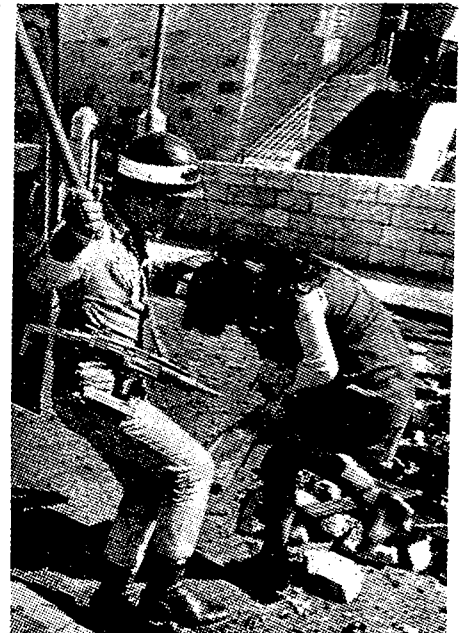
Der syrische Ministerpräsident Kassem bezeichnet die jüngsten israeli-

mindestens drei israelische unbemannte Aufklärungsflugzeuge über der Bekaa-Ebene abgeschossen. Israel beansprucht frech den Luftraum über dem Libanon. Es wirft sich auf zum Beschützer der Christen im Libanon mit dem Ziel, das Land zu besetzen, wie es ihm faktisch im Süden mit dem „freien Libanon“ des Major Haddad gelungen ist, und mit dem Ziel der Aufspaltung in christliche und moslemische Ministaaten und der Zerschlagung der Einrichtungen des palästinensischen Widerstandes.

Die von Syrien gestellten arabischen Friedenstruppen sind im Auftrag aller arabischer Staaten nach dem Bürgerkrieg im Libanon stationiert worden, um die Einheit des Libanon und die Präsenz der Palästinenser zu sichern.

Am 22. Mai haben sich die 20 Mitgliedstaaten der arabischen Liga einstimmig für eine umfassende Unterstützung des Libanon, Syriens und

der Palästinenser im Kampf gegen Israel ausgesprochen und jede finanzielle und militärische Hilfe für Syrien beschlossen, einschließlich der Entsendung von Truppen im Falle eines Krieges. Der PLO wurde außerdem in allen arabischen Ländern die Mobilmachung



Terror der Zionistenarmee in den besetzten Gebieten

chung und die Werbung arabischer Freiwilliger gestattet.

Der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate hat erklärt, daß eine Fortsetzung der zionistischen Verbrechen in Palästina und im Libanon die Sicherheit im Nahen Osten und der ganzen Welt gefährde.

Gegen die arabische Einheit versuchen die US-Imperialisten, ihre Pendelmission wieder in Gang zu bringen. Sie setzen dabei vor allem auf Sadat, der wegen des Separatabkommens mit Israel aus der arabischen Liga ausgeschlossen wurde. Ägypten hat sich aber bereits gegen jede ausländische Einmischung im Libanon ausgesprochen.

Opec Produktionsdrosselung beschlossen

Gemischt fällt das Urteil der Bourgeoispresse über die Ergebnisse der Konferenz der in der Opec zusammengeschlossenen ölproduzierenden Länder aus. Händereibend vermerken die Leitartikel, daß die Opec den Ölpreis auf dem gegenwärtigen Niveau – von 36 \$ pro Barrel als Basispreis bis 41 \$ je nach Qualität – einfrieren mußte und daß das wichtigste Ölförderland Saudi-Arabien die beschlossene Produktionsdrosselung um 10% ab 1.6. nicht mit-



Der bisherige Opec-Generalsekretär Ortiz (Ecuador) und der indonesische Ölminister Subroto (links), derzeit Opec-Präsident

macht. Unverkennbar allerdings ihre Besorgnis darüber, daß zum ersten Mal in der zwanzigjährigen Geschichte der Opec 12 der 13 Mitgliedsländer sich auf Eingriffe in die Produktion geeinigt haben.

Das Volumen der Produktionsdrosselung beträgt nach Opec-Angaben ca. 1,5 Mio. b täglich. Damit können die Opec-Länder dem auf 2–3 Mio. b geschätzten Überangebot an Öl und damit dem Druck auf die Preise, die ihnen die imperialistischen Ölmonopole zahlen, nur teilweise entgegenwirken. Ungewiß ist außerdem, in welchem Maße Irak und Iran ihre Ölförderung steigern werden; beide Länder sind von der Produktionsdrosselung ausgenommen, weil sie dringend die Öleinnahmen für den Wiederaufbau der durch den Grenzkrieg zerstörten Gebiete brauchen.

Die Haltung Saudi-Arabiens, das 40% des Opec-Öls fördert, hat die anderen Opec-Länder in eine komplizierte Lage gebracht. Während deren Exporte in den ersten Monaten 1981 um 12,6% zurückgegangen sind, schraubte Saudi-Arabien zu dem Niedrigpreis von 32 \$/b seine Exporte um 3,7% in die Höhe und sorgte damit für das Überangebot an Öl. Erklärtes Ziel dieses Manövers: allgemein niedrigere, dem saudi-arabischen Preisniveau angenäherte Ölpreise zu erzwingen und die eigenen Vorschläge für eine gemäßigte Preispolitik (s. Pol. Ber. 10/81) durchzusetzen. Ölminister Yamani erklärte, die westliche Wirtschaft brauche eine „Ruhepause“. In diesem Kurs schlägt sich der nach wie vor starke Einfluß nieder, den die westlichen Imperialisten auf das saudi-arabische Feudalregime haben und den sie mit Waffenlieferungen und mit der Aufsaugung der Öleinnahmen durch die Kapitalmärkte noch ausbauen wollen.

Auf der Opec-Konferenz war die

saudi-arabische Regierung mit ihren ultimativen Forderungen isoliert. Auch die Golfstaaten stimmten der Produktionsdrosselung zu. Verschiedene Opec-Vertreter halten es nach diesem eindeutigen Konferenzergebnis für möglich, daß Saudi-Arabien bis zur nächsten Opec-Konferenz im Dezember den Ölpreis schrittweise erhöht und die Produktion ebenfalls drosselt. In der Zwischenzeit werden aber gerade volkreiche Opec-Länder wie Nigeria, Indonesien oder Venezuela gezwungen

sein, wegen der Einnahmeverluste ihre Entwicklungspläne zu korrigieren.

Zerfällt die Opec demnächst, wie die Imperialisten spekulieren? Die Opec ist kein kapitalistisches Verkaufskartell, das nur hält, solange es für die beteiligten Kapitalisten am profitabelsten ist. Trotz aller inneren Widersprüche hat die Opec als politischer Zusammenschluß ihre feste Grundlage in der gemeinsamen Abwehr imperialistischer Ausplünderung.

Azania

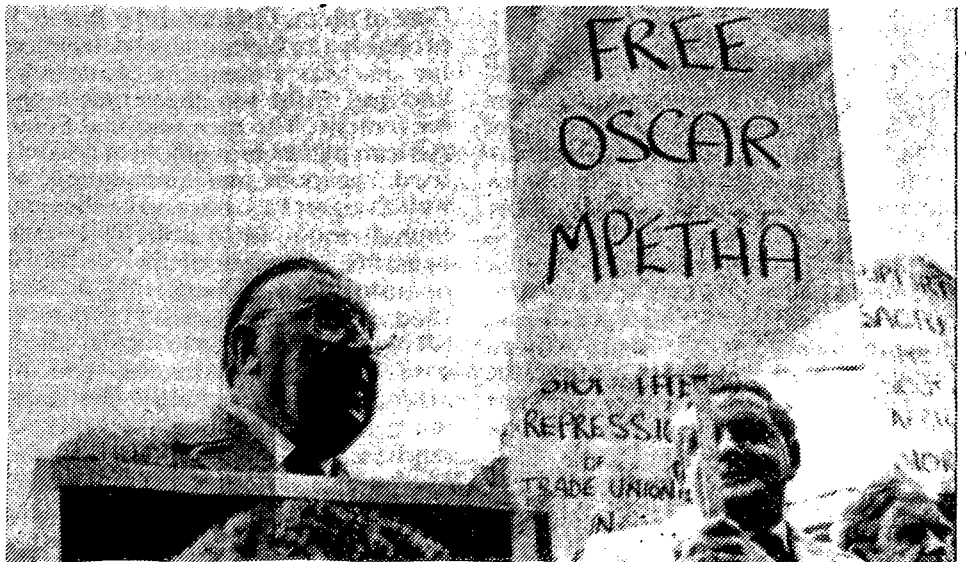
Streiks und Guerillaoperationen treffen Konzerne und Kolonialregime

Von der bürgerlichen Presse hierzulande fast komplett totgeschwiegen, ist die Streikbewegung der schwarzen und farbigen Arbeiter in Südafrika seit dem letzten Jahr nicht mehr abgerissen. Das Rückgrat dieser Bewegung und des Aufbaus schwarzer Gewerkschaften sind die Belegschaften der internationalen Automobilkonzerne insbesondere der USA, Großbritanniens, der BRD, Frankreichs und Japans.

Am 20. Mai wurde in den Niederlassungen von British Leyland, Ford und General Motors gestreikt. Bei British Leyland hatten die Kapitalisten nach einer Woche Streik für verbesserte Lohnerhöhung 1900 schwarze Arbeiter entlassen. Begründung: Vertragsbruch. Schon im letzten Dezember seien Lohnerhöhungen für Mitte dieses Jahres vereinbart worden; die jetzigen Streiks seien ein Verstoß gegen den „Disziplincode“. Dagegen ist der Standpunkt der schwarzen Gewerk-

schaft National Union of Motor Assembly and Rubber Workers, die den Streik führt: Eine Verbesserung der vorgesehenen Lohnerhöhung von 9 Cent in der Stunde sei unabdingbar. Die neun Cent seien zur Zeit einer Krise bei British Leyland vereinbart worden. Jetzt aber gebe es Neueinstellungen. (Der Vertrag beinhaltet eine Klausel über die Nichtanerkennung des Ergebnisses bei Änderung der Wirtschaftslage.)

In Port Elizabeth an der Südküste, dem Zentrum der Automobilindustrie, führten am gleichen Tag 1500 Arbeiter bei Ford und 175 bei General Motors einen Solidaritätsstreik für entlassene Arbeiter des Reifenkonzerns Firestone durch. Sie verlangten die Wiedereinstellung aller bei einem Streik für bessere Altersversorgung im Januar Entlassenen. Sie begannen diesen ersten Solidaritätsstreik in Südafrika, nachdem zwei Fordarbeiter entlassen wor-



London, März 1981: Demonstration britischer Gewerkschafter gegen ein „Terroristenverfahren“ gegen 19 Afrikaner in Kapstadt, die meisten Jugendliche, aber auch Oscar Mpetha, 71, Gewerkschaftsführer und Vorsitzender einer schwarzen Ortschaftsvereinigung. Die Anklage wegen Teilnahme an den Kämpfen des letzten Jahres lautet auf Mord, Aufruhr usw. Demonstrationen gab es auch im Gericht in Kapstadt selbst.

den waren, die sich geweigert hatten, Firestone-Reifen zu montieren. Am Tag darauf schlossen sich mehrere hundert Arbeiter bei Firestone selbst dem Streik an. 3 500 Arbeiter von Firestone, Ford und GM forderten auf einer Kundgebung an diesem Tag die Rücknahme aller Kündigungen. In Kapstadt beschlossen gleichzeitig die bei British Leyland Entlassenen die Fortführung des Streiks bis zur Durchsetzung der geforderten Lohnerhöhung.

Zu Beginn der letzten Woche schlossen sich Bergarbeiter den Kampfmaßnahmen an. Die Arbeiter der Buffelsfontein Goldmine bei Stilfontein weigerten sich, nach der Tagschicht aufzufahren, als Protest gegen übermäßige Arbeitszeiten und Verzögerungen der Kapitalisten bei der Ausfahrt aus den Gruben. Auch hier antworteten die Kapitalisten mit Entlassungsterror.

Der Aufschwung der Arbeiterbewegung in wichtigen Industriezentren hat auch zur Stärkung des politischen Kampfes und des Guerillakampfes geführt. Nach einer Gegenkampagne der schwarzen Gewerkschaften und revolutionärer Organisationen stand die Siedlerregierung im Mai mit ihren Vorbereitungen für Jubelfeiern „20 Jahre Republik Südafrika“ total isoliert da. Auch die katholische und die anglikanische Kirche mußten sich dem Boykott der Regierungsfeiern anschließen. Am Dienstag, den 26.5., begannen dreitägige Proteststreiks, der Schulbesuch ging stark zurück. Auf dem Gelände der Johannesburg University wurde eine Protestkundgebung durchgeführt. Dabei sprach auch der Gewerkschaftsführer Samson Ndou. Er sagte u.a.: „Unsere Führer sind im Gefängnis, unsere Kinder sind am Verhungern. Das ist keine Zeit zum Feiern. Es sind wenige Kapitalisten und politische Raubmörder, die dieses Land kontrollieren. Wir kämpfen für eine Volksrepublik und werden sie bald erreichen. Die Welt steht hinter uns.“

Gezielt gegen die Kolonialfeiern wurde im Mai eine ganze Serie von Guerillaoperationen in der Nähe größerer Städte erfolgreich durchgeführt. Polizei und Armee konnten nichts dagegen ausrichten. Bei East London an der Südküste wurde eine Polizeistation mit Granaten und Gewehren beschossen. Mit der Sprengung von Gleisanlagen wurde die Bahnverbindung zwischen Johannesburg und dem Schwarzengetto Soweto unterbrochen. Bei Durban an der Südostküste, wo der Schwerpunkt der Regierungsfeierlichkeiten geplant war, wurde die Hauptbahnlinie an der Südküste unterbrochen. In Durban wurde auch das Rekrutierungsbüro der südafrikanischen Armee in die Luft gesprengt.

Entwicklungshilfe CDU/CSU-Vorschläge nach BDI-Maßstäben

In der Debatte über „Hilfsmaßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder“ am 8. Mai im Bundestag kam es zu einer längeren Diskussion zwischen der Regierungsfraktion und der CDU/CSU. Die Regierungsfraktion betonte in den letzten Jahren vor allem gegenüber den Gewerkschaften immer wieder, daß die Entwicklungspolitik das „Wohlstandsgefälle zwischen armen und reichen Völkern“ abbauen soll. Die umgekehrte Entwicklung ist eingetreten. Die BRD steigerte zwischen 1972 und 1979 den Export in die Entwicklungsländer von 12% auf 17% Anteil am Gesamtexport. Gestärkt von diesen Faktoren will die CDU/CSU offen über den Kurs sprechen. Sie legte einen entwicklungspolitischen Antrag vor, mit der Forderung nach „Konzentration auf Länder mit niedriger Bevölkerungszahl“. So offene Worte sind vor allem der SPD unangenehm, wenn es auch in der Sache keine Differenzen gibt. Minister Offergeld erklärt, daß ein „rascher Fortschritt“ in der Entwicklungshilfe nicht möglich ist. Die CDU/CSU drängt weiter: „mehr Flexibilität“. Als Minister Offergeld wieder nach Ausreden sucht, stellt der Abgeordnete Köhler (Wolfsburg, CDU) eine Zwischenfrage: „Herr Minister, als die Experten der Sowjetunion 1977 unter Mitnahme der Motoren der somalischen Fischereiflotte das Land verließen und Sie im Rahmen der Warenhilfe dann schnell Ersatzmotoren geliefert haben, war das, so frage ich Sie, eine Reaktion auf eine wechselnde außenpolitische Konstellation in einem entwicklungspolitisch sinnvollen Zusammenhang?“ Offergeld fühlt sich geschmeichelt: „Das war es ganz gewiß, Herr Dr. Köhler.“ Und bevor er weiter spricht, ruft Köhler von der CDU/CSU dazwischen: „Das meinen wir doch.“

Zwar hat die Bundesregierung die Bedeutung von privaten Investitionen in Entwicklungsländern immer berücksichtigt, aber die CDU/CSU tritt für ordnende Wirtschaftsmaßnahmen ein. Diese Position hat die CDU/CSU aus einer neuen Studie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) aufgegriffen. In dessen Studie „Für Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern“ wird darauf verwiesen, daß eine fehlende Infrastruktur und oft politische Gründe ein „privatwirtschaftliches Engagement“ nicht in Gang kommen lassen. Die Kapitalisten wollen jetzt gegen kleine und schwache Länder der Dritten Welt schnelle Profite sehen. Da sie gegen-

über stärkeren Ländern der Dritten Welt dies noch nicht schaffen, fordert der BDI, daß die strukturierte Entwicklungshilfe auf die ärmsten Länder konzentriert wird. Damit sind die 30 ärmsten Länder der Dritten Welt gemeint (LLDC). Wenn die CDU/CSU wiederum die Länder mit der „niedrigsten Bevölkerungszahl“ als Konzentrationspunkt anspricht, meint sie vor allem 20 afrikanische Länder. Ein Großteil dieser Länder liegt entweder am Indischen Ozean oder am Roten Meer. Strategisch wichtige Staaten für die westdeutschen Kapitalisten, „private Entwicklungshilfe“ auszunutzen. Damit die bürgerlichen Parteien alles weitere diskret abklären können, einigte man sich, den Antrag der CDU/CSU zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu überweisen.

BRD – USA

Hohe Zinsen: den BRD-Imperialisten auch recht

Die hohen Dollarzinsen beklagte Matthöfer im April auf der Konferenz der westlichen Finanzminister. Schmidt brachte das Thema bei Reagan zur Sprache. Und im Juli auf dem Wirtschaftsgipfel der westlichen Imperialisten in Ottawa will die Bundesregierung eine konzertierte Zinssenkungsaktion vorschlagen.

Für die BRD-Imperialisten geht's ums Bare. Denn seit die US-Banken den Zinssatz immer höher getrieben haben auf gegenwärtig 20% für beste Kunden, ist der Außenwert der DM gefallen: statt 1,75 DM im Juli 1980 kostet ein Dollar heute 2,30 DM. Dadurch haben sich die BRD-Importe verteuert, v.a. die in Dollar zu zahlenden Rohöleinfuhren, bei denen die

BRD: Höchster Realzins

	Inflationsrate	Interbankzinsen
BRD	5,5	14,0
USA	11,7	14,75
Frankreich	12,8	12,6
Großbritannien	13,0	12,6
Italien	19,5	10,75

Quelle: Wirtschaftswoche; Interbankzinsen = für Dreimonatseinlagen unter Banken; Stand April 81

Amtlicher Wechselkurs der DM

	1 US-\$	100 FF	100 Yen
1975	2,46	57,41	0,83
1976	2,52	52,77	0,85
1977	2,32	47,26	0,87
1978	2,01	44,58	0,96
1979	1,83	43,08	0,84
1980	1,82	43,01	0,81
1981 ¹	2,33	41,72	1,04

Quelle: Monatsberichte der Dt. Bundesbank; 1) Stand 26.5.

BRD-Imperialisten zu Zeiten der Dollarabwertung einen Extraschnitt hatten. Der westdeutsche Kapitalexport in das bevorzugte Anlagefeld USA wird teurer. Schließlich – so mahnen die Wirtschaftsforschungsinstitute – seien die Investitionspläne der Kapitalisten gefährdet und damit die Zukunftsaussichten der BRD, weil die Bundesbank die Zinssätze in der BRD ebenfalls hochgeschraubt hat, auf über 14%.

Ein Grund für das Fallen der DM gegenüber dem Dollar ist ihre Rolle als Reservewährung auf den kapitalistischen Finanzmärkten. Nach Schätzungen der Banken sind etwa 70% der internationalen Währungsreserven in Dollar angelegt, etwa 20% in DM, absolut ca. 150 Mrd. DM. Die verteilen sich ungefähr je zur Hälfte auf Zentralbanken und auf „private Großanleger“, Banken und Großkonzerne. Die anziehenden US-Zinsen und damit die Aussicht auf fette Zinsgewinne haben seit dem letzten Jahr umlaufende Kapitalmassen zur Anlage in Dollar gelockt, während laut „Wirtschaftswoche“ DM-Schuldtitel „gegenwärtig ausgesprochen unbeliebt“ seien. Auch die Sorge der Finanzbourgeois um die Sicherheit ihrer Kapitale dürfte die Anlage in der „Sparkasse“ USA, von den Truppen einer Supermacht geschützt, gefördert und zur Dollar-Aufwertung beigetragen haben.

Den US-Imperialisten ist der Kapitalzustrom recht. Und Reagan beschied Schmidt, man habe vorerst keineswegs die Absicht, den US-Zinssatz zu senken, der die Vernichtung kleiner, in der Konkurrenz zurückgefallener Kapitale beschleunigt und über Betriebsstillegungen und Massenarbeitslosigkeit für Druck auf die Löhne sorgt. Die gemessen an der Halbierung des Dollarkurses in den 70er Jahren noch vergleichsweise geringfügige Dollar-Aufwertung gefährdet auch nicht die US-Exportoffensive.

Die BRD-Finanzbourgeois haben sich auf die Lage eingestellt. Unisono tönt's aus dem Lager der Reaktion, von Kapitalistenverbänden und Bankiers, von Strauß und der Bundesregierung: Zwar seien die hohen Zinsen wegen der Auswirkungen auf die Investitionen schädlich, aber immerhin biete das die Gelegenheit zur fälligen „Sanierung“ im Innern. Lamsdorff: Wenn das Loch in der Leistungsbilanz kleiner werde, könne sich die innere Kraft der Mark wieder voll entfalten. Ohnehin hat die DM-Abwertung die Exportposition der BRD-Imperialisten schon deutlich verbessert.

Mit der Kreditverknappung, die den Realzins (Differenz zwischen Inflationsrate und Zinsen für Dreimonatsgeld unter Banken) mit 8% auf den höchsten Satz von allen imperialistischen Ländern getrieben hat, haben

Bundesbank und Großbanken den Hebel zur Entfaltung der „inneren Kraft der Mark“ angesetzt. Angesetzt an die Staatsausgaben und an die „Kostenstruktur der Wirtschaft“. Die Banken verlangen eine andere Schwerpunktsetzung bei den Staatsausgaben: mehr für Investitionen, weniger für den Konsum. Für den nötigen Druck sorgen die Staatsschuld und der hohe Zins; ausschließlich wegen des Zinsanstiegs muß die Bundesregierung 1981 3 Mrd. DM mehr an die Banken wegzahlen. Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank Christians drohte mit Kreditsperre: die öffentlichen Haushalte seien Schuldner, die zuletzt bedient würden.

Fahrpreise

Einwirkung von Bund und Ländern auf den öffentlichen Personennahverkehr

Der Druck, den die kommunalen Verkehrsbetriebe und, vermittelt über Genehmigungspflicht und Sitze in den Aufsichtsräten, die Gemeinderäte zur Erzielung möglichst hoher Fahrpreise ausüben, erklärt sich nur zum Teil aus der Wirkung von Bundesgesetzen und Maßnahmen der Länder, mit denen Gesetzgeber und Verwaltungen in die Wirtschaftslage der Verkehrsbetriebe eingreifen.

Am 1.1.1971 löste das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz die Richtlinien für Bundeszuwendungen ab. Auf Grundlage des Steueränderungsgesetzes von 1966 wurde der Katalog zuwen-

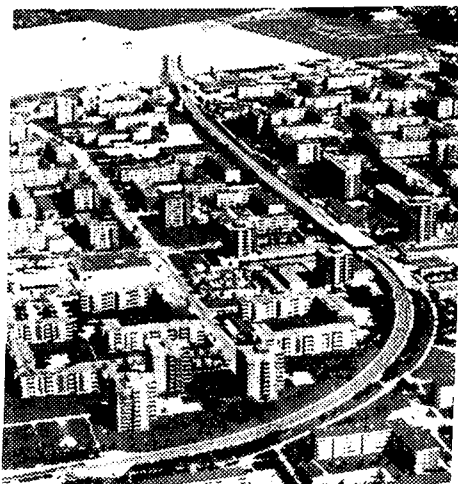
Weniger importieren, billiger produzieren, lautet die Devise für die Industrie. Die Kreditverknappung sorgt dafür, daß die teureren Importe nicht durch Kreditschöpfung bezahlt werden können, daß die Kapitalisten die Lohnsenkung forcieren. Konsumentenkredite sind unbezahlbar geworden.

Über die internationale Konkurrenz sind die BRD-Finanzbourgeois eher zuversichtlich gestimmt. Denn wenn ihr Kurs im Innern Erfolg hat, haben sie sowohl den Konkurrenzvorteil nochmals gedrückter Produktionskosten als auch den Kurswert der DM verbessert. Schon jetzt gibt es Spekulationen über DM-Aufwertung.

Mit Wirkung vom 1.3.1972 legte die Bundesregierung durch das Verkehrsfinanzgesetz die Verdopplung des Anteils aus der Mineralölsteuer auf 6 Pf/l fest, der zweckgebunden in den Gemeinden für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse verwendet werden soll. In die Förderung wurden Neu-, Um- und Ausbauten von Betriebshöfen und zentralen Werkstätten einbezogen. Der Verteilerschlüssel wurde nochmals geändert und das Verhältnis von 50% zu 50% zwischen Vorhaben des kommunalen Straßenbaus und des öffentlichen Personennahverkehrs festgelegt.

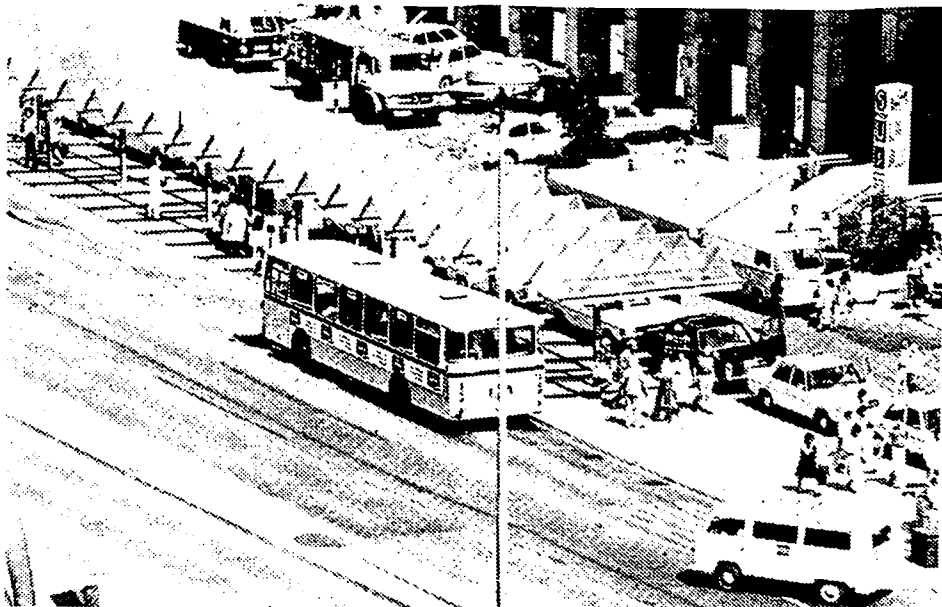
Mit dem Haushaltsstrukturgesetz von 1975 griff die Zentralregierung erstmals bescheidend in die Haushalte der Gemeinden ein. Mit der Kürzung des Förderungsprogramms um 10% nahm sie die entsprechenden Geldmittel aus der Verfügung der Kommunen heraus. Finanziell wurde die Möglichkeit zum Ausgleich geschaffen durch Ermächtigung der Länder, Mittel für den Straßenbau umzuwälzen für Zwecke des öffentlichen Nahverkehrs. Den Kompetenzverlust verschmerzten die Gemeinderäte angesichts der verbesserten Möglichkeiten, gegen Fahrpreiskämpfe durch Hinweis auf die Verantwortung des Landes spaltend tätig zu werden.

Die Subventionen der einzelnen Bundesländer für Projekte der Nahverkehrsbetriebe sind ganz unterschiedlich. In Westberlin und im Saarland gibt es keine und die höchsten in Nordrhein-Westfalen mit 30% der zuzuführenden Kosten bei Stadtbahnen plus 7% als Zuschuß zu Planungs- und Vorbereitungskosten, 40% bei S-Bahnen, 25% bei sonstigen Maßnahmen. Außergewöhnlich ist die Regelung in Bayern, daß die Betriebe 45%



Schnellbahntrasse zur Erschließung des Umlands von Dortmund

dungsfähiger Maßnahmen erweitert um Einrichtungen des Park-and-Ride-Systems, verkehrswichtige Umsteigeanlagen und besondere Fahrspuren für Omnibusse. Das Interesse der Gemeinden an der Hebung der Mineralölsteuer wurde verstärkt durch die Änderung des Verteilerschlüssels für das Mehraufkommen zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs.



Trennung der Verkehrsarten in Stuttgart: Unter die Erde verlegte S-Bahn und vom PKW- und Taxiverkehr getrennte Busspuren

aus einem Fonds erhalten, in den 20% des Kraftfahrzeugsteueraufkommens fließen. Die Staatsregierung erweckt damit das Interesse der Kommunen am Hochtreiben auch dieser Steuer, zumal die kommunalen Verkehrsbetriebe von der Kfz-Steuer befreit sind und die Mineralölsteuer erstattet bekommen.

Das Gebiet, auf dem die Verkehrsbetriebe sich am brutalsten durch kapitalistische Rationalisierung Luft geschaffen haben, ist der Personaleinsatz. Nach ihren Angaben machten die Personalkosten 1976 immer noch durchschnittlich 70% aus, und das, nachdem die erste große Welle der Wegrationalisierung von Beschäftigten bereits abgeschlossen war. In den 15 Jahren von 1960 bis 1975 drückten sie die Anzahl der Beschäftigten, umgerechnet auf die Betriebsleistung in Platzkilometern (Einheit bezüglich der abgefahrenen Strecken, der Häufigkeit und der Anzahl der beförderten Personen) auf weniger als zwei Drittel herab. Nach dem Konzept des Verbandes öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV) von 1976 sollten weiterhin nicht nur sogenannte natürliche Abgänge nicht ersetzt, sondern auch Umsetzungen und Entlassungen durchgeführt werden nach dem Motto: „Großzügige Sozialpläne sind letztlich billiger als das Festhalten an überzähligem Personal.“

Mit den Möglichkeiten, Personal in großem Umfang überzählig zu machen, haperte es. Um sie zu schaffen, verlangt der VÖV in seinem „Aktionsprogramm für die 80er Jahre“ Änderungen der einschlägigen Gesetze.

Da das Monopol der Bundespost für den Funkverkehr eine Schranke für die Abstimmung von Verbindungen und Anschlüssen vor allem über die Gemeindegrenzen hinaus bildet, verlangt der VÖV Ausnahmeregelungen und damit Senkung seiner Kosten u.a. für

Fahrgastinformation. Dieses Bedürfnis hat er selber erst geschaffen durch die heftige Rationalisierung beim Personal, vor allem durch Einführung der Großraumwagen, mit der Schaffner freigesetzt und die Fahrer zusätzlich mit Auskünften und Verkauf von Einzelfahrscheinen belastet wurden.

Da neue Fahrzeuge viel kosten bei der Einrichtung und dem weiteren Ausbau von U- und S-Bahnsystemen, die wegen ihrer Unabhängigkeit vom sonstigen Verkehr die Umlaufzeit der einzelnen Wagen und daher den Bedarf an Fahrpersonal senken, gleichzeitig die Beförderungsleistung pro Beschäftigtem am meisten steigern, verlangt der VÖV die Förderung von Investitionen für Fahrzeuge.

Weiter fordert er Änderungen des Personenbeförderungsgesetzes. Den Vorrang des schienengebundenen Verkehrs, d.h. der Bundesbahn und damit auch der von ihr eingerichteten Busunternehmen, will er abgeschafft sehen. Weiter soll der in diesem Gesetz verankerte Grundsatz, daß die Wettbewerbsfähigkeit nicht eingeschränkt werden dürfe, fallen, wonach die Genehmigungsbehörden Verkehrsunternehmen im selben Gebiet bloß zur Kooperation anzuhalten haben, sie aber nicht zu einheitlichen Festlegungen von Fahrpreisen und Beförderungsbedingungen und keinesfalls zum Verzicht auf Einnahmen zwingen können. Die Nahverkehrsbetriebe versprechen sich von der Durchsetzung beider Forderungen verbesserte Konkurrenzbedingungen gegenüber der Bundesbahn. Zudem würde die Durchsetzung der Regelung, daß nur ein Unternehmen in je einem Gebiet geduldet wird, die Möglichkeit verbessern, Monopolfahrpreise zu verlangen. Sie versucht damit dem Zustand zuleibe zu rücken, daß Lohnabhängige, Schüler und Stu-

denten in heftigen Kämpfen gegen Fahrpreiserhöhungen immerhin soviel erreicht haben, daß die Fahrtkosten seit den 60er Jahren weniger als halb so stark wie die Bruttolöhne und die Renten erhöht werden konnten. Der VÖV bedauert, daß das zeitweise Nachgeben der kommunalen Verwaltungen aus politischen Gründen heute kaum noch aufzuholen sei, und empfiehlt häufigere, geringere, aber an der Erhöhung der Löhne ausgerichtete Fahrpreiserhöhungen.

Der in zahlreichen Kämpfen gegen Fahrpreiserhöhungen und Verschlechterung des öffentlichen Nahverkehrs erhobenen Forderung, der Nahverkehr müsse für die Benutzer kostenlos sein, treten die Verkehrsbetriebe und Gemeinderäte unentwegt mit dem Argument entgegen, sie seien entsprechend dem Personenbeförderungsgesetz verpflichtet, ihren Aufwand aus den Erträgen zu bestreiten und nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu arbeiten. Man sieht, die Lohnabhängigen haben reichlich Gründe, die sie gegen dieses Gesetz und gegen die Erhöhung von Mineralöl- und Kfz-Steuer anführen können.

Klose-Rücktritt

„Ich wollte nicht stürzen“

Hamburgs Erster Bürgermeister Klose ist am 25. Mai zurückgetreten. Er hatte es abgelehnt, der Erpressung einiger SPD-Bürgerschaftsabgeordneter nachzugeben, die zusammen mit der CDU für das Kernkraftwerk Brokdorf stimmen wollten. Er bestand auf Durchsetzung des SPD Landesparteitagsbeschlusses, die HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) aus Brokdorf zurückzuziehen, „weil es letztlich um eine Systemfrage geht: Nach welchen Kriterien gestalten wir unsere Zukunft? Geht es um den gesellschaftlichen Nutzen, oder – den Gesetzen des Marktes folgend – immer nur um die Realisierung des technisch Machbaren und des (angeblich) wirtschaftlich Profitablen? Entscheiden wir blind oder bewußt? Und: wer entscheidet?“ (Aus Kloses Rücktrittserklärung).

Nach dem Rücktritt Kloses mußten seine Gegner auf dem rechten Flügel der SPD erklären, daß die Reformpolitik fortgesetzt werde.

Die CDU – längst mit demagogischen Kampagnen gegen den SPD-Senat zugange, unter Ausnutzung der Auseinandersetzung um den Schulentwicklungsplan, der zahlreiche Schulschließungen vorsieht und zu Recht auf den Widerstand der Schüler und Eltern stößt, unter Ausnutzung der Wohnungsprobleme usw. – will eine

„saubere Lösung“ durch Neuwahlen. Die FDP auch. So wollen die Reaktionen der SPD wenigstens die absolute Mehrheit abjagen, um so das angeblich verfassungswidrige Verfahren, die Abgeordneten durch Parteitagsbeschlüsse zu binden, zu beseitigen. Eine FDP als Koalitionspartner reichte dafür. Eine CDU-Mehrheit würde zur 2/3-Mehrheit im Bundesrat reichen und damit zur Regierungsübernahme. Die Auseinandersetzung kann aber auch ganz anders ausgehen. Klose ist nicht über eine Korruptionsaffäre gestürzt. Vier von sieben SPD-Kreisen fordern den Rücktritt von Staak, dem Landesvorsitzenden, und von Hartmann, dem Fraktionsvorsitzenden, weil beide die Politik Kloses bekämpft haben. Die Bildzeitung propagiert eine Spaltung der SPD und setzt dabei auf tägliche Austritte. Der Kandidatenhandel blüht. Pawelczik, gegenwärtig Innenminister, wird von der Springerpresse bevorzugt. Anke Fuchs, gegenwärtig mit erneuter Renten, „anpassung“ befaßt, soll Schmidt am liebsten sein. Dahrendorf käme lieber von der Oppositionsbank aus Westberlin auf den Bürgermeistersessel. Heute heißt es, auch Dohnanyi, Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz, käme in Frage. Militärexperte Apel ist mit der Kandidatenfindung beauftragt, und am 20. Juni entscheidet der Landesparteitag.

Klose hält nichts von einer Spaltung der SPD, „zu glauben, daß man das mit irgendwelchen Trennungen in Ordnung bringen könnte, halte ich für aberwitzig“. Auch über Personen werde nichts Wesentliches gelöst, sondern „mittel- und längerfristig wird es darum gehen, daß die SPD ihren Politikansatz wiederfindet. Sie hat ja einen Ansatz, der attraktiv ist, sie hat ihn nur total aufgegeben. Offensichtlich haben Sozialdemokraten, solange sie regieren, den Ehrgeiz, die stabilste bürgerliche Politik zu machen, die man sich denken kann.“ Er geht z.B. nicht davon aus, „daß der NATO-Doppelbeschluß letztendlich exekutiert wird“, und er meint, „wenn man die Frage verneint, ob der vielzitierte Selbstlauf der Wirtschaft alle Probleme löst, muß man überlegen, was zu tun ist, um die Dinge in Ordnung zu bringen ... daß man mit einer solchen Politik den Kernkraftwerksbauern und den Elektrokonzernen keine Freude bereitet, ist richtig, aber es ist nicht unbedingt meine Aufgabe, denen Freude zu bereiten ...“ (Aus: Spiegel-Interview 1.6.).

Schmidt, weit entfernt, diese Kritik zu bedenken, stört es nicht, daß seine Politik der CDU/CSU in den Sattel hilft. Er kontert kaltschnäuzig, man sollte Klose „so lange in den Dreck stoßen, bis er erwachsen ist“.

Neofaschisten Gewerkschafter nehmen den Kampf auf

In Schöna in Südbaden, wo die Neofaschisten versuchen, die Tradition der Schlageterfeier, die die Nationalsozialisten ab 1923 durchführten, im Geburtsort dieses Freikorpsmitglieds ungebrochen fortzusetzen, rief der DGB zur Gegenkundgebung am 25.5.1981 auf. 500 beteiligten sich daran. Der Redner des antifaschistischen Aktionskomitees Senn, Mitglied der Ortsverwaltung der IG Metall Lörrach und Betriebsratsvorsitzender in einem Metallbetrieb, arbeitete die Punkte heraus, auf die die Gewerkschaftsbewegung achten muß. Schlageter, der 1923 hingerichtet wurde, weil er den Transport von Reparationsleistungen an Frankreich sabotiert hatte, sei nur Anlaß, um Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu propagieren. Das Klima dafür habe die



Kundgebung gegen die Schlageterfeier der Neofaschisten in Schöna

Regierung mit ihrer Politik, die Wehrebereitschaft zu fördern, geschaffen. Ihre Ziele, die sie in der NATO verfolgt, griff er an durch den Vergleich der NPD-Parole „Deutschland ist größer als die BRD“, mit der Eroberungskrieg gemeint sei, und der Vereinbarung der Verteidigungsminister der NATO, daß „lebenswichtige Interessen der NATO auch außerhalb der NATO liegen“. Er warnte davor, die Tätigkeiten der Neofaschisten herunterzuspielen und es den Behörden durchgehen zu lassen, daß sie Mörder und Opfer in einen Topf werfen. Nach den blutigen Attentaten von Rom, München und anderen Orten in der BRD sei das Attentat auf den Papst das letzte Beispiel dafür, daß die Behörden versuchen, die Bestimmungen, die sich gegen demokratische Ausländerorganisationen richten, zu verschärfen. Auf Warnungen von türkischen

Organisationen vor Agca und anderen sei nie reagiert worden.

Sehr eindrücklich legte er dar, wie die Gewerkschafter eine erneute Ausbreitung des Faschismus bekämpfen müßten. Sie sollen dagegen antreten, wenn in Betrieben Ausländer diskriminiert werden, wenn Wehrkundeunterricht an den Schulen erteilt werde, wenn die Späth-Regierung in Baden-Württemberg Asylanten in Sammellager verfrachte. Die Arbeiter müßten sich gegen die wenden, die in den Betrieben rationalisieren und das Arbeits tempo steigern, sie müßten auch gegen die Aufrüstung und gegen die Türkeihilfe auftreten. Nur dann könnten sie mit ruhigem Gewissen auch schwereren Zeiten entgegensehen.

Bei mehreren von der NPD, anderen Neofaschisten und ihren Jugendorganisationen angesetzten öffentlichen Auftritten sind die Gewerkschaften zu Aktionen dagegen übergegangen. Erfolge in diesem Kampf gegen die Gefahr, daß die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen zerschlagen wer-

den, sind möglich. In Hamburg hat am 1. Mai der DGB-Vorsitzende das Verbot des für den 10.5. geplanten NPD-Landesparteitags gefordert. Die NPD hat ihn jedenfalls nicht in Hamburg stattfinden lassen. In Landshut hatte am 11.4. vor allem die DGB-Jugend, unterstützt von den Jugendorganisationen der Kirchen beider Konfessionen und von politischen Organisationen, gegen den Landesparteitag der Jungen Nationaldemokraten mobilisiert. Zu hoffen ist, daß es den Gewerkschaftern, die sehen, wie der Kampf gegen die Reaktion geführt werden kann, gelingt, die Einheit im DGB dafür zu stärken. Die Position des DGB in Gießen, er wolle sich dieses Jahr nicht an Aktionen gegen die Kranzniederlegung am Immelmann-Denkmal durch Oberst Rudel beteiligen, um die Neofaschisten nicht aufzuwerten, ist gefährlich.

SPD: „Ausbildungsförderung ... Kernstück der Sozialpolitik im Bildungsbereich“ – CDU: „Noch unbejagte Reviere“

Am 14. Mai hatte nach 90 Minuten das 7. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes den Bundestag in erster Lesung passiert. Während der Einbringungsrede von Minister Engholm vermerkt das Protokoll: „Unruhe auf der Zuhörertribüne – Einige jugendliche Besucher erhe-

ben sich, werfen Flugblätter und Stinkbomben in den Saal und beginnen zu lärmen. Dabei fallen u.a. folgende Zurufe: Das ist doch Augenwischerei! – Hör doch auf! – Bildungspolitischer Rückschritt – Dialog mit der Jugend.“ Was heißt schon Dialog, meinten später verschiedene Redner

der CDU, SPD und FDP, der Dialog, den sie meinten, der ginge auch ohne Geld. Und seine Begründungsrede setzte Engholm nach den Zwischenrufen und -fällen fort mit der Bemerkung: „Machen Sie es trotzdem friedlich.“ „Trotzdem“, denn weder die Regierung noch die im Bundestag vertretenen Parteien machten sich irgendwelche Mühe zu bestreiten, was die Auswirkungen der Gesetzesnovelle sein werden. In ihrem Aufruf zur Demonstration am 3.6. in Bonn stellen die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) dazu fest: Geplant ist die Verschiebung der Anpassung um ein halbes Jahr, während die Verschlechterungen schon im Herbst wirksam werden sollen. Der Förderungshöchstsatz soll um 40 DM, der Elternfreibetrag um 130 DM erhöht werden. Das entspricht 6,5% beim Förderungsgrundbetrag und 10% beim Elternfreibetrag für zweieinhalb Jahre. Beschränkung der Förderung der Fachhochschulstudenten und des zweiten Bildungsweges, Beschränkung des relativen Freibetrages für jedes Kind, grundsätzlich keine rückwirkenden Zahlungen, elternunabhängige Förderung nur auf Darlehensbasis, Abrundung aller Pfennigbeträge für den Ertrag von insgesamt 7 Mio. DM.

Die CDU/CSU-Opposition konnte zufrieden sein. Graf Waldburg-Zeil (CDU): „Bei der siebten Novelle geht es nicht nur um kleine Korrekturen. Es geht darum, das wichtige und richtige Grundanliegen der individuellen Ausbildungsförderung – ich betone nochmals – nach Eignung, Neigung und Leistung durch Beschneidung von Wildwuchs für die Zukunft zu sichern. Die Opposition ist bereit, an dieser Aufgabe mitzuwirken. Hätte die Regierung allerdings schon bei früheren Novellierungen auf ihre Vorschläge gehört, stünde man jetzt vor weniger schmerzhaften Entscheidungen.“ (Beifall bei der CDU/CSU)

Einwände hatte die CDU/CSU nur, wo der Regierungsentwurf ihrer Meinung noch nicht weit genug geht. Graf Waldburg-Zeil, der die Reaktion betreibt mit der gleichen Passion, mit der seine Sippschaft sonst dem Eber nachsetzen läßt: „Ein völlig unbejagtes Revier stellt hier noch die ernsthafte Absicherung des dritten BAFöG-Kriteriums, der Leistungskontrolle dar, schon in der Schule – ich denke an die Dauerschwänzer – und erst recht in den höheren Semestern der Universität.“ Dem gräflichen Jagdeifer hatte die

7. BAFöG-Novelle: Kürzungen für die nächsten drei Jahre

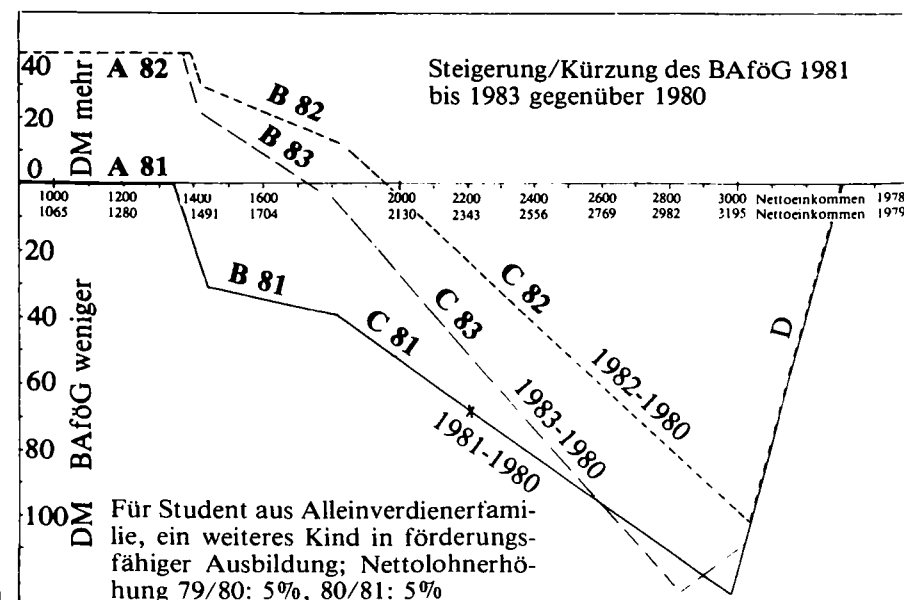
Mit der 7. BAFöG-Novelle will Bundesbildungsminister Engholm ca. 350 Mio. DM jährlich einsparen. Die entscheidenden Kürzungen:

- Die zum 1.10.81 fällige Erhöhung der Höchstförderungssätze und Elternfreibeträge soll auf den 1.4.82 verschoben werden (Erhöhung des Höchstsatzes um 40 DM, des Elternfreibetrages um 130 DM). Zum 1.7.83 soll der Elternfreibetrag wieder ein halbes Jahr zu spät um 50 DM erhöht werden.
- Der Prozentfreibetrag für Kinder wird nach oben begrenzt; dies trifft vor allem Familien mit mittleren Einkommen und zwei Kindern.
- Fachhochschulabsolventen, die erst durch den FH-Abschluß die allgemeine Hochschulreife erlangen, werden in Zukunft nur noch gefördert, wenn sie eine Ausbildung in derselben Fachrichtung machen.
- Andere Zweitstudien werden nur noch gefördert, wenn sie maximal vier Semester dauern und zur wissen-

schaftlichen Vertiefung der bisherigen Fachrichtung dienen.

– Ist ein Student über drei Monate wegen Krankheit oder Schwangerschaft gehindert, an der Ausbildung teilzunehmen, so wird kein BAFöG gezahlt.

Im Schaubild sind die BAFöG-Kürzungen für 1981, 82, 83 in Abhängigkeit vom Elterneinkommen dargestellt. Im Teil A der Kurven bekommen alle den Höchstsatz (+ 40 DM für 82 und 83). Im Teil B wirkt die Kürzung durch Lohnerhöhung, da die Entwicklung der Elternfreibeträge unter der Entwicklung der Nettolöhne gehalten wird. Im Teil C kommt zusätzlich die Limitierung des prozentualen Freibetrages für ein weiteres Kind zum Tragen. Insgesamt gibt es Kürzungen für fast alle BAFöG-Empfänger zum 1.10.81; zum 1.10.82 bekommen zwar alle wieder mehr als 1981, doch das Niveau von 1980 erreichen sie nicht wieder.



SPD weder etwas entgegen- noch hinzusetzen, außer dem Hinweis auf andere Ministerien: „... zu diesen Realitäten gehört auch – ich sage das ganz deutlich – daß manche Witwenrente unterhalb des vollen BAFöG-Satzes liegt.“ (Purps, SPD)

Nach der Koalitionsvereinbarung von SPD und FDP soll der Bundesanteil der BAFöG-Zahlungen von 1981 bis 1984 auf 2,4 Mrd. DM „eingefroren“ werden. Das sei der Rahmen, in dem er eben wirtschaften müsse, meinte Engholm treuherzig. Nach Engholms Lesart seien die Ausgabenexplosionen einer gut gemeinten Politik dummerweise auf eine „weltwirtschaftliche Flautensituation“ getroffen, in der eben nichts mehr ginge. Etwas deutlicher wurde da der SPD-Abgeordnete Vogelsang, der grammatikalisch unschön, aber in der Absicht eindeutig zum Besten gab: „Wir hier im Hause wissen, daß wir diese Einsparungen nur vornehmen, um den uns auch vorgegebenen Level nicht zu überschreiten, sondern daß wir das in gleichem Maße an einer anderen Stelle wieder ausgeben wollen.“ An welchen Stellen, dazu gab die Frau von Braun-Stützer von der FDP den Hinweis: „... daß unter der Jugend das Wort ‚Tornado‘ inzwischen zu einem Programm geworden ist, dem kein wirk-



1. Lesung der 7. BAFöG-Novelle: Von der Publikumstribüne des Bundestages regnet es Flugblätter und Stinkbomben.

lich stichhaltiges Argument mehr entgegengehalten werden kann.“

Ebenfalls von der Regierung kam das Stichwort für alle im Parlament vertretenen Parteien: Senkung der Zahl der überhaupt geförderten und Senkung der auszahlenden Geldbeträge zur „Beseitigung des Mitnehmer-effektes“. Damit bauen die bürgerli-

chen Parteien auf Spaltungen innerhalb der Studenten, die gerade durch die Entwicklung der BAFöG-Gesetzgebung verstärkt wurden. Hatte die SPD/FDP-Koalition bei ihrem Regierungsantritt mit dem Ruf nach Chancengleichheit zusätzliche BAFöG-Zahlungen vor allem im Bereich eines Elterneinkommens oberhalb des Durch-

Rechte der Studenten und der Belegschaften

Gewählte Organe der Studentenschaft gibt es an deutschen Universitäten seit 1918. Hervorgegangen aus Studentenräten in Berlin, München, Freiburg und anderen Städten wird 1920 allgemein die Wahl zu Studentenvertretungen eingeführt, deren gesetzliche Aufgabe vor allem die „soziale und kulturelle Betreuung“ der Studenten sowie die Mitwirkung an den Aufgaben der Universität, v.a. im Disziplinarausschuß, ist. Die gesetzliche Beschränkung auf hochschulpolitische Aufgaben indessen wird nicht eingehalten, bereits 1927 geraten fast alle Studentenschaften unter die Kontrolle der NSDAP, ebenso der Dachverband, Betätigung entsprechend. Nach 1945 werden in den drei westlichen Besatzungszonen provisorische Studentenräte mit gegenüber 1920 unveränderter Aufgabenstellung eingeführt. Nach 1949 sehen alle Länder Asten vor, deren politisches Mandat gesetzlich untersagt ist, praktisch aber solange wahrgenommen werden kann, wie Burschenschaften die Asten stellen und vornehmlich für die „Wiedervereinigung“ trommeln. Die Finanzhoheit ist in der Regel gegeben.



Demonstration der bayerischen Asten am 4.12.80 gegen Semestergelder

Als 1963 der AStA der FU Berlin gegen das französische Bombardement auf Algerien protestiert und die FLN unterstützt, wird das erste Mal das politische Mandat durch Gerichtsurteil untersagt und AStA-Gelder gesperrt. 1969 fällt der Bundesgerichtshof ein Grundsatzurteil, in dem das politische Mandat für grundgesetzwidrig erklärt wird: „Deshalb müßte, wenn man der Beklagten (AStA der Universität Stuttgart) das Grundrecht der freien Meinungsäußerung im Sinne von Art. 5 Abs. 1 Grundgesetz zugestehen wollte, dieses durch die Rechte ihrer Mitglieder begrenzt werden.“ Da-

mit war die juristische Linie für die Unterbindung politischer Betätigung seitens der Asten gelegt.

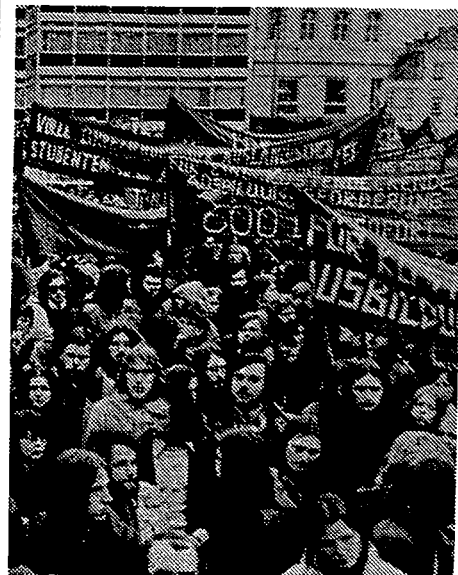
1969 wird mit dem damaligen Westberliner Hochschulgesetz zum erstenmal die Verfaßte Studentenschaft abgeschafft. 1974 folgt Bayern, 1977 Baden-Württemberg, 1979 Niedersachsen. Die als selbständige Vertretung der Studentenschaft gewählten Asten werden durch die studentischen Vertreter in den Mitbestimmungsgremien ersetzt. Gleichzeitig wird den Rektoren die Rechtsaufsicht über die Asten und den Rechnungshöfen und Universitäten die Finanzkontrolle über die Asten mit dem Hochschulrahmengesetz, d.h. in allen Bundesländern, übertragen. In Westberlin, wo 1979 die Verfaßte Studentenschaft wiedereingeführt werden mußte, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen werden zugleich Satzungsbestimmungen erlassen, die die Bildung von unabhängigen Asten unmöglich machen. Die gesetzliche Abschaffung selbständig gewählter und Verfaßter Studentenschaften per Hochschulrahmengesetz und Landesgesetzen konnte jedoch praktisch nirgends voll durchgesetzt werden. Vielmehr bilden sich überall Interessenvertretungen heraus, die auch unter den Bedingungen des gesetzlichen Verbots und der gesetzlichen Einschränkung in der Lage sind, die Studenten unabhängig ge-

schnittslohn bis ca. 5000 bis 6000 DM gefördert, so sollen jetzt Beispiele von abschreibungskünstlerischen hohen Einkommen, die auch noch BAFöG „mitnehmen“, für die absolute Senkung der BAFöG-Zahlungen und des Anteils der geförderten Studenten erhalten. Der „Mitnehmereffekt“ sei die eigentliche Ursache der Unruhen gegen das BAFöG, meint die CDU.

Allerdings, daß die tatsächlichen Auswirkungen der 7. Novelle leicht die gegenteiligen Wirkungen wie das demagogische Gerede der Parteienvertreter über die damit verfolgten Absichten haben können und vereinheitlichende Forderungen der Studenten erleichtern könnten, statt zu erschweren, schwante dem einen oder anderen auch. CDU/CSU-Opposition und SPD/FDP-Regierung suhlten sich in der Parlamentsdebatte in trauter Einheit über die gesamtwirtschaftliche und internationale Lage 1981, die eben für die Politik diktiert. Dabei liegt die gesetzliche Richtungsänderung der BAFöG-Gesetzgebung keineswegs im Jahre 81, sondern bereits 1975. Damals wurde im BAFöG-Gesetz 1975 festgelegt, daß die Anpassung der Sätze auch der „gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ Rechnung tragen müsse. Vorher waren nur Lebenshaltungskosten, Einkommensentwicklung und Preisent-

wicklung als Maßstäbe vorgesehen. Bereits damals war die beabsichtigte Überzufuhr von Studenten an die Hochschulen wie auf den Arbeitsmarkt hinreichend in Gang gesetzt, und der Druck des Arbeitsmarktes tat seit der Krise 74 seine Wirkung auch für hochschulausgebildete Arbeitskräfte.

1971 wurde das Bundesausbildungsförderungsgesetz verabschiedet, das gegen Ende des Jahres in Kraft trat. Es löste das bis dahin geltende „Honnefer Modell“ ab, bei dem die Auszahlungen direkt an „Begabung, Leistung“ geknüpft waren. Die Verabschiedung des BAFöG-Gesetzes erfolgte gleichzeitig mit dem Beginn der wachsenden Studentenzahl aus den vorher in die Gymnasien gezogenen Schülern. Zunächst erhielten ca. 45% aller Studenten Gelder. 1972 und 73 wurden dann zunächst keine Veränderungen des Gesetzes vorgenommen, jedenfalls keine, die die Höhe der Sätze betrafen. Die Folge war eine stetige Senkung der Zahlungen und der Gefördertenquote. 1974 fand daraufhin eine große Demonstration der VDS in Bonn statt, an der sich zwischen 30000 und 40000 Studenten beteiligten. 1974 noch wurde die BAFöG-Zahlung nominell erhöht, wobei das Betrugsmanöver darin bestand, das Grunddarlehen von 80 DM einzuführen. D.h. die



VDS-Demonstration 1974 in Bonn: 40000 demonstrierten

ersten 80 DM jeder Zahlung werden nur als Darlehen gewährt, und das war genau der Betrag, um den die Höchstförderung erhöht wurde. 1975 wäre eine erneute Überprüfung der Bedarfsätze nötig gewesen, die zu einer Änderung 1976 hätte führen müssen. Stattdessen wurde mit dem Haushaltsstrukturgesetz von 1975 die Überprüfung

gegenüber der Hochschule zu vertreten. Der DGB hatte bereits in seinem Grundsatzprogramm von 1963 einen „wesentlichen Aufbau der Selbstverwaltung“ der Studentenschaft gefordert. In den 70er Jahren ist er mehrfach für das politische Mandat eingetreten. Der Gewerkschaftstag der GEW 1977 fordert die Verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat, Beitrags- und Finanzhoheit.

Betriebsverfassungsgesetz /72

Das Gesetz enthält Rechte einzelner Arbeiter und Angestellter, der Belegschaft und ihrer Vertretung, dem Betriebsrat, gegenüber den Kapitalisten in erster Linie auf Betriebsebene. Die Regelungen weisen zwar erhebliche Mängel auf, ein Vergleich mit der rechtlosen Stellung von Studentenvertretungen gegenüber den Organen der Hochschule ergibt jedoch Argumente für Koalitions- und Einspruchsrechte.

Der Betriebsrat

„§1. Errichtung von Betriebsräten. In Betrieben mit in der Regel mindestens fünf ständigen wahlberechtigten Arbeitnehmern, von denen drei wählbar sind, werden Betriebsräte gewählt.

§74 (1). Grundsätze der Zusammenarbeit ...

(2) Maßnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat

sind unzulässig; Arbeitskämpfe tariffähiger Parteien werden hiervon nicht berührt. Arbeitgeber und Betriebsrat haben Betätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf und der Frieden des Betriebs beeinträchtigt werden. Die Behandlung von Angelegenheiten tarifpolitischer, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art, die Betrieb und seine Arbeitnehmer unmittelbar betreffen, wird hierdurch nicht berührt.“

Mitbestimmungsrechte

Sie lassen sich als eine Art Einspruchsrechte charakterisieren. Ihre Wirkung ist derart, daß entweder bestimmte Maßnahmen der Kapitalisten ohne Zu-



Heidelberg 1980: VDS-Demonstration gegen die Germanistenprozesse

stimmung oder Anhörung des Betriebsrats nicht wirksam werden oder zwischen den Parteien Betriebsvereinbarungen abgeschlossen werden, an die sie gebunden sind. Soweit keine Einigung zustandekommt, entscheidet die Einigungsstelle (paritätische Besetzung, ein „unabhängiger“ Vorsitzender) oder das Arbeitsgericht verbindlich.

„§87. Mitbestimmungsrechte. Der Betriebsrat hat, soweit eine gesetzliche oder tarifvertragliche Regelung nicht besteht, in folgenden Angelegenheiten mitzubestimmen: ... Ordnung des Betriebs ... tägliche Arbeitszeit, Pausen ... Zeit, Ort und Art der Auszahlung des Arbeitsentgelts ... Urlaubsgrundsätze, -plan ... Verhütung von Arbeitsunfällen ... Sozialeinrichtungen ... betriebliche Lohngestaltung.“

„Mitbestimmungsrechte“ existieren darüber hinaus u.a. bei „personellen Einzelmaßnahmen“ und „Kündigungen“.

Betriebsversammlung

„§43 (1). Der Betriebsrat hat einmal in jedem Kalendervierteljahr eine Betriebsversammlung einzuberufen ...

§44. Versammlungen finden während der Arbeitszeit statt ...“

VDS- und Gewerkschaftsforderungen zur BAFöG-Gesetzgebung

Liberaler Studentenbund Deutschlands, 1968: „Eine Neuregelung der Ausbildungsförderung muß daher mit dem Subsidiaritätsprinzip brechen ...“

Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (BAFöG), 26.8.71. „§1 Grundsatz – Auf individuelle Ausbildungsförderung besteht für eine der Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung ein Rechtsanspruch nach Maßgabe dieses Gesetzes, wenn dem Auszubildenden die für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen.“

25 o. MV des VDS, 1973. „Im Vordergrund standen dabei vor allem die geplante Festschreibung der Ausbildungsförderung und die Forderung nach sofortiger Anhebung der Bedarfssätze auf 500 DM und der Elternfreibeträge auf 1200 DM.“

Forderungen von VDS und SVI für die Demonstration 1974 in Bonn. „Für kostendeckende Ausbildungsförderung. – Koppelung der Elternfreibeträge mit dem durchschnittlichen Facharbeitergrundlohn. – Förderung ohne besondere Leistungsnachweise. – Weg mit dem Anti-Streikparagrafen 20 (2). – Weg mit dem Formblatt 9.“

Sozialgesetzbuch, 11.12.75. „Das

BAFöG wird wie folgt geändert: 1. Die §§19 ... (Der Anspruch auf Ausbildungsförderung kann nicht gepfändet, verpfändet oder abgetreten werden) werden gestrichen.“

Haushaltsstrukturgesetz, 18.12.75.

„§35. Die Bedarfssätze und Höchstbeträge nach §21 Abs. 4 sind alle 2 Jahre zu überprüfen und durch Gesetz gegebenenfalls neu festzusetzen. Dabei ist der Entwicklung der Einkommensverhältnisse und der Vermögensbildung, den Veränderungen der Lebenshaltungskosten sowie der finanzwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen.“

2. o. MV der VDS, 1977: „Die soziale Lage der Studenten verschlechtert sich laufend. Nachdem durch die Verschiebung der gesetzlich vorgeschriebenen BAFöG-Anhebung durch das Haushaltsstrukturgesetz bereits rund 15% der Geförderten keine Förderung mehr erhalten, die übrigen Kürzungen bis zu 150 DM hinnehmen mußten, ist nun von der Bundesregierung eine völlig unzureichende Anhebung der Förderungsbeträge bzw. der Elternfreibeträge beschlossen worden.“

4. BAFöGÄndG, 26.4.77: „§29(1) Von dem Vermögen bleiben anrechnungsfrei, 1. für den Auszubildenden selbst 6000 DM (bis dahin 20000), 2. für den Ehegatten des Auszubildenden 2000 DM (bis dahin 20000 DM) ...“

Arbeitsprogramm WS 1978/79 der VDS: „Die VDS verwahrt sich entschieden gegen den Beschluß der Bundesregierung, auch im Herbst 1978 keine Erhöhung des völlig unzureichenden BAFöG-Förderungssatzes vorzunehmen ...“

DGB Grundsatzprogramm, 1981: „Voraussetzung für eine chancengleiche Hochschulausbildung ist eine Verbesserung der materiellen Studienbedingungen durch eine darlehensfreie Studienförderung, die eine angemessene Lebenshaltung ermöglicht. Die Studienförderung muß für die ganze Zeit der notwendigen Studiendauer gewährt werden.“

GEW-Hauptvorstand, 9.5.81: „Die GEW nimmt den Kabinettsentwurf der Bundesregierung für die 7. Novelle des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG) zum Anlaß, sich gegen die geplanten Einschränkungen der Ausbildungsförderung auszusprechen ... Eine Vorverlegung der Anpassung auf den 1. Juli 1981 ist unerlässlich.“

VDS-Press, Mai 1981: „Sofortige Anhebung des BAFöG-Höchstsatzes auf DM 750 und des Elternfreibetrages auf DM 1500. Keine Verschiebung der Anpassung. – Jährliche Anpassung der BAFöG-Sätze an die gestiegenen Lebenshaltungskosten. – Ersatzlose Streichung der unsozialen Darlehensregelung. – Keine Einschränkung des Kreises der Geförderten, insbesondere keine Verschlechterung der Förderung der Absolventen des 2. Bildungsweges.“

und damit auch die Erhöhung verschoben. Gleichzeitig wurden weitere Kürzungen durchgesetzt. Das Grunddarlehen wurde nochmals erhöht, Familien mit mehr als drei Kindern wurden bevorzugt zu Lasten solcher mit ein und zwei Kindern. Für das ganze Jahr 76 wurde nur ein Härteausgleich gezahlt. 1977 wurden mit der 4. Novelle die Sätze erneut angehoben mit einer Laufzeit bis 1979. 1979 brachte Schmude erstmals das „Verstetigungsmodell“ ins Gespräch, wonach die Sätze jährlich um einen bestimmten Prozentsatz angehoben werden sollten, was zunächst auch von 1979 auf 1980 geschah.

Ab dem 1.10.81 wäre wieder eine Anhebung fällig gewesen, die mit dem jetzt geplanten Gesetz ausgesetzt werden soll. In den Jahren 75, 76, 77 wurden mit dem Bericht der Bund-Länder-Kommission zur Ausbildungsförderung Modelle einer vollständigen Änderung der Ausbildungsförderung aufgebracht, die ihren Niederschlag in den Positionen vor allem von CDU und FDP fanden. Das „Staatsfinanzierungsmodell“, das „Darlehensmodell“ und das „Solidarmodell“, nach

dem die Kosten allen Hochschulabsolventen aufgelastet werden sollten.

„Meine Damen und Herren“, meint die schon zitierte Braun-Stützer von der FDP in der Bundestagsdebatte, „Das siebente Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes ist ein Spiegelbild der Verteilungskämpfe, mit denen sich die Par-

teien und Fraktionen in der Bundesrepublik derzeit herumschlagen, vom Bund bis zu den Gemeinden ... Zum ersten Mal geht es beim Sparen ernsthaft ans Eingemachte.“ Die Dame ist so verlogen im Einzelnen wie hinweiseträchtig im allgemeinen. Zwar machen die geplanten Einsparungen bei den BAFöG-Zahlungen nur einen ge-



Mainz: Aktionen von Medizinstudenten gegen den Prüfungsterror

ringen Teil der zu stopfenden Ausgaben z.B. der Verteidigung aus und sind in der Größenordnung kaum zu vergleichen mit den Plünderungen von Versicherungsgeldern, die die Regierung und die CDU/CSU im Auge haben. Aber die Rechtsposition der Studenten gegenüber der Regierung ist am schwächsten, weil es der Bourgeoisie gelungen ist, ihnen den Standpunkt der „individuellen Förderung“ nach Maßgabe des „Möglichen“ aufzuzwingen, wobei diese „Förderung“ entzogen werden kann, wenn die „Umstände“ es erfordern, ohne einen Rechtsanspruch der Studenten zu verletzen.

Ganz falsch wäre es daher, auf die Kritik an der Regierung und den Parteien zu verzichten, was der Grund der Forderung nach Bezahlung ist: Die

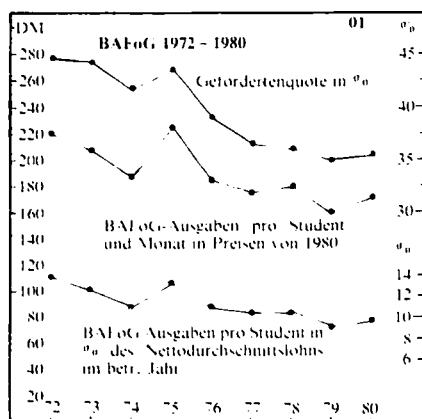


*Seien Sie bloß friedlich!
Manche Witwe kriegt noch
viel weniger als den
vollen BAFöG-Satz!*

Verausgabung und Vernutzung der Arbeitskraft der Studenten. Leicht kommt es sonst nämlich dazu, daß sich die Reaktion diesen Standpunkt zu eigen macht und zwar als zuendegedachte „utopische Konsequenz“ der Kritik an der BAFöG-Gesetzgebung. Der besagte Graf Waldburg-Zeil nämlich konnte die Feststellung treffen, daß eine Förderung, die auch die „Neigung als Kriterium wählt“, so lange als ungerecht empfunden werden muß, wie es eben immer Grenzen der Förderung geben müsse. Auf eine solche Förderung dürfte sich die Bourgeoisie also gar nicht einlassen. Es käme nämlich dann zu folgenden Entwicklungen: „Deshalb hat ja Norwegen für Studenten über 20 Jahren die Bedürftigkeitsprüfung hinsichtlich des Eltern- und Ehepartnereinkommens abgeschafft und nur noch auf das eigene Einkommen der Studenten abgestellt.“ Obwohl auch dabei freilich nicht das Recht auf Bezahlung der Arbeitskraft, aber immerhin auf Bestreitung der Reproduktionskosten des Studiums zugestanden wird, eine Unmöglichkeit für westdeutsche Verhältnisse, wie verschiedene Redner gleich feststellten.

Auswirkungen der BAFöG-Gesetzgebung 1972 – 1980

Bei jeder BAFöG-Debatte im Bundestag legt die Regierung aufs Neue die kühnsten Berechnungen darüber vor, wie die Steigerung der BAFöG-Sätze an die Lebenshaltungskosten angeglichen werde. Die Auszahlung pro BAFöG-Bezieher steigt meist nominal, aber nicht real. Außerdem verhüllt dieser Wert die sinkende Zahl derer, die überhaupt noch BAFöG erhalten.

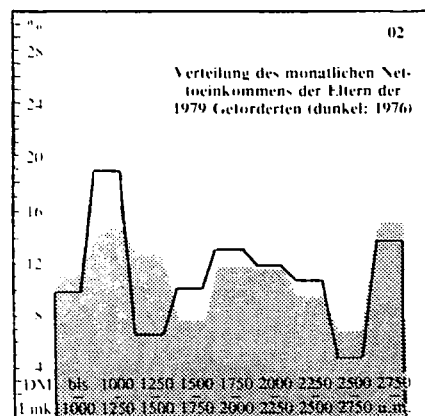


In Schaubild 01 sind seit 1972 die Ausgaben pro Student und Monat bezogen auf *alle* Studenten berechnet und in Preisen von 1980 ausgedrückt. Insbesondere seit 1975 sinkt dieser Betrag. Damals wurde im BAFöG durch das Haushaltsstrukturgesetz verankert, daß die BAFöG-Anpassungen auch der „gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ Rechnung tragen müssen. Die Festlegung, das BAFöG

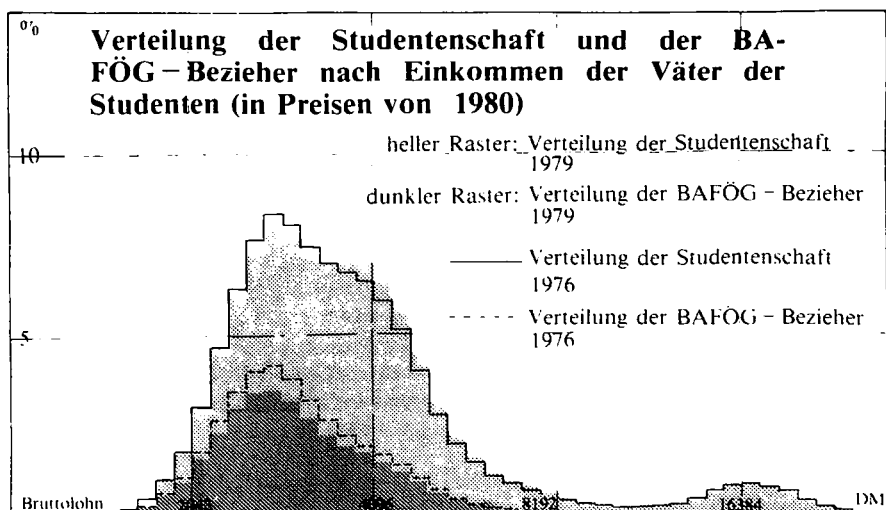
an die Lebenshaltungskosten anzupassen, entfiel praktisch.

Aber schon immer war das BAFöG *niedrig*. Die BAFöG-Ausgaben pro Student und Monat lagen 1972 bei 13,8% des durchschnittlichen Netto-lohns aller Arbeitnehmer in diesem Jahr. Heute sind es um die 9%. So verschob sich trotz steigender Studentenzahlen von 1976 auf 1979 die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft zugunsten besser verdienender Familien.

Schaubild 03 schätzt diese Entwicklungen aufgrund der Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes ab.



Gleichzeitig aber verschob sich die Einkommensverteilung der Eltern von BAFöG-Beziehern nach unten, wobei der Verlust von BAFöG-Zahlungen schon kurz über dem Durchschnittslohn beginnt (Schaubild 02).



Arbeitskämpfe bei Philips in Indien

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund hat seine Mitglieder aufgerufen, die gewerkschaftlichen Aktionen von 7500 Arbeitern von Philips/Indien durch Abbruch der Produktion und der Verschiffung von Teilen für die dortige Produktion zu unterstützen. Die Leitung von Philips/Indien hatte die Arbeiter am 27. März ausgesperrt, um sie zur Aufgabe der Aktionen zu zwingen, die sie zur Durchsetzung einer Vereinbarung zwischen Philips und der dem IMB angeschlossenen Philips Employees' Union führen. Der Konzern will selbst den abgeschlossenen Teil der Vereinbarung neu verhandeln.

AEG senkt Betriebsrente

Mit dem neuen AEG-Ruhegeldstatut werden die Betriebsrenten um fast $\frac{1}{3}$ gekürzt. Zusätzlich fällt die dynamische Berechnung nach Betriebszugehörigkeit und Lohn- bzw. Gehaltshöhe weg. Die Höhe der Betriebsrente soll nach einem Festbetragssystem berechnet werden. Die Gesamthöhe wird einschließlich der Rente

Aktionen gegen am Bau des KKW Brokdorf beteiligte Firmen: Am 24.3. war der Bagger gegenüber vom Bauplatz beschädigt aufgefunden worden. Kurz danach war das 2,25 km lange Transportband bei der Betonfirma Alsen angesägt worden. Bei Nordbeton, Itzehoe, sind 14 Transportbeton-Mischfahrzeuge beschädigt und beschriftet worden. Die „Aktionseinheit Michael Duffke“, benannt nach dem immer noch inhaftierten KKW-Gegner, hat Mitteilungen über weitere Aktionen verbreitet. Die Kripo hat eine Sonderkommission eingesetzt.

aus der gesetzlichen Sozialversicherung auf 90% des letzten Einkommens begrenzt. AEG gab bekannt, daß sich somit der Zwang, Rückstellungen zu bilden, für laufende Pensionszahlungen zwischen 1981 und 1990 um 1,1 Mrd. DM und bei den unverfallbaren Anwartschaften um 2,3 Mrd. DM vermindere. Der Vorstand will die Pensionsanwartschaften alle vier Jahre überprüfen. Die AEG, die einen neuen Großaktionär sucht, um sich von hohen Schuld-Zinszahlungen zu befreien, hofft, mit der Rentenkürzung eine entscheidende Vorbedingung erfüllt zu haben.



Bremer Lehrer gegen Kriegsvorbereitung

Über 200 Bremer Lehrer haben am 22.5.81 auf einer Kundgebung öffentlich erklärt: „Wir Lehrer sind zum Kriegsdienst nicht mehr bereit!“ Sie haben einen gemeinsamen Antrag auf Wehrdienstverweigerung gestellt und ihre Wehrpässe abgegeben. In ihrem Aufruf heißt es u.a.: „Als Lehrer werden wir uns nicht dafür hergeben, durch eine ‚Friedenserziehung‘, wie sie von Verteidigungsminister Apel gefordert wird, Aufrüstung im Klassenzimmer zu betreiben. Wir erklären, daß wir uns nicht an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligen und gegen jegliche Art von Kriegsvorbereitung aktiv eintreten werden.“ Schon ist der Bremer CDU-Landes- und Fraktionschef Bernd Neumann auf den Plan getreten und bezeichnet die Ablehnung der Lehrer, im Unterricht für die Bundeswehr zu werben, als „gefährlichen Vorgang“, der Maßnahmen des Bildungsensors erfordere.

Bayern: GEW-Landesvertreterversammlung

Am 22. – 24.5.81 fand in München die Landesvertreterversammlung der GEW-Bayern statt. Sie stand unter dem Motto: „Bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen – Zu Solidarität und Frieden erziehen.“ Die 200 Delegierten verabschiedeten u.a. Anträge zur Abschaffung der Sonderschule für Lernbehinderte, gegen Berufsverbote, gegen die schlechte Ausbildungssituation der Junglehrer. Außerdem wurde beschlossen, im Oktober einen Aktionstag „Für bessere Arbeitsbedingungen, für Arbeits-

zeitverkürzung, für die Einstellung aller Lehrer und Erzieher“ durchzuführen. Gegen den Entwurf des bayerischen Kultusministeriums für ein Erziehungs- und Unterrichtsgesetz wurden die Forderungen der GEW nach einer demokratischen Schulverfassung beschlossen. In einer Grußadresse an die Demonstration „Keine Atomraketen in Europa“ am 23.5.81 in München wurde einstimmig gefordert: „Gegen die Stationierung von Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa! Für die Erhaltung des Friedens! Für Abrüstung!“ Weiter wurde beschlossen: „Anerkennung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und der Staatsgrenzen Polens und der DDR.“

Freistellung nach 24 Stunden Dienst

Die Ärzte des Krankenhauses Moabit in Westberlin erreichten ein Urteil des Landesarbeitsgerichts, daß sie sich nach 24 Stunden Tages- und Bereitschaftsdienst vom darauf folgenden Tagesdienst freistellen lassen können, wenn die Ruhezeit von 22 Uhr bis eine Stunde vor Beginn des nächsten Dienstes nicht mindestens vier Stunden beträgt. Der jetzige Tarifvertrag besagt, daß eine solche Freistellung nur erfolgen kann, wenn erheblich mehr Arbeit während des Bereitschaftsdienstes geleistet wurde als 49%. Das Gericht erkennt an, daß auch eine Arbeitsbelastung um die 50% so ungünstig verteilt sein kann, daß zwischen einzelnen Arbeitseinsätzen keine ausreichenden Pausen liegen. Das Urteil gilt für das gesamte Personal.



Über 12000 Eisenbahnarbeiter demonstrierten Ende Mai vor dem Kapitol in Washington/USA gegen die Sparmaßnahmen der Regierung Reagan, die außer Kürzungen der Sozialleistungen und Renten Massenentlassungen im Öffentlichen Dienst nach sich ziehen wird. In 92 Großstädten sind sie bereits angekündigt. 2,2 Mio. Lehrer haben Bescheid bekommen, daß ihre Arbeitsverträge möglicherweise im Herbst nicht verlängert werden. Die beiden Lehrergewerkschaften AFT und NEA rechnen mit bis zu 250000 Entlassungen. Die amerikanische Regierung hatte den Volksbildungsetat ab Herbst 81 um rund 4,5 Mrd. \$ gekürzt.

Gelöbnisse

Vorsichtige Propaganda Die Öffentlichkeit wieder eingeladen

Schleswig-Holstein. Der Monat Mai bescherte der Bevölkerung des Kreises Steinburg gleich zwei Bundeswehrgelöbnisse, und er bescherte der Bundeswehr eine Menge Ärger mit der wachsenden Bewegung gegen die Kriegspolitik der BRD. Das Sanitätsbataillon 6 (SanBtl 6), in der Kreisstadt Itzehoe beheimatet, führte am 9. Mai einen „Tag der offenen Tür“ durch, abends lud die Bundeswehr die Öffentlichkeit zum „feierlichen Gelöbniß“ auf den Kasernensportplatz. Die lokale Presse hatte vorher, indem sie seitenlange Abhandlungen über die 350jährige Garnisonstradition der Stadt abdruckte, versucht, den Boden für eine solche Veranstaltung zu bereiten. Doch schon am 7.5., als in der Stadtkirche der Gelöbnisgottesdienst stattfinden sollte, ließ sich das nur mit Polizeischutz, Knüppel- und Hundeeinsatz machen, da eine Gruppe von Leuten vor der Kirche demonstrierte. Verschiedene

Kriegsgegner unmittelbar am Ort des feierlichen Aktes wieder auftauchten und mit Sprechhören wie „BRD raus aus der NATO“ und allerlei akustischen Geräten ihren Protest lautstark zum Ausdruck brachten. Die Öffentlichkeit war der Veranstaltung größtenteils ferngeblieben, nur ca. 100 Menschen, von denen die Hälfte dem Ganzen eher kritisch gegenüberstand, hatte die Bundeswehr in dem 36000-Einwohnerort Itzehoe anlocken können.

Wohl weil solcherlei Erfahrungen nicht gerade die Kampfmoral stärken und weil mit Atomwaffen noch schwerer Propaganda zu betreiben ist als mit „harmlosen“ Sanitätären, ließen die Militärs das für den 23.5. in Kellinghusen geplante Spektakel kurzerhand ins Wasser fallen. Das atomar bewaffnete Raketenartilleriebataillon 62 vereidigte im engsten Kreise, die Tür blieb geschlossen. Auf einer Kundgebung, an



Christen, die sich an der Aktion beteiligten, sind empört darüber, daß ihnen der Zugang zur Kirche verwehrt wird, während sich Polizeihunde ungestört darin tummeln können. Es hat deshalb Kirchaustritte gegeben. Ein mager besuchter Tag der offenen Tür, der von Flugblattaktionen begleitet war, konnte die Militärs ebenso wenig freuen wie ihr Gelöbniß. Ca. 60 Demonstranten, die ein Transparent entrollten, mußten mittels massivem Einsatz von zu Feldjägern verpflichteten Soldaten fortgeräumt werden. Die Polizei leistete auch hier wieder Hilfestellung, konnte aber nicht verhindern, daß die

der sich ca. 50 Menschen beteiligten, wurde u.a. „Keine Atomwaffen in Kellinghusen und auch nicht anderswo“ gefordert. Ein gleichlautendes Transparent wurde vom Aussichtsturm der Stadt heruntergelassen. Die örtliche Polizei beschlagnahmte ein Transparent mit Knüppelinsatz, mußte dies aber anschließend wieder herausgeben.

Das Artillerieregiment 6, zu dem auch das RakBtl 62 in Kellinghusen gehört, nennt sich stolz den „Hammer der 6. PzGrnDiv“, seine Raketen „eine Schwerpunktwaaffe des Truppenführers, dazu bestimmt, Feuerschläge auf solche Ziele abzugeben, die von be-

sonderer Bedeutung sind“. Das RakBtl 62 verfügt über nukleare Kurzstreckenraketen vom Typ „Lance“ und über Raketenwerfer M 110 SF (Selbstfahrlafette), die eine nur geringe Reichweite (10 bis 14 km), aber eine erhebliche Sprengkraft (50 bzw. 10 kt) aufzuweisen haben. Daß durch die geringe Reichweite auch die örtliche Bevölkerung bedroht ist, stört Bundeswehr und US-Besatzer wenig. Die Kellinghusener Feuerwehr erhielt 1977 lediglich einen ABC-Abwehrzug, der – so die örtliche Presse – „dort eingesetzt wird, wo die Bevölkerung durch atomare ... Stoffe unmittelbar bedroht oder betroffen ist“.

Angesichts der Tatsache, daß der Widerstand gegen die Kriegspolitik der BRD weite Kreise zieht, taktiert die Kellinghusener Bundeswehrführung äußerst behutsam, könnte doch bei allzu forschem Säbelklirren der Kampf speziell gegen „ihre Raketen“ sich noch schneller entwickeln, als das ohnehin schon der Fall ist.

Es geht nicht mehr so einfach, wie 1976, als Konteradmiral Benzino, Chef des Territorialkommandos Schleswig-Holstein, im Itzehoer Stadion einen „großen Zapfenstreich“ aller drei Teilstreitkräfte abnehmen konnte, und die Lokalpresse dies als „großes Erlebnis für die Bevölkerung“ feierte. Um Fragen des Militarismus und des Kampfes dagegen zu diskutieren, hat sich unterdessen in Itzehoe ein Kreis von etwa 20 Leuten zusammengefunden, der regelmäßig tagt.

Nordrhein-Westfalen 600 Lehrer für zwei Jahre arbeitslos

Bielefeld. Nach einem Erlaßentwurf des nordrhein-westfälischen Kultusministers vom 7. Mai zum Lehrereinstellungsverfahren 1981 werden über 600 Lehrer keine Anstellung bekommen. Der nächste Einstellungstermin wird von 1982 auf den Schuljahrsbeginn 1983/84 verschoben. Nachdem in den vergangenen Jahren in NRW alle Bewerber ein Einstellungsangebot bekommen hatten, ist jetzt eine mindestens zweijährige Arbeitslosigkeit vorgesehen.

Für viele bedeutet dies, daß sie kein Arbeitslosengeld bekommen und aufgrund der Mittelkürzungen auch nicht an Volkshochschulen oder Universitäten überwechseln können, den Zwang zur Aufgabe ihres Berufes. Unlängst hatte Kultusminister Girgensohn noch verkündet, daß 1400 Bewerber kein Einstellungsangebot bekommen, jetzt sind es „nur“ noch 600. Offensichtlich sollen viele Lehrer Einstellungen krie-

gen, die mehrere hundert km vom Heimort entfernt liegen, so daß sie aufgrund z.B. familiärer Verhältnisse ablehnen müssen. Diese Stellen werden dann ein zweites Mal angeboten. Willkürlich wird so die Zahl der Bewerber ohne jedes Einstellungsangebot gesenkt.

Mit der Arbeitslosigkeit wird die Teilzeitarbeit ausgeweitet: An der Hauptschule sollen über 1500 der 2200 Bewerber mit $\frac{2}{3}$ -Verträgen kurzarbeiten, während 217 arbeitslos werden. An der Realschule erhalten 20% keine Anstellung, während 14% der Bewerber kurzarbeiten müssen. An der Grundschule wird zum 4.9.81 nur ein Drittel der Bewerber eingestellt – alle mit $\frac{2}{3}$ -Verträgen –, für den Rest wird ein weiteres Einstellungsverfahren mit Dienstantritt zum 2.11.81 eröffnet; ob dann alle berücksichtigt werden, ist ungewiß. Am Gymnasium werden – abgesehen von 200 – alle mit voller Stundenzahl eingestellt. An den anderen Schulformen wird es keine Arbeitslosen geben. Die jetzt Abgewiesenen sollen nur dann zum Schuljahresbeginn 1983/84 eingestellt werden, „sofern ein entsprechender fächerspezifischer Unterrichtsbedarf vorliegt“.

„Fehlender Unterrichtsbedarf“ war angeblich das Kriterium für die Ablehnung der Bewerber. Dieser wurde je-



Der AjLE der GEW Bielefeld auf der 1. Mai-Demonstration 1981

doch erst ermittelt, nachdem sich alle Lehrer beworben hatten. Damit konnte der „Bedarf“ entsprechend dem Bildungsetat im Landeshaushalt festgelegt werden. Tatsächlich ist die Unterrichtsversorgung an den Schulen NRWs weiterhin völlig unzureichend. Kaum eine Klasse erreicht die von der GEW als Höchstgrenze geforderte Anzahl von 25 Schülern. So hatten im vergangenen Schuljahr noch 42,5% aller Grundschulklassen und 79,6% aller Hauptschulklassen mehr als 25 Schüler. Die Durchschnittsklassenfrequenz an der Hauptschule lag bei 28,3 Schülern, an der Realschule bei 32,7 und am Gymnasium bei 32,7. Trotz gegenteili-

ger Beteuerungen haben sich die Durchschnittsklassenfrequenzen an der Realschule von 32,6 Schülern 1973 auf 32,7 Schüler 1980 verschlechtert. Unter diesen Bedingungen ist die Förderung schwächerer Schüler unmöglich, sie werden schlicht ausgelesen und umsortiert.

Aufgrund überlanger Arbeitszeiten der Lehrer von 54 Unterrichtswochenstunden wird die Qualität des Unterrichts zusätzlich verschlechtert. Eine Herabsetzung der Unterrichtsverpflichtung um eine Wochenstunde für alle Lehrer, wie sie die GEW fordert,

würde in NRW 6200 zusätzliche Stellen notwendig machen.

Die Hauptpersonalräte werden den Erlaßentwurf des Kultusministeriums ablehnen, so daß eine Einigungsstelle entscheiden muß. Der AjLE hat einen Resolutionsvorschlag gegen den Erlaß und für die Einstellung aller Lehrer an Ausbildungsseminare, Schülervertretungen und ASten im Land zur Verabschiedung geschickt. Die Fachgruppe Realschule der GEW im Bezirk Detmold führt eine Unterschriftensammlung durch. Noch können die Regierungspläne durchkreuzt werden.

Stationierungsstreitkräfte

Verhandlungen über Arbeitsplatz- und Einkommenschutz

Mannheim. Die ÖTV will die Möglichkeiten der Besatzungsstreitkräfte, im Bereich der zivilen Beschäftigten zu rationalisieren und privatisieren, einschränken und einen Tarifvertrag über Einkommens- und Rationalisierungs-Arbeitsplatzschutz abschließen. Den Entwurf hat die ÖTV bereits im Februar den Streitkräften vorgelegt. Damit begegnet sie den Privatisierungsabsichten der Besatzungsarmeen, insbesondere der US-Army. Diese plant seit Januar 1980, sämtliche Versorgungs- und Dienstleistungen, die bislang deutsche Zivilbeschäftigte ausführen, zusammenzufassen und an Privatfirmen zu übergeben. Nach dem Protest von ÖTV und Betriebsvertretungen beim amerikanischen Hauptquartier nahm dies seine Anordnung zurück. Gleichzeitig erging die Aufforderung an sämtliche Kommandeure, selber zu überprüfen, welcher Einzelbereich einer Kaserne sich zu privatisieren anbiete.

Der Tarifvertrag, über den am 29. und 30. Juni erstmals verhandelt wird, sieht darum die Sicherung von Einkommen und Arbeitsplatz u.a. bei folgenden Maßnahmen vor:

- Verlagerung von Aufgaben auf Privatfirmen durch Kontrakte;
- Einschränkung, Stilllegung oder Auflösung von Betrieben/Verwaltungen;
- Zusammenschluß mit anderen Betrieben, Änderung der Betriebsorganisation, Verlegung von Betriebsteilen;
- Einführung anderer Arbeitsmethoden oder Fertigungsverfahren, technische Veränderungen;
- personalwirtschaftliche Stellenplan-kürzungen (Haushaltskürzungen);
- bei persönlicher Leistungsminde-rung eines Arbeitnehmers durch Krankheit, Unfall oder berufliche Belastungen.

Die Schwerpunktforderungen des Tarifvertrages sind:

– Geschützt sind alle Arbeitnehmer, die länger als 6 Monate beschäftigt sind;

– Bei allen Änderungen ist der Arbeitgeber verpflichtet, einen mindestens gleichwertigen und zumutbaren Arbeitsplatz zu sichern. Das kann Umschulung, Fort- oder Weiterbildung einschließen;

– Der Arbeitgeber hat Umschulung, Fort- und Weiterbildung durchzuführen und zu bezahlen. Dem Arbeitnehmer ist dafür Freizeit unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren. Arbeitnehmer über fünfzig können den Besuch solcher Kurse ablehnen;

– Genereller Kündigungsschutz für Arbeitnehmer ab vierzig Jahren und mindestens fünfjähriger Beschäftigung oder zehnjähriger Beschäftigung unabhängig vom Alter. Für alle anderen sechs Monate Kündigungsfrist;

– Vierzigjährigen und Älteren ist das Einkommen absolut zu sichern;

– Absolute, umfassende, rechtzeitige Information der Betriebsvertretungen.

Die Durchsetzung der Forderungen



Stand der ÖTV-Betriebsgruppe Stationierungsstreitkräfte am 1. Mai in Mannheim.

dieses Tarifvertrages würde die Privatisierungs- und Rationalisierungsvorhaben der Besatzungsstreitkräfte erheblich behindern und ähnliche Unruhezustände hervorrufen wie die Warnstreiks im letzten Dezember, die eine verbesserte Lohnstruktur durchsetzten. Eine Vorreiterposition haben die Verhandlungen in Bezug auf den Abschluß des gleichen Tarifvertrages für den gesamten Öffentlichen Dienst. Die Große Tarifkommission der ÖTV hat beschlossen, dem Dienstherrn den gleichen Entwurf nach dem Lohntarifabschluß vorzulegen. Ziemlich sicher ist, daß, nachdem die Beschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften erst vor einem halben Jahr ihre Kampfstärke unter Beweis gestellt haben, sich dort die Forderungen eher und schneller durchsetzen lassen gegen die Besatzer und ihren Verhandlungsführer Finanzminister Matthöfer. Seinem Amtskollegen Baum wird es dann wohl schwer gelingen, einen schonmal abgeschlossenen Vertrag den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zu verweigern.

Westberlin Rechtsstellung der Zivilbeschäftigten

Westberlin. Durch Erlaß einer Berlin Kommandantura Order (BKO), die in Westberlin obersten Gesetzesrang hat, haben die drei westlichen Besatzer am 4. Februar die arbeitsrechtliche Stellung der Zivilbeschäftigten geregelt.

Anders als in Westdeutschland, wo Anfang Mai in einem Abkommen zwischen den NATO-Botschaftern und der Bundesregierung eine ähnliche Regelung aufgrund des Artikels 56 des NATO-Truppenstatuts getroffen wurde, bedarf es in Westberlin keiner Zustimmung des Senats.

Die in Westberlin erlassene BKO orientiert sich zwar am Betriebsverfassungsgesetz, schließt aber wesentliche Schutzrechte für die Zivilbeschäftigten aus. So sind Kündigungsschutzverfahren vor dem Arbeitsgericht ebenso ausgeschlossen wie die Rechte der Betriebsräte bei personellen Einzelmaßnahmen wie Einstellung, Umsetzung, Umgruppierung oder Versetzung.

Die jetzt zu wählenden Betriebsräte werden zwar entsprechend dem westdeutschen Arbeitsrecht gebildet, können auch nicht mehr einfach per militärischem Befehl aufgelöst werden, ihre Inspektionsrechte sind aber fast völlig außer Kraft. Alles, was als „geheim oder vertraulich“ eingestuft wird, ist der Kontrolle durch den Betriebsrat entzogen, ohne daß dieser vor dem Arbeitsgericht gegen derartige Einschränkungen seiner Rechte klagen kann.

Insbesondere die US-Besatzer ent-

halten derzeit starken Druck auf die Arbeitsbedingungen der Zivilbeschäftigten, indem sie freierwerbende oder auch freigemachte Stellen bevorzugt mit Angehörigen der Besatzersoldaten besetzen. Während diese auch in Westdeutschland in den vergangenen Jahren praktizierte Methode der Spaltung dort gegen eine ausdrückliche Bestimmung des NATO-Truppenstatuts verstößt, unterliegen die Westberliner Besatzungsstreitkräfte keinerlei Beschränkungen.

Seit Jahren erhebt die ÖTV die Forderungen nach voller Anwendung des westdeutschen Arbeits- und Personalvertretungsrechts für alle Zivilbeschäftigten der Besatzungstruppen. Insbesondere wird kritisiert, daß die Zivilbeschäftigten praktisch als Kombattanten behandelt und vollständig in die Mobilisierungspläne der Besatzer einbezogen werden.

Auch für die jetzt laufenden Tarifverhandlungen unterliegen die Zivilbeschäftigten zusätzlicher gesetzlicher Unterdrückung. Zwar wird die Tariffreiheit in der BKO gewährt, über die Höhe des Abschlusses entscheiden jedoch die alliierten Stadtkommandanten per Befehl, so daß die zwischen ÖTV und dem Leiter des Amtes für Besatzungslasten geführten Verhandlungen schnell zur Farce werden können.

Kostendämpfung 11. Deutscher Krankenhaustag

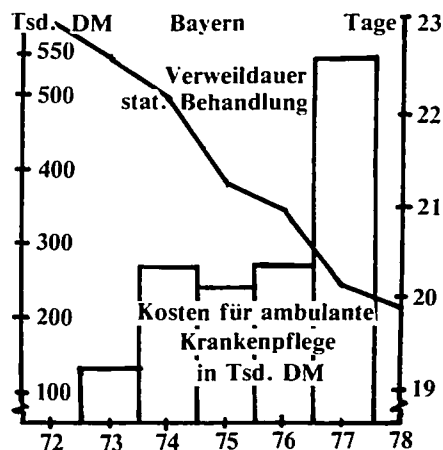
München. Vom 19. – 22. Mai fand in München der 11. Deutsche Krankenhaustag statt mit dem Thema „Das Krankenhaus der 80er Jahre“. Gleichzeitig fand die größte Krankenhausfachmesse der Welt statt, die Interhospital '81.

Kostendämpfung war das zentrale Thema aller Referenten angesichts eines „drohenden erneuten Kostenschubs“ in den Krankenhäusern. Annemarie Renger, bekannt als konsequente Vertreterin des Nato-Doppelbeschlusses, zudem eifrige Sozialdemokratin, unterstrich auf der Eröffnungsfeier die Notwendigkeit, die Krankenhäuser in die Kostendämpfungsgesetze des Bundes mit einzubeziehen. Verwaltung, Ärzte und Pflegepersonal rief sie zum „sparsamen und wirtschaftlichen Handeln“ auf, „noch vorhandene Rationalisierungsreserven müssen gesucht und ausgeschöpft werden.“

Fabrikant Werner Engel, Vorsitzender des Ausstellungs-Ausschusses Interhospital, hob besonders die hohen Personalkosten hervor. „Üben wir den Verteilungskampf erst dann wieder, wenn es wirklich etwas zu verteilen

gibt“, ist sein Appell an die Gewerkschaften, die Lohnsenkungspolitik der Kapitalisten zu unterstützen.

Während die SPD durch weitere Gesetzesmaßnahmen kostendämpfende Maßnahmen – wie Abbau von Betten, Personal und Sachmitteln, Kostenentlastung durch mehr ambulante Einrichtungen – durchsetzen will, propa-



Verkürzung der Liegezeiten, Konzentrierung Schwerstkranker in den Krankenhäusern durch Ausbau der ambulanten Krankenpflege: Für die Beschäftigten eine ungeheure Arbeitsintensivierung.

giert die CDU/CSU „flexible“ Verträge wie den „Bayernvertrag“ oder die Vereinbarung über „ambulante Operationen“.

Prof. Dr. Schaefer faßt zusammen, was allen am Herzen liegt: „Das Pflegepersonal hat nicht mehr den christlichen Impetus der Caritas, der Arzt nicht mehr die Einfühlsamkeit, die früher den Arzt auszeichnete ... Diese sinkende Dienstleistungs-Bereitschaft hat ihre Gründe natürlich in der völlig gewandelten Mentalität der Menschen, da niemand mehr über die vertraglich festgesetzten Stunden hinaus ohne Entgelt tätig sein will.“

Justiz BVG bestätigt Urteil im Hårdle-Prozeß

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat Ende Mai die Verfassungsbeschwerde des Heidelberger Rechtsanwalts Gerhard Hårdle abgewiesen. Beim BVG war ein Antrag gestellt worden, die Verwerfung der Revision Hårdles durch den Bundesgerichtshof (BGH) gegen ein Urteil von 22 Monaten ohne Bewährung aufzuheben. Hårdle war verurteilt worden, weil er 1976 an einem Wahlkampfstand des KBW teilgenommen hatte (angeblicher Landfriedensbruch), und wegen angeblicher Falschaussage zugunsten eines Mandanten. Seit Beginn des Verfahrens nahmen zahlreiche Organisa-

tionen und Vertretungskörperschaften dagegen Stellung. Insbesondere in der Anwaltschaft besteht breite Kritik an der Art und Weise, wie das Urteil zustande kam.

Etwa zum Zeitpunkt der BVG-Entscheidung haben beinahe 400 Rechtsanwälte aus der ganzen BRD in einer halbseitigen Anzeige in der „Zeit“ Stellung genommen: „Wesentliche Verteidigungsrechte sind in diesem Strafverfahren in so grundsätzlicher Weise in Frage gestellt worden, daß wir dies nicht hinnehmen können, soll Verteidigung nicht zur Farce werden. Wir erwarten vom BVG, daß es die Fehlentscheidungen des Landgerichts und des BGH aufhebt.“ Das BVG lehnte es aber ab, die Beschwerde überhaupt zu befassen, weil sie „keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat.“ Das BVG bestätigte alle kritisierten Rechtsauffassungen des BGH.

So war in Abwesenheit Hårdles verhandelt worden. Er mußte zur gleichen Zeit einen Mandanten verteidigen, Verlegungsanträge wurden abgelehnt. Daß Hårdle dann trotzdem seinen Mandanten verteidigte, werten BGH und BVG als „eigenmächtiges Ausbleiben“. Das Fragerecht der Verteidigung wurde bei Belastungszeugen beschnitten. Das Gericht verlangte eine Liste der von der Verteidigung noch geplanten Fragen. Als diese nicht vorgelegt wurde, brach das Gericht die Befragung ab! Das BVG bestätigt diese Praxis: „Dem Vortrag (Hårdles) ist nicht zu entnehmen, welche weiteren Fragen der Beschwerdeführer oder seine Verteidiger an den Zeugen nach Beendigung der Vernehmung durch das Gericht noch hätten stellen wollen.“ Weiter waren zwei Verteidiger erst drei Tage vor Prozessbeginn geladen worden. Ihr Antrag auf Terminverschiebung zur besseren Vorbereitung (3000 Aktenseiten) wurde abgelehnt. Das BVG: „Während der zahlreichen Unterbrechungen der über vier Monate dauernden Hauptverhandlung ... hatten Sie Gelegenheit zu ergänzender Vorbereitung.“

Der Beschluß des BVG ist unanfechtbar, der Rechtsweg gegen das Urteil ist also vollends erschöpft. Jetzt wird die Staatsanwaltschaft das Urteil vollstrecken wollen, wenn Hårdle sein Pflichtverteidigermandat in einem laufenden Verfahren beendet hat. RA Hårdle wird gegen die Entscheidung beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Beschwerde einlegen. Dieser kann nach Abschluß des nationalen Rechtsweges das BVG-Urteil rechtsverbindlich aufheben, falls er zu der Auffassung gelangt, daß Festlegungen der Europäischen Menschenrechtskommission verletzt wurden. Diese Beschwerde hat allerdings wie die Verfassungsbeschwerde keine vollstreckungsaufschiebende Wirkung.

MAN-München

Lackierer wehren sich gegen Lohnsenkung

München. Die Lackierer bei MAN-München haben vor kurzem die Arbeit niedergelegt und sind zum Betriebsrat gegangen. Die Lackierer arbeiten im Gruppenakkord. Die Kapitalisten haben den Akkordsatz gesenkt, die vorgeschriebenen Stückzahlen waren nicht erreicht worden. Hohe Fluktuation und hoher Krankenstand sowie die Versetzung der Teilelackierer in die Fahrerhauslackiererei und die Rahmenlackiererei, wo eine Einarbeitungszeit notwendig ist, sind die Ursachen, daß die vorgeschriebenen Stückzahlen nicht erreicht wurden. Der Betriebsrat verhandelt mit der Geschäftsleitung, ein konkretes Ergebnis gibt es noch nicht.

Im Februar letzten Jahres haben die Lackierer erfolgreich Überstunden verweigert und im Herbst durch Andro-

satz einer derartigen Anlage nicht. Sie versuchen durch Ausweitung des Schichtbetriebes und Überstunden mit der Konkurrenz gleichzuziehen.

Ein Rationalisierungsschwerpunkt der MAN-Kapitalisten in den letzten Jahren war das Montageband. In diesem Bereich sind 60% des Anlagevermögens konzentriert. Der Bereich der mechanischen Eigenfertigung wird abgebaut durch Verlagerung in andere MAN-Werke bzw. durch Umstellung auf Kaufteile. Ein Index für die gestiegene Intensivierung der Arbeit zeigt sich im Verhältnis Maschinen und maschinelle Anlagen pro Beschäftigtem zu Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen pro Beschäftigtem. Dieses Verhältnis betrug im Geschäftsjahr 1971/72 1:0,8 und im Geschäftsjahr 1979/80 1:3,3. Das Verhältnis Arbeiter zu Angestell-

Angestellte
und Arbeiter
gemeinsam gegen
den Bayern-Monat

ohne wirkliche
Arbeitskraft

Alles wird
teurer
nur Arbeitskraft
soll immer
billiger werden



Die MAN-Belegschaft von Augsburg im Tariftstreik. Durch Zusatzvereinbarung fällt der Bayernmonat im Tarifjahr 1982

hung von Arbeitsniederlegung erreicht, daß das Wasser, das an den Wänden der Lackierboxen herunterläuft und die Farbdämpfe absorbiert, wöchentlich ausgewechselt wird. Die Kapitalisten wollten nur vierzehntägig auswechseln, weil das Wasser aufbereitet werden muß, bevor es in die Kanalisation geleitet werden kann.

Konkurrenzunternehmen im Nutzfahrzeugbau mit größeren Stückzahlen arbeiten mit computergesteuerten Farbspritzanlagen und haben damit eine größere Produktivität. Offensichtlich lohnt sich für die MAN-Kapitalisten bei einer täglichen Stückzahl von rund 80 Lastkraftwagen, die im Werk München vom Band rollen, der Ein-

ten ist in diesem Zeitraum annähernd gleich geblieben. Ein Qualitätssicherungsapparat sichert die Kaufteilqualität, so daß eine schnelle Montage gewährleistet ist (Auf eine M 12er Schraube paßt keine M 11er Mutter usw.). Werden fehlerhafte Teile montiert, so haftet der Lieferant (Lieferantenhaftung). 50% des Umsatzes im letzten Geschäftsjahr entfielen auf Kaufteile.

Am Montageband müssen die Arbeiter im Gruppenakkord arbeiten, die Gruppen haben Stärken zwischen 10 und 200 Mann.

Was die MAN-Kapitalisten gegenwärtig bei den Lackierern versuchen, ist ein Zangenangriff auf den Lohn.

Spritzlackieren

Das Lackieren eines LKW erfordert folgende Arbeitsgänge: Der vormontierte Rahmen (auf die Rahmen sind die Achsen, Federung, Bremsleitungen, Steuer- und Regelventile montiert) durchläuft eine Lackierbox. Durch Spritzlackieren mittels Spritzpistole erfolgt eine Überlackierung entsprechend der Sollfarbe. Danach durchläuft der vormontierte LKW eine Trockenbox, an deren Ende der Finish-Bandabschnitt beginnt mit zunächst der Montage des Dieselmotors und anschließender Montage des kompletten Fahrerhauses. Das Fahrerhaus selbst, das durch Punktschweißen der Einzelteile gefertigt ist, wird zunächst grundiert mittels eines Elektrotauchverfahrens und anschließend spritzlackiert. Das Grundieren erfordert eine Nacharbeit (Ausgleich von Dickenunterschieden, Beseitigung von Läuferrissen), das Schleifen, das mit Lohngruppe 6 bezahlt wird.

Das Spritzlackieren selbst hat den Intensitätsgrad des Hauptmontagebandes, wo bei MAN gegenwärtig ein Akkordsatz von 136,4% ausgewiesen ist. Die Sorgfalt ist durch Folgendes bestimmt: Ist die Überlackierschicht bei vormontiertem Rahmen zu dick, ist die Farbe nach dem Durchlaufen der Trockenbox nicht trocken und hält nicht, ist sie zu dünn, schimmert die Grundlackierung der Einzelteile durch. Sind beim Spritzlackieren des Fahrerhauses die Dickenunterschiede zu groß, stimmt der Glanzgrad nicht; Farbfehler sind hier kaum nachzuarbeiten und wenn, dann sehr teuer. Die Bundeswehr z.B. stellt hohe Anforderungen an die Farbqualität (Tarnfarbe). Weiter muß die Farbe Korrosionsschutz gewähren.

Spritzlackierer sind meistens ehemalige Maler. Die Arbeit ist gesundheitsschädigend und muß mit Atemschutzmasken durchgeführt werden, sie wird mit Lohngruppe 7 bis 8 bezahlt. Durch Schicht und Akkord und die verschiedenen Zulagen (Schicht-, Schmutz-, Lärmzulagen, Milchgeld) erreichen Lackierer um die 3000 DM netto. Der Krankenstand beträgt zeitweise 50%. Nach Auskunft eines Lackierers kann diese Arbeit keiner länger als fünf Jahre aushalten.

Unvollständige Besetzung einer Akkordgruppe soll zur Leistungssteigerung anstacheln. Daß die MAN-Geschäftsleitung den Tarifausschluß nur auf die tariflichen Bestandteile des Lohnes bezahlt, hat sie mit der Ausgabe der Lohn- und Gehaltsmitteilungen dokumentiert. Bei den Akkordlöhnern, die neben den tariflichen Zulagen weitere zusätzliche Zulagen erhalten, die jetzt nicht mitangehoben werden, beträgt die effektive Lohnerhöhung weniger als 4,9%. Bei den Lackierern liegt die effektive Lohnerhöhung bei 4%. Bei einem Zeitlöhner, Magaziner mit Lohngruppe 6 und einer außertariflichen Zulage von 0,90 DM beträgt die Erhöhung des Effektivstundenlohns 4,5%.

Lärm-, Schmutz- und andere Erschwerniszulagen, wie sie im Manteltarifvertrag festgehalten sind, müssen tarifiert werden, so daß sie mit jedem Lohnabschluß mitangehoben werden müssen. Bei den Lackierern betragen diese Zulagen 1,00 bis 1,50 DM pro Stunde.

Daimler-Benz Teststrecke: Baldiger Baubeginn geplant

Heilbronn. „Bereits seit über drei Jahren kämpfen wir gegen Daimler-Benz und seine Tochtergesellschaft, die Landesregierung“, so der am 30. Mai auf der Generalversammlung der Bundschuh-Genossenschaft in Boxberg unter großem Beifall zum 1. Vorsitzenden gewählte Landwirt Herbert Hettinger vor ca. 500 Teilnehmern. Zur Verbesserung der internationalen Konkurrenzsituation plant Daimler-Benz im Main-Tauber-Kreis eine Teststrecke über eine Fläche von 614 ha mit einem Bauvolumen von ca. 150 Mio. DM.

Zur Organisation des Widerstandes dagegen und zur Entwicklung eigener Produktionsmethoden wurde im Januar 1979 die Bundschuh-Genossenschaft gegründet. Erst kürzlich hat der Badische Genossenschaftsverband wieder erklärt, daß er zu einer Anerkennung als Genossenschaft nicht bereit ist, weil nur politische und ideelle Ziele verfolgt würden und keine wirtschaftlichen. Seit der letzten Generalversammlung im Dezember 1979 hat sich die Zahl der Mitglieder auf 1436 verdoppelt. Das Genossenschaftsvermögen betrug Ende 1980 210000 DM. In den Vorstand wurden sieben Bauern und Bäuerinnen, der Geschäftsführer und ein Lehrer gewählt. Hettinger in seiner Rede: „Wir sind eine antikapitalistische, ökologische Bewegung und kämpfen gegen die Zerstörung des Le-

bens und die Vernichtung unserer bäuerlichen Existenz.“

Es gibt inzwischen deutliche Hinweise darauf, daß Daimler-Benz mit Unterstützung der Landesregierung noch in diesem Jahr mit dem Bau der Teststrecke beginnen will. Ende April ist es den Bauern gelungen, einen Vermessungstrupp vom Gelände zu vertreiben. Anlässlich der Einrichtung einer neuen Polizeidirektion für den Main-Tauber-Kreis hat CDU-MdB Miltner zur „Erhaltung des staatlichen Gewaltmonopols“ aufgerufen. Der Bundschuh-Vorsitzende dagegen: „Der Bundschuh will keine Gewalt. Wenn aber diese Herren das Unrecht zu Recht erheben und unsere Äcker zubetonieren ..., durch wahnsinnigen und unbegrenzten Rüstungswettlauf das Leben auf dieser Erde in Frage stellen, dann ist es einfach Bürgerpflicht und patriotische Aufgabe, das gewissenlose Treiben einer menschenfeindlichen Profit-Mafia zu unterbinden.“

Nur wenige hundert Meter vom Testgelände entfernt, ist vor wenigen Monaten ein NATO-Treibstofflager fertiggestellt worden. Der Bundesminister der Verteidigung hat nach einer Anfrage der „Alternativen Liste Boxberg“ dem Bürgermeister am 25.9.80 mitgeteilt: „Im NATO-Tanklager Boxberg werden die Kraftstoffvorräte für die Versorgung der NATO-Streitkräfte in Krisen und im Krieg gelagert.“ Die Treibstoffzuleitung führt von Heilbronn durch das Testgelände, und mit der vorgesehenen Lagerung von Düsenkraftstoff ist die Nutzung der bis zu 60 m breiten und 4 km langen, horizontal verlaufenden Fahrbahnen für den militärischen Flugbetrieb möglich. Daß der Widerstand gegen die Daimler-Teststrecke Bestandteil des Kampfes gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD ist, hat die Generalversammlung durch ein eindeutiges Votum gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß und die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zum Ausdruck gebracht.



Asylanten Neue Urteile gegen Asylbewerber

Bremen. Ein neues Beispiel für die schikanöse Behandlung von Asylbewerbern lieferte jüngst das Verwaltungsgericht Bremen. Auf Grund des Wartezeiterlasses der Bundesregierung bekam ein Asylbewerber aus Ghana keine Arbeitserlaubnis. Das heißt konkret für Bremen: ein Jahr Arbeitsverbot – jedenfalls bezogen auf Arbeit zu tariflichen Bedingungen. Nicht gilt das Arbeitsverbot für sogenannte „gemeinnützige Arbeit“, wie sie das Bundessozialhilfegesetz nennt.

Der Asylbewerber, wegen der fehlenden Arbeitserlaubnis Empfänger von Sozialhilfe, sollte für einen Stundenlohn von DM 0,50 eine solche „gemeinnützige Arbeit“ verrichten. Als er sich weigerte und stattdessen das Sozialgericht anrief, um prüfen zu lassen, ob ihm die Arbeitserlaubnis überhaupt versagt werden darf, wurde ihm die Sozialhilfe um 20% gekürzt. Das Verwaltungsgericht Bremen stützte diese Maßnahme des Sozialamtes und entschied per einstweiliger Anordnung: „Es ist auch sonst kein Grund ersichtlich, der es als unzumutbar erscheinen läßt, daß der Antragsteller arbeitet, um aus Sozialhilfemitteln unterhalten zu werden.“

In Schleswig-Holstein werden Asylbewerbern neuerdings ausländerbehördliche Bescheinigungen ausgestellt, die „ständig mitzuführen und auf Verlangen vorzuzeigen“ sind, wo das Arbeitsverbot ausgewiesen wird: „Selbständige Erwerbstätigkeit oder vergleichbare unselbständige Erwerbstätigkeiten nicht gestattet.“ Wer sich dennoch eine Arbeit besorgt, kann sofort abgeschoben werden. Es sei denn, er arbeitet „gemeinnützig“ für DM 0,50.

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg verweigerte kürzlich fünf Türken die Anerkennung als Asylberechtigte. Sie hatten aus politischen Gründen Asyl beantragt. Das Gericht war jedoch der Meinung, daß es in der Türkei „keine staatliche Verfolgung“ von Nichtstraftätern gibt. „Der türkische Staat sei seit der Regierungsübernahme durch das Militär 1980 in der Lage und willens, seine andersdenkenden Bürger vor Verfolgungen zu schützen.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 21.5.) Dieses Urteil entsprach den Anträgen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Der Anwalt der Asylbewerber vertrat jedoch die Meinung, daß es dem Amt unmöglich sei, die „realen Verhältnisse von Verfolgung, Unterdrückung und Folterung wegen der NATO-Mitgliedschaft

der Türkei und der wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik“ offenzulegen. Er forderte deshalb ein unabhängiges Gutachten und in einem Beweisantrag die Vernehmung des aus dem Gefängnis entlassenen Bülent Ecevit.

Beides wurde abgelehnt mit der Begründung, es gäbe keinen Anlaß, an den Auskünften des Auswärtigen Amtes über die innen- und außenpolitische Situation der Türkei zu zweifeln. Das Bundesamt hätte ja bereits Asylgesuchen stattgegeben, was beweise, daß es nicht nur staatspolitische Auskünfte gäbe.

Flughafenbau Volksbegehren gegen Startbahn West

Trotz erheblicher Differenzen beschloß das Plenum der Bürgerinitiative gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens am 15.5.81, das Volksbegehren einzuleiten. Um zu einer solchen Entscheidung zu kommen, müßten folgende Phasen überwunden werden: 1. Antragsphase, in der 120000 Unterschriften von z.Zt. der letzten hessischen Landtagswahl wahlberech-

heim offiziell die „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid keine Startbahn West“. Auf der Gründungsversammlung waren insgesamt 103 verschiedene Organisationen, Bürgerinitiativen und Ortsgruppen der Initiativen gegen die Startbahn West vertreten, sowie ein DGB-Ortskartell. Der Unterstützerkreis für das Volksbegehren setzt sich im wesentlichen aus den Initiativen, Grünen und den verschiedenen Naturschutzverbänden zusammen. Diese setzen bei der Entscheidung über den Bau auf die Hessische Verfassung und das „Demokratieverständnis“ der Landesregierung. Von der großen Mehrheit wird das Volksbegehren als das entscheidende Mittel zur Verhinderung des Baus angesehen. Klarheit herrscht allerdings darüber, daß man überhaupt nur Erfolg verzeichnen kann, wenn die Kampagne zum Volksbegehren als Kampagne gegen die gesamte Umweltpolitik der Landesregierung geführt wird.

Die Landesregierung ihrerseits geht energisch gegen das Volksbegehren vor. So hat Ministerpräsident Börner nach Schmidt und Genscher die Vertrauensfrage an seine Partei gestellt und, wenn er keine Generalzustimmung zu seiner Politik erhält, den Rücktritt angedroht. Innenminister Gries hat den Gemeinden im Umkreis des Flughafens verboten, Geld für die



Vertreibung der Bewohner und Zerstörung des „Naturdorfs“ auf dem seit zwei Jahren besetzten Damm der geplanten B8 bei Kelkheim, Taunus. Der Angriff erfolgte wenige Tage nach der Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Karry. Im gleichen Atemzug hat die Landesregierung die Räumung des BI-Dorfes gegen die geplante Startbahn West angekündigt.

tigten Personen benötigt werden, um dann 2. überhaupt das Volksbegehren im Herbst durchführen zu können. Während des Volksbegehrens werden die Listen auf den jeweiligen Wahlplätzen ausgelegt und müssen dort von 800000 Wahlberechtigten (20%) innerhalb von zwei Wochen unterschrieben werden, um dann 3. zu Beginn 1982 mit einer einfachen Mehrheit den vorgelegten Gesetzentwurf zu verabschieden. Während der hierfür notwendigen Zeit soll ein Moratorium gegenüber der Landesregierung durchgesetzt werden, keine „vollendeten Tatsachen“ bezüglich der Startbahn West zu schaffen.

Am 30.5. gründete sich in Rüssels-

Durchführung des Volksbegehrens zur Verfügung zu stellen, und arbeitet z. Zt. an einem Erlaß, der es den Gemeinden verbietet, überhaupt am Volksbegehren mitzuarbeiten, „da die Neutralität gewahrt werden“ müsse. Der Darmstädter Regierungspräsident hat jetzt die Gemeinden Rüsselsheim und Bischofsheim enteignet und die sofortige Vollziehung der Besitzeinweisung des Waldes an die FAG zum 15.6. verfügt. Diese Maßnahmen haben u.a. dazu geführt, daß sich die SPD-Bezirksgruppen etc. z.T. noch gar nicht oder negativ und nur zum geringsten Teil positiv zum Volksentscheid ausgesprochen haben.

Die Elbfischer kämpfen um ihre Existenz und fordern: Sanierung der Elbe bis 1984!

Hamburg. Zum 16.5. hatten die Elbfischer zu einer Groß-Kundgebung an und auf der Elbe in Hamburg unter Forderungen nach Verbot aller Schwermetalleinleitungen, nach Sanierung der Elbe bis 1984, öffentlicher Erörterung eines Sanierungsplans und ausreichenden Maßnahmen zur Erhaltung der Elbfischerei aufgerufen. Über 30000 sind diesem Aufruf gefolgt; 500 Fischkutter, Segel- und Motorboote auf der Elbe unterstrichen die Forderungen.

Systematisch wurde die vielfältige morphologische Gestalt der Elbe, die den Fischen ein reichhaltiges Angebot an Nahrung und Laichplätzen bot, durch Kanalisierungen und Fahrrinnenvertiefungen zerstört. Die Staustufe in Geesthacht trennte darüber hinaus die Fische – insbesondere die Aale – von ihren weiter stromauf gelegenen Laichplätzen. Dem Fluß wurden lebenswichtige Überschwemmungsflächen entzogen, seine Fließgeschwindigkeit erhöht und damit seine Selbstreinigungskraft stark vermindert.

Rücksichtslos leiten die Kapitalisten ihre Abwässer in diesen schon eh belasteten Fluß. Die folgenden Angaben standen in der „Welt“ vom 7.8.1979 und dem „Hamburger Abendblatt“ vom 6.11.1980. Danach führte die Elbe 1979 täglich 280 t gebundenen Stickstoff und 35 t Phosphor in die Deutsche Bucht. Von 1975 auf 1980 stiegen die Werte des Elbschlicks z.B. für Kupfer um das 2,09fache, für Zink um das 2,45fache und für Cadmium um das 4,32fache; der Quecksilbergehalt verdreifachte sich von 1976 auf 1979. 0,3 g Cadmium pro Tonne Schlick gelten als „normal“, der Elbschlick enthielt 1975 1,12 g/t, 1980 4,74 g/t. Allein Bayer in Brunsbüttel ließ 1979 täglich 3,6 kg Cadmium, 360 kg Blei und 2,5 t Fluor in die Elbe. In Fischen, die in der Gegend gefangen wurden, fand man Anreicherungen von DDT, Blei und Hexachlorbenzol. Unterhalb Hamburgs ist eine stetige elbabwärts gerichtete Verschiebung der sauerstoffarmen Zonen zu verzeichnen. Der Sättigungsgrad des Sauerstoffs z.B. bei Glückstadt betrug 1960 30%, 1970 nur 20% und 1975 ganze 10%.

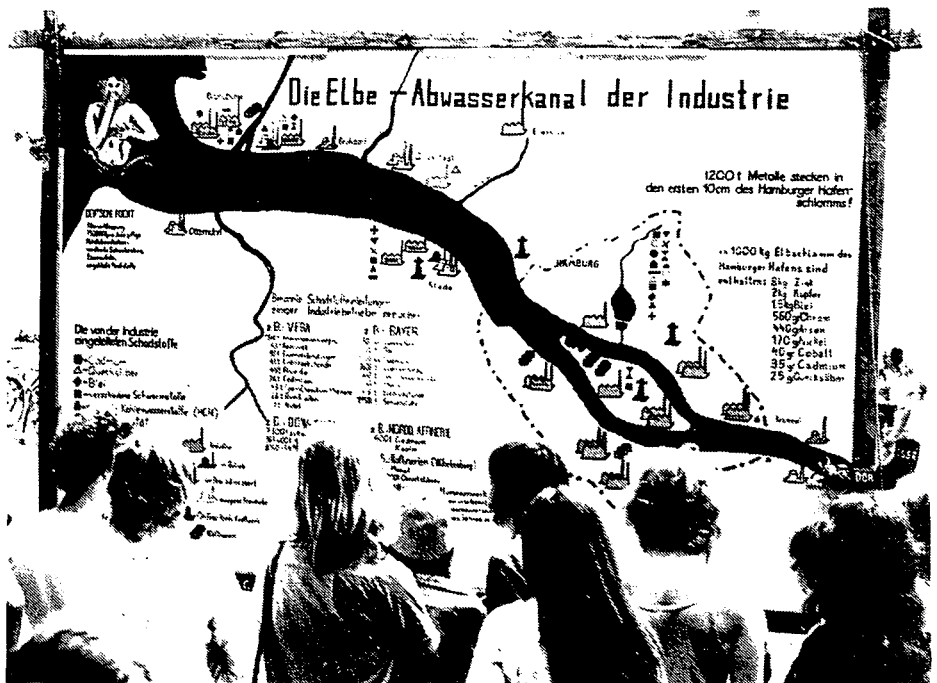
Die meisten Fischarten, wie z.B. längst Stör und Lachs, verschwinden aus der Elbe, die widerstandsfähigeren Arten werden immer weiter in ihren Beständen dezimiert oder haben schwere Krankheiten. Noch 1918 wurden am Hamburger Fischmarkt u.a. 537 t Flunder, 133 t Aal, 22 t Aalquap-

pe, 98 t Kaulbarsch, 15 t Finte und tausende von Tonnen Elbheringe und -sprotten aus der Unterelbe angelandet. 1980 waren es insgesamt gerade noch 200 t. Anfang der 20er Jahre wurden 23 Fischarten wirtschaftlich genutzt, 135 Wurfnetzfisher arbeiteten 1925 im Hamburger Hafen. Heute sind die Fangplätze fast ausschließlich an der Elbmündung.

Haupterwerb war zum Schluß allein der Aalfang, dessen Rentabilität allerdings immer weiter zurückging. Mit Erhöhung der Reusenzahl, Verdichtung der Hamennetze (Erhöhung der Produktivität um 25%) und Verlängerung der Fangreisedauer versuchten die Elbfischer den Ertragsrückgang auszugleichen. Die meisten Betriebe gaben auf. Von 33 Haupterwerbsfishern

der Elbe (ARGE Elbe) als Beweis einen Bericht über Schwermetallmessungen an der Grenze zur DDR vor. Über die wenigen in diesem Bericht enthaltenen Messungen im Unterelberaum wird nichts veröffentlicht; entsprechende Messungen im Hamburger Bereich hat es nicht gegeben.

Seit Jahren wird von den Landesregierungen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen die Elbverseuchung durch die Industrie gedeckt. Das im April 1980 vom Senat „als erster Schritt zu einer am Vorsorgeprinzip orientierten Umweltpolitik“ vorgelegte „Umweltpolitische Konzept“ (Bürgerschafts-Drucksache 9/2136) soll auch keineswegs Betrieben wie der Norddeutschen Affinerie, Dow Chemical und Vereinigte Aluminiumwerke die



1953 gibt es heute in Hamburg noch neun.

Industrielle Abwässer sind nach Ansicht des Senats und der CDU-Opposition zur Zeit kein ernsthaftes Problem in Hamburg. Bezogen auf Schadstoffeinträge durch Industriebetriebe im Hafen einigten sie sich Ende 1980 darauf, daß „eine signifikante Beeinflussung der Wasserqualität in der Elbe aus diesen Quellen bis jetzt nicht nachgewiesen werden konnte“. Schuld an der Elbverschmutzung wird der DDR gegeben. Ende 1980 legte die drei Jahre vorher von Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen gebildete Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung

weitere Einleitung von hochgiftigen Schwermetallen verbieten; zum „Interessenkonflikt zwischen Umweltschutz und Industrie“ heißt es: „Derartige Konflikte dürfen nicht so gelöst werden, daß ökologische Gesichtspunkte grundsätzlich anderen Interessen unterzuordnen sind ... Ausgehend von dem Grundsatz der Gleichrangigkeit umweltpolitischer Aspekte und den Interessen anderer Politikbereiche wird im Einzelfall abzuwägen sein, welchem Ziel der Vorrang zu geben ist ... Zu den „Zielen“ gehört offensichtlich auch billige Gifteinleitung ins Flußwasser ... nach dem Bundesabwasserabgabengesetz müssen dafür 12 DM pro Schad-

Die Norddeutsche Affinerie

Die Norddeutsche Affinerie in Hamburg ist Europas größte Kupferhütte bei einer Kapazität von jährlich 250000 t, das sind etwa 70% der deutschen Erzeugung und 30% der EG-Produktion. Seit Ende 1980 ist eine neue Gießwalzdraht-Produktionsanlage in Betrieb, die 200000 t jährlich produziert. 3400 Arbeiter und Angestellte, davon zwei Drittel ausländische Arbeiter, werden zum Teil in Conti-Schicht beschäftigt. Am Ofen wird bei 40 bis 60 Grad gearbeitet. Bei vielen Arbeiten sind Masken gegen Staub, Gase und Hitze notwendig.

Die Affinerie ist im Besitz dreier Industriekonzerne, die wiederum kontrolliert werden durch die Deutsche, die Dresdner Bank, Siemens, Allianz, Henkel usw. Beteiligt ist sie an zahlreichen Gesellschaften, u.a. an einem Kupferbergwerk in Indonesien, eine Vanadiumfabrik in Südafrika und hat Kapitalverbindungen nach Chile, woher auch jeweils die Roherte bezogen werden. Im Geschäftsjahr 1980 wurde die Beteiligung in Südafrika um 11 Mio. DM erhöht und ein Jahresüberschuß von 17,65 Mio. DM (gegenüber 1979: + 23,2%) ausgewiesen. Die Aktionäre bewilligten sich 13% Dividende (13,65 Mio. DM).

Seitdem 1963 Gemüsebauern eine Entschädigungszahlung für durch Schwefeldioxyd verseuchtes Gemüse

erzwangen, wird über den Einbau von Filtern berichtet; außerdem verkauft die Affinerie seither Schwefelsäure, die mit Hilfe dieser Filter und verbesserter Produktionsanlagen gewonnen wird, als Abfallprodukt in der Kupfer-Affination.

Die Tabelle zeigt die besondere Menge an Schwermetallen im Hamburger Raum der Elbe, wie sie der Agraringenieur Lichtfuß in seiner Doktorarbeit 1977 errechnet hat. Schwermetalle befinden sich in jedem natürlichen Untergrund. Die mittlere Konzentration ist in ppm, d.h. parts per million, angegeben (1 ppm sind z.B. 1 Gramm pro 1000 Liter Wasser). Bei einem Vergleich der höchsten gemessenen Konzentrationen des gesamten Untersuchungsgebietes (Schleswig-Holsteini-

sche Gewässer plus Elbe mit Hamburger Hafen) zeigte sich, daß 11 der 13 untersuchten Metalle die höchsten Gehalte in Hamburg haben. Damit ist auch der Beweis erbracht, daß die Verschmutzung der Elbe nicht in erster Linie aus dem Oberelberaum und damit der DDR und der CSSR stammen kann. Fünf der Metalle (Kupfer, Blei, Arsen, Cadmium, Quecksilber) waren im Muggenburger Kanal vor der Norddeutschen Affinerie am stärksten angereichert.

Vergleicht man die Meßwerte des Schlamms aus dem Muggenburger Kanal mit Werten, die im unbelasteten Schlamm hätten vorhanden sein sollen, so ergaben sich folgende Anreicherungen: Kupfer 314fache, Quecksilber mehr als 70fache, Arsen 62fache, Blei 32fache, Cadmium 29fache.

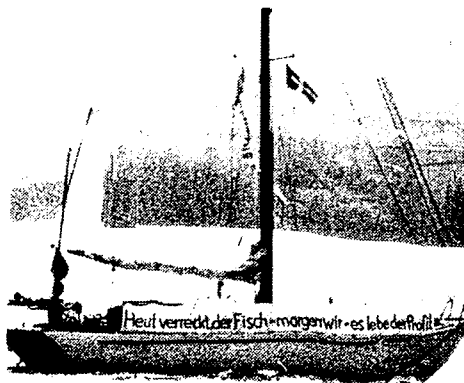
Schwermetall im Hamburger Hafen
(nach: Lichtfuß-Untersuchung)

Metall	natürl. Untergrund (t)	angereich. Mengen (t)	Gesamtmenge (t)	Mittl. Konzentration (ppm)
Chrom	15,3	63	78	220
Kobalt	2,3	4	7	18
Nickel	6,3	21	28	77
Kupfer	5,0	321	326	916
Zink	38,1	621	659	1851
Arsen	2,3	53	55	154
Cadmium	0,4	6	7	19
Quecksilber	0,1	4	4	11
Blei	10,0	124	134	377
Gesamt	79,8	1218	1297	

einheit gezahlt werden. Für die CDU bereits zu viel: Die Abwasserabgabe macht „im Einzelfall das Wasser sauber, aber die Firma tot“. Gegen eine „lückenlose staatliche Überwachung und Kontrolle industrieller Abwasserleitungen sind alle Parteien. Während die CDU jegliche staatliche Überprüfung ablehnt („Selbstkontrolle der Unternehmer“), hält die SPD eine gewisse Überwachung für notwendig. Die dazu in der Bürgerschaft gegen die CDU beschlossene Personalverstärkung fiel bisher den „Sparmaßnahmen“ des Senats zum Opfer.

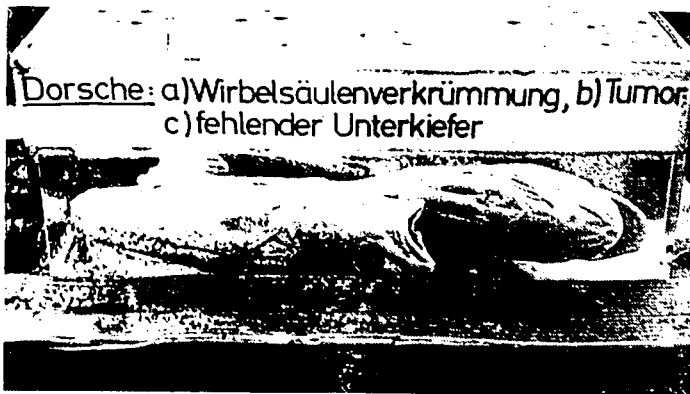
Die Elbfischer fordern u.a. die volle Entschädigung ihrer durch das Aalverkaufsverbot entstehenden Verluste, die Landesregierungen sollen den Aal zu dem jeweiligen Marktpreis abkaufen. Um das durchzusetzen und zur gegenseitigen Unterstützung beim Fischfang haben acht Elbfischer eine Fanggemeinschaft gebildet. Die Fangplätze, im Ertrag aufgrund verschiedener Strömungsverhältnisse, Wasserqualität, Breite des Aalstrichs unterschiedlich und durch Abwassereinleitungen, Strombaumaßnahmen und behördli-

che Fangverbote ständig weiter eingeschränkt, werden unter ihnen nach einem Rotationsprinzip aufgeteilt, der Verkauf wird gemeinsam organisiert. Der Senat hat den acht in der Fanggemeinschaft zusammengeschlossenen Fischern, deren Verluste nach eigenen Angaben 1980 jeweils mindestens 60000 DM betragen, eine Pauschale von 12500 DM pro Betrieb und Jahr



bewilligt. Die übrigen Fischer, z.B. die zahlreichen Nebenerwerbsfischer, erhalten nichts. Die Pauschale gilt als „Übergangs- und Anpassungshilfe“, sie ist ausdrücklich dazu gedacht, die Fischer von der Elbe zu vertreiben. Fischer sollen sie in Zukunft in den Elben Nebenflüssen und „auch möglicherweise in anderen Regionen, im Ausland oder wo auch immer ...“ (SPD-Abgeordneter Drotschmann am 22.4.81 in der Bürgerschaft).

Die Fischer sind nicht grundsätzlich gegen Teichfischerei, allerdings nur als *Ergänzung* zur Elbfischerei und mit finanzieller Unterstützung der Landesregierungen. Sie überlegen zur Zeit, eine solche Teichfischerei dann als Genossenschaft zu organisieren, in der Teiche und Fische allen gemeinsam gehören. Für September haben die Elbfischer eine Großveranstaltung beschlossen, auf der Vertreter der Landesregierungen und des Bundes einen Plan zur Sanierung der Elbe vorlegen sollen. Liegt ein solcher Plan nicht vor, sollen Vorbereitungen für eine Elbblockade getroffen werden.



Dorsche: a) Wirbelsäulenverkrümmung, b) Tumor, c) fehlender Unterkiefer

Fischkrankheiten: Ergebnis der dauernden Gifteinleitungen in die Elbe sind *Tumore* – mehrere Zentimeter große Wucherungen vor allem an der Haut um das Maul, die 28% der jungen Aale aufweisen; *Geschwüre/Mißbildungen*, z.B. Fehlen von Gliedmaßen, und die *Fleckenseuche*, eine Pilzkrankheit, von der ganze Bestände befallen sind.

Schwermetallvorkommen in der Elbe

Schwermetalle sind Metalle mit einer Dichte von mehr als 4,6 g pro cm³. Im Elbwasser des Hamburger Hafens wurden 1977 für 13 Schwermetalle folgende Höchstwerte gemessen: Eisen 58 Milligramm pro Liter (mg/l); Mangan 9,8; Zink 6,1; Kupfer 5,3; Blei 1,6; Arsen 0,8; Chrom 0,6; Strontium 0,4; Nickel 0,2; Rubidium 0,1; Cadmium 0,06; Kobalt 0,04; Quecksilber 0,03. Diese Werte liegen um mindestens das Zehnfache über den Grenzwerten, die die Selbstreinigung von Oberflächengewässern ermöglichen und für Fische noch nicht giftig sind. Diese liegen z.B. für Blei bei 0,04 mg/l; Arsen 0,04; Chrom 0,05; Cadmium 0,006; Quecksilber 0,004.

Im Schlick des Hamburger Hafens lagern statt der im natürlichen Untergrund vorhandenen 80 Tonnen Schwermetalle (ohne Eisen) 1300 Tonnen, also die 16fache Menge. Darunter sind allein 326 t Kupfer, 621 t Zink und 124 t Blei. (Quelle: Lichtfuß, Schwermetalle in der Elbe, Kiel 1977).

Schädigungen durch Schwermetalle

Für den Stoffwechsel aller Organismen sind Schwermetalle in geringen Konzentrationen lebenswichtig. Zu hohe Aufnahme von Schwermetallen führt zu Ablagerungen, bevorzugt in inneren Organen des Menschen und in den Knochen. Die dauernde Aufnahme kleiner Mengen führt zu chronischen Vergiftungen. **Blei:** Stoffwechselstörungen, Beein-

trächtigung der Blutbildung, Störungen von Magen-Darm-Trakt, Leber, Geschlechtsorganen, Gehirn und Nervensystem. **Cadmium:** Nachlassen des Geruchssinns, Abnahme der roten Blutkörperchen, Nierenschädigung, Zerstörung des Knochenmarks, Skelettschrumpfung. **Quecksilber:** Schädigung des Nervensystems, Lähmungen, Sprachstörung, Taubheit, Mißbildung von Neugeborenen. Vergiftungen durch das Essen von quecksilberverseuchten Fischen führte 1955 bis 59 in der Bucht von Minamata (Japan) bei zahlreichen Menschen zu Siechtum und Tod. Jedes dritte Kind war schwer geschädigt. Bereits 25 Milligramm im menschlichen Körper führen zu Lähmungserscheinungen.

Sauerstoffgehalt

Sauerstoff gelangt durch Lösung von Sauerstoff aus der Luft, Photosynthese von Wasserpflanzen und Durchmischung mit Seewasser in die Elbe. Erhöhte Zufuhr organischer Stoffe aus industriellen und kommunalen Abwässern bedeutet eine Zunahme der Bakterien, die diese Stoffe abbauen. Sie verbrauchen dabei sehr viel Sauerstoff und geben für andere Organismen schädigende Stoffe ab. Sauerstoffmangel und Fäulnis sind die Folgen. Durch die Trübung des Elbwassers ist die Lichtdurchlässigkeit so weit herabgesetzt, daß statt in 3 bis 4 Metern Tiefe nur noch in 10 bis 20 cm Tiefe Photosynthese und somit Sauerstoffanreicherung möglich ist. Weiterhin setzt die Aufheizung durch Abwässer

den Sauerstoffgehalt stark herab. Für ein ausgeglichenes Funktionieren der biologischen Prozesse im Fluß ist ein Sauerstoffgehalt von ca. 10 mg/l erforderlich. Unterste kritische Grenze sind 5 mg/l. In der Unterelbe sind inzwischen 3 mg/l ein verhältnismäßig hoher Wert. Bis zu 0,2 mg/l Sauerstoff werden im Sommer in einigen Bereichen gemessen.

Klärwasser in Hamburg

Das Abwasser wird in Hamburg mechanisch, durch Siele etc., und biologisch, d.h. Zersetzung organischer Stoffe durch Bakterien, gereinigt. Auf eine chemische Klärung, mit der Schwermetalle und andere Gifte wie Cyanide, Fluoride, Phosphate und Aluminium aus dem Wasser abgeschieden werden kann, wird aus Kostengründen verzichtet. Die Verweildauer des Abwassers im Vorklärbecken ist entscheidend dafür, daß sich die Schwebstoffe als Schlamm am Boden absetzen. Während allgemein 90 Minuten üblich sind, wurde die Verweildauer im Klärwerk Köhlbrandhöft, das 82% der Hamburger Abwasser „klärt“, auf 40 Minuten reduziert. Die Mikroorganismen, die die organischen Bestandteile des Wassers zersetzen, werden in der Nachklärung vom Wasser getrennt und zusammen mit dem Schlamm aus dem Vorklärbecken als Faulschlamm in Faultürmen gelagert, um später in den Atlantik (bis vor kurzem Nordsee) gekippt, „verklappt“ zu werden – 1700 Tonnen am Tag. Das „geklärte“ und in die Elbe geleitete Wasser (360000 m³ am Tag) weist eine fünfmal stärkere Verschmutzung auf, als selbst nach der Schmutzwasserverwaltungsvorschrift vorgesehen ist. Der hohe Gehalt an Ammonium-Stickstoff und die Fäulnisbakterien im Klärwasser führen zu einem Abfall des Sauerstoffgehalts der Elbe unterhalb der Klärwerke fast auf Null. Darüber hinaus werden täglich 100000 m³ Schmutzwasser aus dem Süderelberaum ungeklärt in die Elbe geleitet. Wenn bei stärkerem Regen die Abwassersiele Regen- und Schmutzwasser nicht mehr aufnehmen können, und das ist häufig der Fall, läuft das Abwasser über Überläufe einfach in Alster und Bille samt Nebenflüssen. Fischsterben ist regelmäßige Folge.

Abwasserabgabengesetz

(Verkündet 13.9.1976, in Kraft seit 1.1.1981; Auszüge):

§1 Grundsatz: Für das Einleiten von Abwasser in ein Gewässer ... ist eine Abgabe zu entrichten. Sie wird durch die Länder erhoben ... **§4 ...** Sind im Abwasser weniger als 1 kg Quecksilber oder weniger als 10 kg Cadmium im Jahr zu erwarten, so kann insoweit auf die Festsetzung von Werten im Bescheid verzichtet werden (d.h. Abgabepflicht entfällt, Red.).

§10 Ausnahmen von der Abgabepflicht: Die Länder können bestimmen, daß das Einleiten von Abwasser in Untergrundschichten, in denen das Grundwasser ... für eine Trinkwassergewinnung ... nicht geeignet ist, nicht abgabepflichtig ist ... Die Abgabepflicht entsteht nicht für die Dauer von drei Jahren vor der vorgesehenen Inbetriebnahme einer Abwasserbehandlungsanlage.

§11 Erklärungsfrist: Der Abgabepflichtige hat die Zahl der Schadeinheiten zu berechnen und die dazugehörigen Unterlagen der zuständigen Behörde vorzulegen (der Einleiter mißt selbst, Anmerkung Red.).

§9 Abgabepflicht, Abgabesatz: Der Abgabesatz beträgt für jede Schadeinheit ab 1.1.81 12 DM, ab 1.1.82 18 DM ... ab 1.1.86 40 DM. (Laut Anlage zu dem Gesetz sind eine Schadeinheit z.B. 20 g Quecksilber, 100 g Cadmium oder ein Kubikmeter fester Abfall mit mehr als 10% organischen Bestandteilen pro Jahr). Die Bundesregierung wird ermächtigt, zur Abwehr erheblich nachteiliger wirtschaftlicher Entwicklungen ... Abgabepflichtige ganz oder teilweise von der Abgabepflicht freizustellen.

Sielsatzung

(Gültig für die Freie und Hansestadt Hamburg seit dem 20.3.1940):

Folgende Höchstwerte gelten u.a. für die Einleitung in ein öffentliches Sielsystem:

Öl- und Fettgehalt	100 mg/l
Schwermetalle, ges.	
ohne Eisen	15 mg/l
Einzelne Metalle:	
Chrom	5 mg/l
Nickel	5 mg/l
Zink	5 mg/l
Cadmium	5 mg/l
Blei	5 mg/l
Chlor	2 mg/l
Fluorid-Ion	40 mg/l
Phenolgehalt	100 mg/l
Magnesium	100 mg/l

Golfstaaten: Für Kooperation, Neutralität

Das ist das Ergebnis einer Konferenz der Regierungschefs von Saudi-Arabien, Kuwait, Qatar, Oman, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten, die am 25.5. die Bildung eines Golf-Kooperationsrates beschlossen. Mehr als 50% der westlichen Ölimporte stammen aus diesen Staaten. Der Rat soll die Politik der Regierungen koordinieren und Sicherheit und Stabilität am Golf gewährleisten. Vertrag wurde der Vorschlag Omans, vorrangig die militärische Kooperation zu entwickeln. Oman befürwortet ein kollektives Militärabkommen mit den USA. Offen ist die Teilnahme des Irak, ebenfalls Golf-Anliegerstaat, an der Wirtschafts- und Sozialplanung des Rates. Irak war nicht zu der Konferenz geladen, damit der Zusammenschluß nicht als Allianz gegen Iran interpretiert werden könne. Außerdem haben Irak, Syrien und die PLO den Zusammenschluß kritisiert, weil er die Arabische Liga in Reiche und Arme spalte, statt die Einheit gegen Israel zu fördern. Provokativ nahm während der Konferenz ein sowjetischer Flottenverband Kurs auf Süd-jemen. Ein omanischer Regierungsvertreter: „Wie können

Soong Ching Ling gestorben

Am 29.5. starb die 90jährige Soong Ching Ling (Bild 1961 mit Mao Zedong), Vizevorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China. Sie stammte aus der Shanghaier Kapitalistenfamilie Soong, eine der vier großen Familien, die als Kompradoren China vor der Befreiung kontrollierten. In ihrer Jugend schloß sich Soong Ching Ling, Frau des chinesischen Revolutionärs und Gründers der Republik Sun Yat-Sen, der demokratischen Bewegung an, die 1911 das Kaiserreich stürzte. Sie unterstützte die 4. Mai-Studen-



tenbewegung 1919, die die nach dem Scheitern der Republik emporgekommenen Militärmacht haben und den Ausverkauf des Landes an die Imperialisten bekämpfte. In den zwanziger Jahren befürwortete sie die Einheitsfront von Kuo-

wir die Amerikaner auffordern, den Golf zu verlassen, wenn die Sowjets im nahegelegenen Jemen erscheinen und ihre Muskeln zeigen?“

Unterstützt das Demokratische Kampuchea!

Spezialeinheiten des Demokratischen Kampuchea haben im letzten Monat in Phnom Penh über 100 vietnamesische Soldaten und Offiziere außer Gefecht gesetzt. Bei einem Handgranatenangriff auf ein Stadion töteten sie 40 und verletzten 20 Vietnamesen. Das berichtete das Radio des Demo-

kratischen Kampuchea. 2½ Jahre nach ihrem Überfall auf Kampuchea sind die vietnamesischen Besatzer nicht einmal mehr in dem von großen Truppenverbänden geschützten Phnom Penh sicher. Die kampucheanische Nationalarmee hat den Guerillakrieg auf das ganze Land ausgedehnt. – Spenden für den bewaffneten Kampf des Demokratischen Kampuchea an: M.Ok Sakun, Kto-Nr.: C4-102308-1, Schweizer Bankgesellschaft, Agence Cornavin, Genf. Stichwort: soutien au peuple du Kampuchea.

mintang und KP Chinas zur Befreiung des Landes. Als ihr Schwager Tschiang Kaischek 1928 die Einheitsfront brach und in Shanghai tausende Kommunisten ermorden ließ, unterstützte sie das Zusammengehen der Kuomintang-Linken mit der KP Chinas. In den Jahren der japanischen Besetzung Chinas verurteilte sie öffentlich das Paktieren Tschiang Kaischeks mit den Aggressoren und seine Vernichtungsfeldzüge gegen die KPCh. Nach der Befreiung amtierte sie als Vizevorsitzende der VR China. Vor drei Wochen wurde sie in die KPCh aufgenommen, der Staatsrat verlieh ihr den Titel „Ehrenvorsitzende der VR China“.

US-Bergarbeiter: Neuer Tarifabschluß

Am 29.5. schloß die Führung der Bergarbeitergewerkschaft UMW einen neuen dreijährigen Tarifvertrag ab, der von der Tarifkommission mit 36:2 gebilligt wurde. Der Vertrag muß noch von den Gewerkschaftsmitgliedern abgestimmt werden. Ende März hatten 160000 UMW-Bergarbeiter einen Vertragsentwurf mit ⅔-Mehrheit abgelehnt, weil er die bestehende Rentenregelung verschlechterte und den Kapitalisten die Beschäftigung von Unorganisierten ermöglichte. Seitdem sind die Bergarbeiter im Streik; der US-Kohleexport ist zum Erliegen gekommen. – **Berichtigung:** In der Tabelle über US-Exporte (Pol. Ber. 11/81, S. 3) ist die Steigerungsrate fälschlicherweise auf den Zeitraum 78 – 79 bezogen, statt richtig: 78 – 80.

Südkorea: Neue Demonstrationen

Tausende Studenten demonstrierten in Seoul am 19./20.5. für den Sturz des Militärregimes und die Freilassung politischer Gefangener. Anlaß war der Jahrestag des Aufstands von Kwangju 1980. Dort traten jetzt 30 katholische Priester in den Hungerstreik, um die Freilassung gefangener Aufstandsteilnehmer zu erzwingen. Die imperialistischen Investoren fürchten, daß wegen geplanter weiterer Lohnsenkungen die Unruhen auf die Arbeiterbewegung übergreifen. Um das frühere Niedriglohnparadies wieder herzustellen, hatten sie schon 1980 bei 44% Inflation nur 30% höhere Löhne gezahlt.

Japan: Massendemonstrationen gegen Atomwaffen, US-Militärabkommen

Mit gezielten Enthüllungen machen die USA Druck auf die japanische Regierung, die jahrzehntelang im Einvernehmen mit der regierenden Liberaldemokratischen Partei praktizierte Stationierung von Atomwaffen in US-Basen in Japan öffentlich zu billigen und die Aufrüstung der japanischen Armee gegen die große Anti-Kriegs-Bewegung durchzusetzen. Vor zwei Wochen ließ ein ehemaliger US-Bot-

schafter raus, daß nach mündlichen Vereinbarungen US-Kriegsschiffe mit Atomwaffen japanische Häfen benutzen. Beamte des US-Verteidigungsministeriums erklärten, in den 60er Jahren habe es 25 km von Hiroshima, 1945 von den USA mit Atombomben zerstört, ein Atomwaffenlager gegeben. In dem Sicherheitsabkommen zwischen Japan und den USA von 1960, das gegen erbitterten Widerstand von Gewerkschaft-

ten und Arbeiterparteien abgeschlossen wurde, steht kein Wort von Atomwaffen. Der Verzicht auf Atomwaffen und die Verweigerung jeder Stationierung von Atomwaffen galt bislang offiziell als unumstößliches Prinzip japanischer Politik. Jetzt windet sich die Regierung. Premier Suzuki: „Ich glaube, daß niemals eine Atomwaffe nach Japan gebracht worden ist.“ Eine von den Sozialisten geforderte Inspektion der US-Basen lehnte er ab. Aufgrund der landesweiten Demonstrationen (Bild: vor der US-Botschaft), die erneut die Kündigung des Militärabkommens fordern, mußte die Regierung jedoch ein gemeinsames Manöver japanischer und US-Kriegsschiffe und den Besuch von drei US-Kriegsschiffen in Kitakyushu absagen. Am 5. Juni soll der atomwaffenbestückte Flugzeugträger Midway in seine Basis in der Bucht von Tokio zurückkehren. Dagegen sind Demonstrationen angekündigt.



Belgien

Regierung schmiert die Profitmacherei Die Lohnabhängigen sollen zahlen

Rund 145 Mrd. bfr, das sind ca. 9 Mrd. DM, hatte der erste Plan zur „Rekonstruktion“ der Stahlindustrie die belgischen Steuerzahler, also überwiegend die Lohnabhängigen, gekostet. Durch die Verwandlung von Schuldforderungen in Anteile hatte der Staatsapparat 30% des ältesten und immer noch größten belgischen Stahlmonopols, von Cockerill, 45% von einem weiteren, Hainaut Sambre, und 20% von Sidmar, dem modernsten europäischen Kaltwalzwerk, übernommen. Weiter hatte die damalige Regierung den Stahlkapitalisten jährlich 7,6 Mrd. bfr Zinszahlungen abgenommen und war auch für die Kosten von Entlassungen und die Deckung der Verluste aufgekommen. Das war 1978.

Drei Jahre später stellen die Stahlkapitalisten neuerliche Forderungen, die die Staatskasse nach Rechnung des Organs der flämischen Hochfinanz mit 45 Mrd. bfr in Anspruch nehmen, zusätzlich zu älteren Verbindlichkeiten in Höhe von ca. 30 Mrd. bfr. Inzwischen ist die Regierung diesen Forderungen nachgekommen.

Um ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem westeuropäischen und dem Weltstahlmarkt wiederzuerobern, streben die beiden „wallonischen“ Monopole Cockerill und Hainaut Sambre die Fusion an. Dabei sollen die Produktionskapazitäten gestrafft, d.h. von derzeit 11 auf 8,5 Mio. t pro Jahr gesenkt, vor allem aber die Produktionsanlagen

durchmodernisiert werden. Auf rund 27 Mrd. bfr veranschlagen die Stahlkapitalisten die Investitionskosten. Die Summe, die sie jetzt erneut aus Schulden an den Staat in Kapital verwandelt sehen wollen, beläuft sich, ganz zufällig natürlich, auf 25 Mrd. bfr.

Im Gegensatz zu 1978 jedoch sollen durch diese Transaktion nicht die staatlichen Anteile an den Unternehmen erhöht werden. Im Gegenteil werden sie auf 33,7% beschränkt. Die 25 Mrd. plus weitere 9 Mrd. bfr werden statt in Anteile in „bedingt teilnehmende konvertierbare Obligationen“ umgewandelt, d.h. der Schuldenberg wird verringert, das Kapital aufgestockt; zudem werden die Obligationen auch nur zu 1% statt wie Kredite zu 10% verzinst. Führt nun die staatliche Finanzspritze zum Erfolg, haben die Stahlbarone jederzeit die Möglichkeit, die Obligationen billig zu übernehmen, wenn nicht, sind sie auf jeden Fall vom Risiko befreit.

Daß ihnen der Staat und über den Staat die steuerpflichtige Arbeiterbevölkerung die Investitionen finanziert, ist aber nur eine Forderung der Stahlkapitalisten. Sie wollen auch direkte staatliche Unterstützung bei der Steigerung der Ausbeutung. Sie bekommen sie. Der von Wirtschaftsminister Claes ausgearbeitete „Stahlplan“ sieht die Entlassung von vorerst 5000 Stahlarbeitern im Raum Lüttich – Charleroi vor. In den Lütticher Stahlwerken soll

die Arbeitszeit von 37 Stunden wöchentlich auf 38 Stunden erhöht werden, gleichzeitig der Lohn um 5%, in den Stahlwerken Charleroi um 10% gesenkt werden!

In Teilen der belgischen Finanzbourgeoisie war die „einseitige“ Verschiebung von Milliardensummen in die wallonische Stahlindustrie bis zur Verabschiedung des Stahlplans Ende Mai heftig umstritten. Die Regierung wußte sie indes zu beruhigen.

Nachdem Eyskens gleich nach seinem Regierungsantritt im April der Kapitalistenklasse rund 10 Mrd. bfr an Steuerzahlungen erlassen hatte, beschloß die Regierung jetzt zusammen mit dem Stahlplan, sie diesmal von der Zahlung von 30 Mrd. bfr an Beiträgen zur Sozialversicherung der Arbeiter zu befreien. Außerdem sollen die Strom- und Gaspreise für die Kapitalisten gesenkt werden.

Die arbeitenden Klassen sind in dreifacher Hinsicht betrogen und beraubt. „Zum Ausgleich“ wurde erstens die Mehrwertsteuer auf mehrere Produkte zum Teil beträchtlich erhöht. „Ertrag“ in diesem Jahr: 30 Mrd. bfr, die den Lohnabhängigen, Rentnern, Studenten, der Kleinbourgeoisie genommen werden.

Zweitens glaubt aber buchstäblich niemand, daß diese 30 Mrd. tatsächlich „zum Ausgleich“ in die Sozialversicherungskassen gelangen. Der Christliche Gewerkschaftsbund schrieb dazu: „Alle Gründe lassen daran zweifeln. Seit Ausbruch der Krise ist keine einzige Regierung ihren Verpflichtungen (bezüglich der staatlichen Zahlungen an die Sozialversicherungen, Red.) voll nachgekommen.“ Mit dem sogenannten Programmgesetz von August 1980 erst hatte die Regierung die gesetzlichen Zahlungen um 30 Mrd. bfr gekürzt. Infolge jahrelanger Plünderungen steht die belgische Sozialversicherung jetzt praktisch vor dem Bankrott, die Folgen der neuen Streichungen sind überhaupt noch nicht abzusehen.

Drittens leitet die Regierung mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer den Angriff auf die Lohnindexierung ein. Da die Mehrwertsteuererhöhung auf die Preissteigerungsrate durchschlägt, müßten nach geltendem Recht die Löhne im Rahmen der Lohnindexierung entsprechend angepaßt werden. Also will die Regierung das geltende Recht ändern, die Erhöhung indirekter Steuern aus dem Lohnindex herausnehmen und somit die Löhne senken. Dies wäre ein erster Schritt zur völligen Abschaffung der Lohnindexierung, die die Kapitalisten lauthals fordern. Erst im Frühjahr war der Vorgänger von Premierminister Eyskens bei dem entsprechenden Versuch am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert, er mußte zurücktreten.



Seit mehreren Wochen streiken die Arbeiter der Boelwerf gegen Entlassungen und Lohnsenkung. Ihre Demonstration am 22.5. wird durch Delegationen aus zahlreichen Betrieben (Bild: Arbeiter der Werft Cockerill Yards) unterstützt.

Italien

Gewerkschaftsspaltung begünstigt Lohnsenkung

Die Regierung Forlani hat sich mit einer Welle neuer Plünderungsmaßnahmen – Tarifierhöhungen bei Telefon und Strom und Steigerung der Rezeptgebühren – verabschiedet. Damit hat die Bourgeoisie noch einmal bekräftigt, daß Inhalt des unentwegt beschworenen „Kampfes gegen die Inflation“ ausschließlich Lohnsenkung sein soll. Forlani mußte gehen, nachdem aufgelöst ist, daß drei seiner Minister zusammen mit zahlreichen Bankiers, Politikern, Generälen etc. Mitglieder einer Geheimgesellschaft waren.

Daß dies jetzt vorzeitig ans Licht gekommen ist, bedeutet nach den Skandalen im Herbst 80 eine neue politische Erschütterung der Bourgeoisie. Die Arbeiterbewegung ist aber durch die Spaltungen zwischen den Richtungsgewerkschaften weiterhin weitgehend gelähmt, daß sie die Schwäche der Regierung nicht einmal nutzen können, um die rabiate Lohnsenkungspolitik zu durchkreuzen.

Hauptpunkt dieser Politik bleibt die „Dämpfung“ der gleitenden Lohnskala. Bislang wird vierteljährlich festgestellt, um wieviel Indexpunkte die Preise im zurückliegenden Quartal gestiegen sind. Die ermittelte Punktzahl wird dann mit einem Festbetrag (2389 Lire)



Maidemonstration in Mailand

multipliziert, um die neuen Inflationszuschläge zu ermitteln. Weil der verwandte Warenkorb die Teuerung nicht voll widerspiegelt und der Bruttolohn, bis zu dem die Festgelderhöhungen rechnerisch einen „vollen Ausgleich“ bringen, unter dem Durchschnittslohn liegt, haben die Inflationszuschläge in den letzten fünf Jahren durchschnittlich nicht einmal 80% der Preissteigerungen, bei den Angestellten sogar nur 61% abgedeckt. Dies brutto, netto

liegt der Deckungsgrad durchschnittlich unter zwei Drittel. Trotzdem hat die Bourgeoisie ausgerechnet in dieser Frage Verbündete in der Führung der Gewerkschaften gefunden. Die katholische CISL (und im wesentlichen auch die sozialistische UIL) sind bereit, die Auszahlung von Inflationszuschlägen, die ein vorher vereinbartes „Dach“ übersteigen, auf das Jahresende zu verschieben. Noch Anfang März hatten alle drei Gewerkschaftsbünde gemeinsam die Verteidigung „des gegenwärtigen Mechanismus und der gegenwärtigen Struktur der Lohnskala“ beschlossen. Der größte, von Revisionisten und Reformisten geführte Gewerkschaftsbund CGIL ist gegen ein „Angebot“ in Sachen Lohnskala, hat sich aber ebenfalls bereiterklärt, nach Regierungsmaßnahmen gegen die Teuerung die Lohnskala zu modifizieren. Kürzlich hat die CGIL vorgeschlagen, künftig für jeden Indexpunkt einen lohnsteuerfreien Zuschlag von etwa 1800 Lire zu zahlen. Die Kapitalisten würden damit (auf Kosten der Staatskasse) „Lohnkosten“ sparen, gleichzeitig wäre aber der ständig fortschreitenden Lohnsteuerplünderung über die Progression ein gewisser Riegel vorgeschoben. Alle Versuche, zu einer einheitlichen Position der Gewerkschaften zu gelangen, sind bislang gescheitert.

Bei Verhandlungen mit den Gewerkschaftsbünden Mitte Mai hat sich die Regierung daher leisten können, auf deren Forderung nach Preiskontrollen überhaupt nicht einzugehen und stattdessen ihrerseits einen „Vorschlag“ zu machen, der das „Dach“ durch eine „Bereinigung“ der Zuschläge um den „Ölpreisanteil“ noch ergänzt. Der Präsident des Kapitalistenverbandes Confindustria hat nachgestoßen und mit Kündigung des Tarifvertrags über die Lohnskala gedroht, der für eine unbestimmte Laufzeit geschlossen ist. Vor allem in den Metallgewerkschaften fordern immer mehr Körperschaften eine „Massenkonsultation“, um die lähmende Spaltung zu überwinden.

Dänemark

Streiks für Teuerungsausgleich

Ende des letzten Jahres hatte der dänische Kapitalistenverband (DA) darauf gedrungen, in den diesjährigen Tarifverhandlungen die Abmachungen über den sogenannten automatischen Teuerungsausgleich für einige Zeit nicht zu verlängern oder auszusetzen. Viele Einzelverbände haben versucht, dies gegen die dänischen Arbeiter und Angestellten durchzusetzen. Obwohl der automatische Lohnausgleich durch die jetzige Preisindexbestimmung, die z.B.

den Posten Wohnung viel billiger veranschlagt als tatsächlich und die Mehrwertsteuer überhaupt nicht, die gestiegenen Kosten so nicht decken konnte, kämpfen Teile der Arbeiterbewegung hartnäckig gegen Aussetzung oder Verschlechterungen.

Die letzten Verhandlungen zwischen den dänischen Druckern und Zeitungsverlegern am 26.5. sind erfolglos abgebrochen worden. Von den Kapitalisten ist die zehnmonatige Pause im Teuerungsausgleich nicht zurückgenommen worden, die Forderungen nach einem Abkommen bei der Einführung neuer Technologie in der Druckindustrie sind ebenfalls nicht erfüllt. Für diese beiden Forderungen streiken die Drucker seit 9.3.

Die dänischen Kapitalisten stehen schon etwas unter Druck und versuchen, andere Arbeitskräfte als Streikbrecher einzusetzen oder in der BRD drucken zu lassen. Beides wurde bis jetzt verhindert. Am 26.5. führten die Drucker eine Zeltblockade vor einem Betrieb in Tanlov bei Fredericia durch, wo 15 beschäftigte Setzer die Druckarbeiten übernehmen sollten, und forderten die Setzer auf, die Arbeit abzuberechen.

Die Hauptverwaltung der IG Druck und Papier in Stuttgart hat erklärt, alles daranzusetzen, daß in der BRD keine dänische Zeitung gedruckt wird, und die IG Druck und Papier in Flensburg versicherte, daß sie mit ihren Mitgliedern auch in den kleinsten Druckereien in Flensburg und Umgebung in der Lage sei, Streikbruch zu verhindern. Bis zum 25. April, also innerhalb von eineinhalb Monaten, waren für die Unterstützung der Drucker in Dänemark allein 100746 Kronen gesammelt worden, was umso wichtiger ist, als die Gewerkschaft nur ungefähr die Hälfte des Lohns an die Streikenden zahlen kann.

Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Dänemark erhielten bis jetzt nur 75% der automatischen Lohnanpassung. Im diesjährigen Tarifkampf wurde von den Gewerkschaften eine 100%ige Anpassung gefordert, aber nur 85% wurden erreicht. Mit dieser Begründung der Erhöhung der Anpassungsrate sollten niedrige Tarifabschlüsse durchgesetzt werden. 4000 bis 5000 Assistenzärzte bereiten im Augenblick einen erneuten Streik gegen den niedrigen Tarifabschluß vor, den ihre Dachorganisation, die Akademikergewerkschaft, schon angenommen hatte. Sie wenden sich gegen eine Entlohnung, die bei 50 bis 60 Stunden 1600 bis 1800 DM netto bringt, und eine Bezahlung der Bereitschaftsdienste, die ähnlich mager ist wie in der BRD eine Rufbereitschaft, obwohl die Assistenzärzte die ganzen Nächte in den Krankenhäusern anwesend sein müssen.

Dabei wird es sich in der nächsten Woche entscheiden, ob es zum Bruch mit der Dachorganisation kommt oder ob diese den Streik der Assistenzärzte dann auch unterstützen wird.

VR Polen Kreditverhandlungen westlicher Banken

Die Vertreter der westlichen Banken, die am Kreditgeschäft gegen die VR Polen beteiligt sind, haben auf ihren Beratungen in der vorletzten Woche zwar keine Beschlüsse hervorgebracht, aber doch die deutliche Absicht dargestellt, wenigstens etwas zwischen die Zähne zu bekommen, wenn es schon mit der Befriedigung ihrer Forderungen schlecht steht. Sie weichen von den Beschlüssen der Regierungen der westlichen Gläubigerländer von Ende April insofern ab, als sie nicht bereit sind, über die Stundung der Tilgung der bis Ende 1981 zurückzuzahlenden Kredite hinaus auch die Zinsen zu stunden, schon gar nicht bei den unverbürgten.

Die Dresdner Bank schwang sich kraft Interessenlage zu einem der fünf Sprecher der Banken auf, denn sie hält von den 4,8 Mrd. \$ Gesamtschulden Polens gegenüber den Banken der westlichen imperialistischen Länder den Anteil von 780 Mio. \$, davon zwei Drittel unverbürgt.

Während die polnische Regierung die Benzinpreise um ein Sechstel und die Taxipreise um ein Viertel heraufgesetzt hat und Benzinsparen als Grund angibt, besteht über die Wirtschaftsreform noch immer keine Klarheit. Der I. Sekretär des ZK der PVAP Kania erklärte bei einer Beratung mit 62 Vertretern von Kohlengruben, daß es von der Linie der sozialistischen Erneuerung keine Umkehr gebe, stellte aber auch fest: „Die wirtschaftliche Lage wird nicht besser. Wir sind nicht imstande, eine vollständige Antwort zu geben, wie unter diesen Bedingungen alle gesellschaftlichen Erwartungen und Verpflichtungen, auch die selbstverständlichsten, erfüllt werden können.“

Einen Schritt weiter gekommen ist die Regierungskommission in ihren Beratungen über das soziale Minimum, das die Grundlage für die Festlegung des Mindestlohns und der Mindestrente bilden soll wie auch für die Verteilung der Mittel für Sozialleistungen durch Staat, Betriebe und Institutionen, z.B. für Erholungsheime. Dies entspricht einer der in Gdansk getroffenen Vereinbarungen. Der Entwurf wurde mit der Staatlichen Preisbehörde und dem Zentralamt für Statistik abgestimmt, ist aber noch nicht den



Polen muß seine Importe einschränken

Gewerkschaften zur Billigung vorgelegt worden.

Vorgesehen ist die Festlegung einer Liste derjenigen Waren und Dienstleistungen, die als gesellschaftlich unentbehrlich angesehen werden. Schleppende Vorbereitungen hatte es dafür schon im Jahre 1979 gegeben. Gegenüber dem damaligen Ansatz ist das soziale Minimum beträchtlich erhöht worden, und zwar zwischen 13 und 32% je nach Zuordnung zu einer von zwölf Einkommensgruppen. Eine alleinstehende Person würde nach dem jetzigen Stand 2800 Zloty monatlich, eine Familie mit zwei Kindern zwischen 8000 und 10000 Zloty je nach Alter der Kinder erhalten.

Dies würde, gemessen an den jetzigen Einkommen, einen Fortschritt bedeuten, da das Mindesteinkommen alleinstehender Personen gegenwärtig nur 94% dieses Minimums beträgt, die niedrigste Rente sogar nur 90%. Das Minimum soll jedes Jahr dem aktuellen Stand angepaßt werden. Die Pläne für seine Realisierung sollen jeweils im vierten Quartal vorgelegt werden.

Chile Kupferbergleute streiken seit fünf Wochen

Am 27. Mai mußte Chiles staatliche Kupfergesellschaft Codelco ihren internationalen Abnehmern die Unterbrechung der Lieferungen aus dem El-Teniente-Bergwerk ab dem 1. Juni wegen „force majeure“ (höherer Gewalt) ankündigen. Auf dem Londoner Metallmarkt stieg der Kupferpreis am nächsten Tag um 16 Pfund pro Tonne (ca. 2%), der Anstieg setzte sich fort. Die imperialistischen Großabnehmer chilenischen Kupfers, vor allem die

Draht-, Elektro- und Rüstungsindustrie, drängen das Militärregime und Codelco, den Streik zu brechen, haben aber offensichtlich wenig Vertrauen, daß dies in den nächsten Wochen gelingt, und decken sich anderweitig ein.

Die „höhere Gewalt“ ist der Streik der Bergarbeiter, die in der letzten Woche ein „letztes Angebot“ der Kapitalisten von „real 1%“ für das nächste Jahr und einen Bonus von etwa 1000 DM für die Streikzeit ablehnten. Die Gewerkschaften fordern 10% für den Zweijahresvertrag. Ein Tagelöhner auf El Teniente kommt jetzt auf etwa 11000 Pesos im Monat (ca. 600 DM), in anderen Kupferbergwerken aber schon auf 17000 und mehr.

Die Gewerkschaften wenden sich mit dem Streik auch gegen Pläne der Regierung, Codelco zu privatisieren, d.h. an ausländische Metallkonzerne zu verkaufen, die bereits große Bergwerke im Land betreiben (so der US-Konzern Exxon). Die Privatisierungspläne sind von US-Beratern im Wirtschaftsministerium ausgeheckt worden. Bereits im letzten Jahr machte die Regierung erste Vorstöße: Nach einem 16tägigen Streik schloß sie eine Eisenbahn auf El Teniente, übertrug den Transport einem Fuhrunternehmen und entließ 46 Arbeiter.

Der Streik der 10000 El-Teniente-Arbeiter hat inzwischen in anderen Kupferbergwerken Auswirkungen. Im staatlichen Andina-Bergwerk nahmen die 2000 Arbeiter ein Angebot von 4,5% und 330 DM Bonus an. Im Chuquicamata-Bergwerk, wo die Gewerkschaften mit Codelco verhandeln, ließ die Junta alle Streiks verbieten. In der El-Salvador-Mine wird verhandelt.

Der Streik auf El Teniente hatte in der letzten Aprilwoche begonnen. Die Kapitalisten boten 2% für die nächsten zwei Jahre, die Belegschaft lehnte das mit 95% ab und beschloß einen Streik.

Der Streik wird unter schwierigen halblegalen Bedingungen geführt. Aber die Einheit der Arbeiter ist hervorragend – von den 10000 Beschäftigten folgten ganze 30 einem Aufruf der Kapitalisten, die Arbeit wiederaufzunehmen und einzeln zu verhandeln (nach dem Arbeitsgesetz der Junta kann jeder Arbeiter nach 30 Tagen Streik individuell mit dem Kapitalisten eine Lohnerhöhung aushandeln).

Der Kampf dauert jetzt schon 35 Tage, und die Militärjunta und Codelco bereiten sich darauf vor, den Streik nach spätestens 60 Tagen zu zerschlagen. Laut Arbeitsrecht müssen die Arbeiter nach 60 Tagen Streik entweder das Angebot annehmen oder gelten als entlassen. Noch 25 Tage Streik aber kommen Codelco und vor allem Codelco's Kunden zu teuer – die Bergwerksleitung droht jetzt mit der dauernden Schließung der Mine, wenn der Streik nicht „bald“ beendet wird.

Wachsende Probleme im Land. Imperialisten suchen Einbruchsmöglichkeiten

Im Februar 1981 hat der Finanzminister der Indischen Union, Vekataraman, dem Parlament den Bericht der Haushaltsvorlage über die wirtschaftliche Lage Indiens unterbreitet. Gleichzeitig wurde am 14. Februar der sechste Fünfjahresplan von 1980–85 gebilligt.

Der sechste Fünfjahresplan ist für Indien in einer gegenüber den letzten Jahrzehnten veränderten Lage erstellt worden. Üblicherweise machte Indien Schlagzeilen wegen Getreidedefiziten, Überschwemmungen und Dürrekatastrophen. Dem Land ist es aber gelungen, etwa seit 1975 gerade in der Landwirtschaft eine bedeutsame Stabilisierung zu erreichen.

In den Jahren 1978/79 betrug die gesamte Nahrungsgetreideproduktion 131,4 Mill. t – 2,3mal mehr als 1949–52 (1960: 82,3 Mill. t) und 5 Mill. t mehr als im Jahre 1977/78. Die Reisproduktion war mit 53,83 Mill. t ebenfalls 2,3 mal höher als 1949–52 und überstieg das Ergebnis von 1977/78 mit über 1 Mill. t. Obwohl im Jahr 1979 eine der größten Dürrekatastrophen der letzten Jahre über Indien hereinbrach, brauchten keine Nahrungsmittel eingeführt werden. Am 20. Mai 1981 wurde beispielsweise in einem Erdölliefervertrag mit der Sowjetunion gegen die Lieferung von 4,75 Mio t. Rohöl vereinbart, diese mit Reis-, Gerste-, Mais- und Getreidelieferungen zu zahlen. Bis 1979 hatte Indien umfangreiche Nahrungsmittelreserven angelegt und gleichzeitig, nach jahrzehntelangem akutem Devisenmangel, eine beträchtliche Fremdwährungsreserve beisammen.

Im letzten Jahr gab es allerdings Einbrüche, die im wesentlichen auf die steigenden Energiekosten insbesondere für Rohöl zurückgeführt werden. Die Inflationsrate schnellte auf über 24% derzeit nach oben. Am 6. April hat die Gandhi-Regierung zu Maßnahmen gegen das steigende Handelsdefizit gegriffen: Importbeschränkungen für eine Reihe von Leichtindustrieprodukten, Exporterleichterungen. Die Regierung erhofft sich so eine Einsparung von 1,0–1,5 Mrd. Rupien.

Die Inflation wirkt sich insbesondere auf die Erzeugerpreise, besonders für Getreide, Hülsenfrüchte, Ölsamen und Zucker, aus und trifft die kleinen Bauern und Arbeiter in den Städten hart. Das ist auch der Grund, warum in den letzten Wochen und Monaten die Bauern in großen Aktionen und Demonstrationen eine Erhöhung der Erzeu-

gerpreise und Senkung der staatlich festgesetzten Energiekosten für Bewässerung verlangen. In Neu Delhi demonstrierten am 26. März ca. 500 000 Bauern unter diesen Forderungen, während in der gleichen Stadt ebenso viele Arbeiter dafür streikten, daß ihnen der gesetzlich festgelegte Mindestlohn von 500 R gezahlt werde.

Die indische Regierung gerät so von verschiedenen Seiten zunehmend unter Druck. Die Weltbank hatte am 7. April einen bereits zugesagten Kredit von 250 Mio. zum Bau von Kunstdüngeranlagen platzen lassen, weil Indien darauf bestand, das Projekt mit eigenen Fachkräften zu errichten und zu betreiben. Inzwischen sind durch die gestiegenen Preise für Erdöl die Finanzreserven aufgezehrt. Die imperialistischen Länder versuchen, in steigen-

malaya-Vorgebirges getroffen werden, hat eventuell zur Folge, daß dies eine völlige Umwälzung der Natur mit sich bringt. Insbesondere wird der Rhythmus durch die Monsunregen verändert, worauf die Anbaumethoden nicht eingestellt sind.

Gegen diese Plünderung der nationalen Ressourcen haben sich Volksbewegungen gebildet. Für Indien stellen sich insbesondere im Nordosten seit Jahren Probleme, die teilweise noch aus der Kolonialzeit stammen. Im Bundesstaat Assam gibt es eine erstarkende Bewegung unter den Forderungen „Assam den Assamesen!“ und „Schützt die Söhne der Scholle!“. 1836 hatten die britischen Kolonialisten das selbständige Königreich annektiert und setzten in die Verwaltung Inder aus anderen Gegenden ein. Durch Flüchtlinge hat sich jetzt diese Lage erschwert, denn die Assamesen stellen nur zum geringen Prozentsatz Angehörige der Verwaltung. Oberflächlich stellt sich die Angelegenheit als Religionsproblem dar, tatsächlich sind die Forderungen auf größere Au-



Bauern aus Nordindien auf einer Demonstration für höhere Erzeugerpreise

dem Maße aus dieser Lage Nutzen zu ziehen, indem sie Riesenprojekte finanzieren, wie den geplanten Bau von Staudämmen in Assam, die nur kurzfristig für die Steigerung der Produktion von Nutzen sind. Durch die Entwaldung des Himalaya-Vorgebirges durch ausländische Konzerne kann das Wasser ungehindert in das Tal schießen, was die Verödung der Region, Überschwemmungskatastrophen in der Ebene und derzeit die Versandung des Hafens von Kalkutta zur direkten Folge hat. Der alleinige Bau dieser Staudammprojekte in diesen Gebieten, ohne daß Maßnahmen gegen die Versandung der Küstengebiete, insbesondere der Häfen, und die Abholzung des Hi-

tonomie und Selbständigkeit des Bundesstaates und bessere Unterstützung der Bevölkerung gerichtet. In den meisten nordöstlichen Bundesstaaten haben sich inzwischen Volksbewegungen gegen die Abholzung der Wälder und die Plünderung der nationalen Ressourcen gebildet. Diese Bewegungen halten teilweise ganze Gebiete unter ihrer Kontrolle (so Teile von Mizoram, Nagaland und Manipur).

Um diese Probleme zu lösen, nennt die indische Regierung als wichtigste Ziele des 5-Jahresplans die Beseitigung der Armut der Landarbeiter und die „strikte Durchsetzung des Mindestlohngesetzes für Lohnempfänger“.

Nicht nur die Sowjetunion in Indien engagiert

Aus der nachstehenden Tabelle über ausländische Kooperation in Indien, insbesondere der ausländischen Firmen, läßt sich in etwa ersehen, welche Länder in dieser Hinsicht tatsächlich Einfluß haben und in welchem Umfang. An der Spitze der Länder, die mit Indien in Handelsbeziehungen stehen, steht nicht die Sowjetunion, sondern die USA. Als zweites folgt die Sowjetunion, und einen noch immer beträchtlichen Anteil hat die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien. Indien hat insbesondere sehr ausgeprägte Handelsbeziehungen zu den Ländern der Dritten Welt. Hier sind Indiens Werkzeugmaschinen beliebt. „Zuwachs und Vielseitigkeit der Produktion lassen die nationale Industrie vom Ausland zunehmend unabhängiger werden. Die Abhängigkeit lag 1955 bei 89%, 1965 bei 58% und beträgt heute (1979) nur noch 28%“. Diese Aussage wird in einem Bulletin der indischen Botschaft Brüssel getroffen bezüglich der Herstellung von Werkzeugmaschinen.

Nach wie vor aber will Indien zusehen, durch eine Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion eine stabile wirtschaftliche Lage zu erreichen. Die Sowjetunion absorbiert immer noch ca. 10% des indischen Exportvolumens und ist darauf aus, aus den Problemen, mit denen das Land zu tun hat, Kapital zu schlagen.

Das ist bisher nicht so recht gelungen, denn Indien hat gegen die Intervention in Afghanistan mit den Ländern der Dritten Welt gestimmt und auch in anderen Fragen im wesentlichen an der Seite der Blockfreien gestanden. Aber auch die westlichen Imperialisten versuchen sich an Indien. Die EG hat jetzt ein Abkommen unterzeichnet, daß sie Indien bei der Produktion von Ölfrüchten unterstützt. Auf einer Tagung wurde die EG von Indien kritisiert: „... daß die Beiträge der EWG für die Hilfe an die Nichtentwicklungsländer gering seien, und daß die Länder Südasien hauptsächlich vom Aufschwung ihrer Handelsaustausche abhängen. Der Protektionismus innerhalb der EWG ist zuerst gegen die Entwicklungsländer gerichtet, und ein solcher Protektionismus würde nur dazu führen, die Länder Südasien, die kürzlich angefangen haben, Fertigprodukte zu exportieren, in eine Isolierungspolitik zu drängen.“

Die Ausweitung des Handelsvolumens mit Ländern der Dritten Welt und der Zusammenschluß mit diesen gegen imperialistische Einmischungsversuche zeigt sich immer mehr als der geeignete Weg, bestimmte Schwierigkeiten zu lösen. Dem Zweck, verstärkte Wirtschaftsbeziehungen zur Dritten Welt aufzubauen diene auch der Besuch Indira Gandhis vor drei Wochen in den Arabischen Emiraten.

Genehmigte ausländische Kooperation mit Indien

Art der Zusammenarbeit	Gesamt	Land
I. Technische Zusammenarbeit	112	Vereinigte Staaten von Amerika (33), Bundesrepublik Deutschland (21), Großbritannien (24), Japan (9), Schweiz (7), Frankreich (5), Italien (5), Spanien (2), UdSSR (2), Australien (1), Österreich (1), Deutsche Demokratische Republik (1), Niederlande (1), Norwegen (1), Polen (1), Schweden (1).
II. Technische und finanzielle Zusammenarbeit	24	Großbritannien (9), Bundesrepublik Deutschland (4), Hong-Kong (2), Japan (2), Dänemark (1), Italien (1), Portugal (1).
III. Pläne- und Entwurfsimporte	20	Bundesrepublik Deutschland (5), Japan (3), Niederlande (2), Schweiz (2), Vereinigte Staaten (2), Dänemark (1), Frankreich (1).

Quelle: India Bulletin der Indischen Botschaft Brüssel 1/81.

VR China

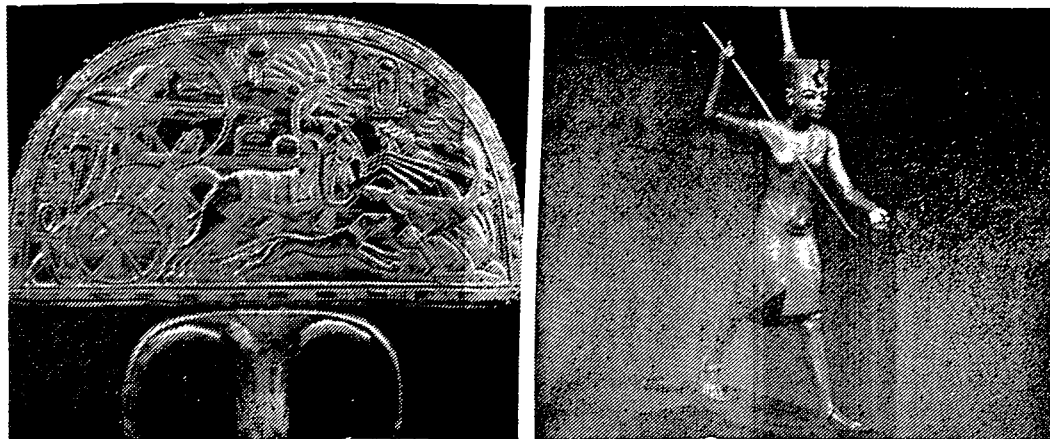
Restriktionen für ländliche Industrie

Die „blinde Expansion“ der ländlichen Industrie will der chinesische Staatsrat mit einem am 16.5. veröffentlichten Beschluß stoppen. Danach müssen Zigarettenmanufakturen und Baumwollspinnereien der Volkskommunen und Produktionsbrigaden stillgelegt und muß deren Produktion umgestellt werden. Das soll die Rohstoffversorgung der staatlichen Großbetriebe sichern. Generell dürfen genossenschaftliche Betriebe weiter produzieren, die nicht mit Staatsbetrieben um Rohstoffe konkurrieren, einen Absatzmarkt haben und profitabel wirtschaften. Neue Betriebe auf dem Land sollen vorrangig Agrarprodukte weiter verarbeiten bzw. Engpässe lindern.

Ende 1980 gehörten den Kommunen und Brigaden 1,43 Mio. Betriebe, die 30,5 Mio. Arbeiter beschäftigten, 10% der Arbeitskräfte auf dem Land. Aus den Betrieben erzielten die Kollektive ein Drittel ihrer Einnahmen und finanzierten damit u.a. Agrarinvestitionen. Wie viele Betriebe aufgrund des Beschlusses direkt stillgelegt werden müssen, ist unbekannt. Jedenfalls zielt die Entscheidung darauf, daß die ländliche Industrie wesentlich Zulieferfunktionen für die staatlichen Großbetriebe erfüllt und Lücken und Engpässe in der Produktpalette der Großindustrie ausfüllt. Die Entwicklung dieser Arbeitsteilung stößt allerdings wegen der Schwächen des Verkehrsnetzes und der Ausdehnung des Landes auf Schwierigkeiten. Durch die Restriktionen ist die Selbstversorgung der ländlichen Gebiete und außerdem die Ausbildung eines Facharbeiterstammes gefährdet.

Mao Zedong hatte 1956 die ländliche Industrialisierung parallel zum Aufbau der Großindustrie („auf zwei Beinen gehen“) propagiert, um die Modernisierung trotz knapper Mittel zu beschleunigen und die Unterbeschäftigung und den Facharbeitermangel auf dem Lande zu beheben. Im Großen Sprung 58–59 entstanden Millionen Betriebe nach der Devise: „Jeder Kreis fünf kleine Industrien“ (Eisen, Zement, Dünger, Landmaschinen, Stromerzeugung). Nach Stilllegungen in den folgenden Jahren brachte die Kulturrevolution einen erneuten Aufschwung der ländlichen Industrie.

In der Dritten Welt hat dieser Aufbaukurs Modellcharakter. So schloß Mugabe, Ministerpräsident von Zimbabwe, bei seinem jüngsten Chinabesuch einen Vertrag über Hilfe beim Aufbau der ländlichen Industrie in Zimbabwe ab.



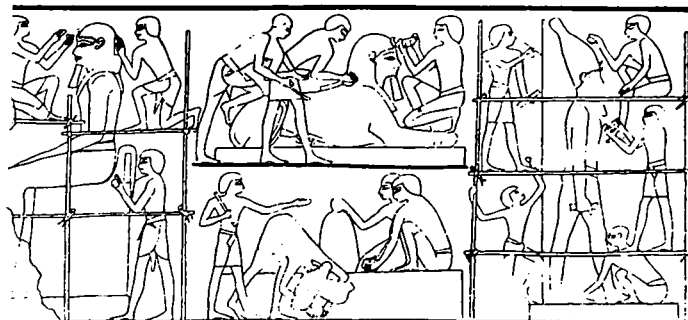
Links: Straußenfederfächer, Holz-Goldblech-Flachrelief und Ziselierung. Rechts: König mit Harpune, vergoldetes Holz, Bronze (beide Bilder von der Ausstellung)

Ausstellung

Tutanchamun oder Beschränkung der Kunst und Kultur Altägyptens auf Pharaonengeschichte

Am 20.2. wurde in Hannover als vierter bundesdeutscher Stadt die Tutanchamun-Ausstellung eröffnet. Überall wurden bisher Besucherrekorde gemeldet, in München z.B. über 600000. Gezeigt werden 65 der insgesamt 5000 Grabbeigaben, insbesondere Kult- und Gebrauchsgegenstände sowie Schmuck, die der tote Pharaon entsprechend dem altägyptischen Glauben brauchte, um im Jenseits sein Leben standesgemäß weiterführen zu können. Sehenswert ist die Ausstellung vor allem deshalb, weil sie einen guten Eindruck von den hoch entwickelten handwerklichen und künstlerischen Fähigkeiten des ägyptischen Volkes vor mehr als 3000 Jahren vermittelt, wenn auch völlig auf die Sicht auf den Pharaon und auf eine fade Familiengeschichte der 18. Dynastie im Ausstellungskatalog eingengt. Dies, obwohl die Grabmalkunst selbst sowie eine Fülle weiterer Quellen einen brauchbaren Eindruck über die Geschichte Altägyptens vermitteln.

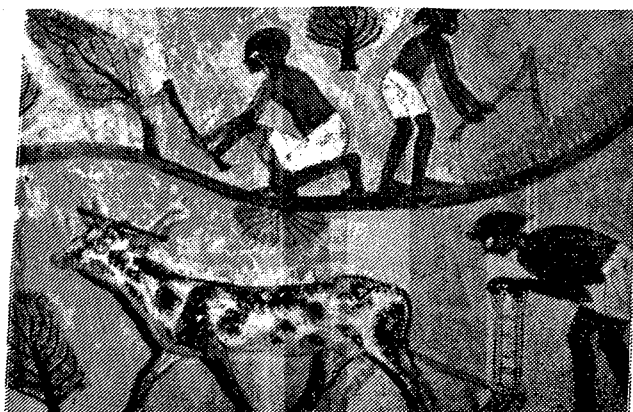
Der materielle Reichtum Ägyptens beruhte auf der hochentwickelten Landwirtschaft. Hohe Erträge wurden aufgrund astronomischer Berechnung der Nilbewegung erzielt, die Bauern betrieben zusätzlich künstliche Bewässerung, der Pflug war bereits entwickelt. Ein riesiger Beamtenapparat teilte den Bauern vor der Aussaat Land zu und überwachte nach der Ernte den Abtransport des Mehrprodukts in die Scheunen der



Ausschnitt aus Bildhauerwerkstatt, 18. Dynastie.

Großgrundbesitzer. Damit wurde neben dem eigenen Lebensunterhalt und dem der Dienerschaft ein Heer von Arbeitern und Handwerkern ernährt, die für Bauten und Bequemlichkeiten der Pharaonen und Priesterschaft nebst Anhang arbeiteten. Als eine der Ursachen für die hohe Entwicklung ihrer künstlerischen und handwerklichen Fähigkeiten nennt Diodorus Siculus die strenge Arbeitsteilung: „In diesem Land dürfen Handwerker durchaus nicht in die Geschäfte einer anderen Bürgerklasse eingreifen, sondern bloß

den nach dem Gesetz ihrem Stamm zugehörigen Beruf treiben.“ (zitiert nach MEW, Bd. 23, S. 360) Über die Arbeit der Sklaven, zumeist Kriegsgefangene in den von Ägypten unterworfenen Gebieten wie Nubien, der Sinaihalbinsel und Syrien, die das benötigte Gold, Kupfer, Edelsteine und Holz liefern mußten, schreibt derselbe Diodorus: „Man kann diese Unglücklichen ... nicht ansehen ... Alle müssen, durch Schläge gezwungen, fortarbeiten, bis der Tod ihren Qualen und ihrer Not ein Ende macht.“ (S. 250)



Bauern bei der Arbeit, um 1400 v.u.Zt.

Abendländische Archäologie

C.W. Ceram hat 1949 das Buch „Götter, Gräber und Gelehrte“ veröffentlicht. Er beschreibt Ausgrabungen von vier Kulturen, der griechisch-römischen, der ägyptischen, der sumerischen und babylonischen und der Kultur der Mayas und Azteken. Das Buch liest sich spannend, weil man von der Arbeit der Forscher einiges erfährt und auch viele Fakten über das Leben dieser alten Völker. Aber ganz penetrant durchzieht das Buch die Idee von der Überlegenheit der abendländischen Kultur. So bedarf es des „Anstoßes durch die Tatkraft eines westlichen Mannes“, damit die alten Kulturen aufgedeckt werden konnten. Oder Cortez, der im Auftrag der spanischen Monarchie das Aztekenreich zerstörte, um an das Gold der Azteken heranzukommen, wird zwar deswegen angegriffen, aber immerhin fuhr er als Missionar gegen das Heidentum. So übergeht Ceram, daß die aufkommende Handelsbourgeoisie zusammen mit den feudalen Königen die Produktionsgrundlagen der alten Völker zerstörten, so ihre Kultur-entfaltung und die Ansätze einer kulturgeschichtlichen Überlieferung zerschlug. Die meisten Ausgrabungen der Archäologen begannen im 19. Jahrhundert, wo die „alte Welt“ schon ungeheure Reichtümer aus den anderen Ländern abtransportiert hatte und das Gold, zum Beispiel der Azteken, zur Herausbildung des Kapitalismus ein Faktor gewesen war.

C.W. Ceram, Götter, Gräber und Gelehrte, Deutsche Buch-Gemeinschaft Berlin, Darmstadt, Wien.

Die archäologischen Methoden ändern sich

Einen übersichtlichen und spannenden Band über neuere Arbeitsergebnisse von Archäologen hat Rudolf Pörtner, seit 1974 Träger des Ceram-Preises, mit zahlreichen Mitarbeitern erstellt. Recht nüchtern in der Darstellung der Tatsachen und abwägend, was die Sicherheit der daraus zu ziehenden Schlüsse angeht, stellen sich die Autoren dar als Fürsprecher der Methode, die Tatsachen zu erforschen, und setzen sich sachte von der Begeisterung Kellers ab, der den missionarischen Zweck verfolgte, zu beweisen, daß die Bibel doch recht hat.

Die westlichen Archäologen

kommen ihrer Aufgabenstellung, frühere Kulturen aufzudecken und die Geschichte der Menschen zu erhellen, erst seit einigen Jahrzehnten mit Methoden nach, die nicht das Abenteuer und die Sternstunden kostbarer Funde, die dann ins Heimatland abgeschleppt werden, in den Vordergrund stellen, sondern die aufwendige Kleinarbeit. So werden bei Grabungen alle Kleinigkeiten und Spuren beachtet und Schicht für Schicht, für andere rekonstruierbar, verbucht. Das Buch informiert hauptsächlich über die Geschichte und gesellschaftlichen Verhältnisse teils untergegangener Völker des Mittelmeerraums und Vorderasiens. Korrigiert werden Auffassungen über die „neolithische Revolution“, d.h. den Jahrtausende dauernden Prozeß des Übergangs der Menschen zur Produktion ihrer Nahrungsmittel, in bestimmten Gebieten Vorbedingung für das Sesshaftwerden und Grundlage der Hochkulturen.

Ein wunder Punkt, der mit Schweigen übergangen wird, ist die Frage, wie weit die heutige Archäologie, wenn sie durch kapitalistische Länder in der Dritten Welt durchgeführt wird, immer noch, wenn auch auf die feine Art, Grab- und sonstige Räuberei ist. Immerhin erfährt man, daß z.B. der Iran in letzter Zeit die Konzessionen zum Schürfen erheblich eingeschränkt hat. Die Schwierigkeiten dieser Länder, selbst die Vergangenheit ihrer Völker aufzuklären und wissenschaftliche Publikationen zu erarbeiten, sind wegen der hohen Kosten groß.

Rudolf Pörtner, *Alte Kulturen ans Licht gebracht, Neue Erkenntnisse der modernen Archäologie*, Heyne-Sachbuch 7052, München 1981, 12,80 DM.

Masada: „großer historischer Film“?

Als „endlich wieder ein großer historischer Film“ wird „Masada“ angekündigt. Es ist ein Zusammenschnitt aus acht Stunden amerikanischem Fernsehspektakel, abgedreht in der Nähe von Originalschauplätzen am Toten Meer nach einem Ereignis der jüdischen Geschichte.

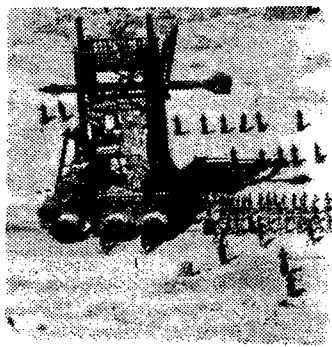
Nach der Zerstörung Jerusalems durch die römische Kolonialmacht im Jahre 70 verschanzen sich die letzten Tausend jüdischer Widerstandskämpfer, die Zeloten, in der Bergfestung Masada, die zu diesem Zeitpunkt als uneinnehmbar gilt. Von dort aus machen sie mit Überfällen die

römische Kolonialmacht unsicher. Die 5000 Mann starke römische X. Legion belagert Masada, kann aber erst nach Monaten unter gewaltigen Anstrengungen, Heranführung jüdischer Arbeitssklaven, Bau einer Auffahrrampe am Felsmassiv, schwerem Belagerungsgerät und grausamen Brutalitäten die Festung einnehmen. Sie findet aber nur Tote, die Zeloten haben in der ausweglosen Lage kollektiv Selbstmord verübt. Der römische Statthalter am Schluß resigniert: „Wir haben nur einen Felsen in der Wüste am Ufer eines vergifteten Meeres erobert.“

Die Filmhandlung ist schnulzig zurechtgestutzt auf die Führer auf den beiden Seiten, wo auch dem römischen Statthalter Flavius Silva, der die grausame Unterwerfung befiehlt, allerhand noble Seiten abgewonnen werden. Spannung will nicht recht aufkommen. Auch eine andere Enttäuschung bleibt nicht erspart: Obwohl ein „mächtiger Verbündeter“ der Juden, der HERR selbst, zwei Mal in Aktion tritt, kriegt man ihn wieder nicht zu Gesicht.

Die offizielle israelische Propaganda versucht seit geraumer Zeit die Siedlergesellschaft mit dem historischen Masada einzuschwören. Israelische Rekruten werden am Fuß des Masada-Massivs vereidigt: „Masada wird nie wieder fallen.“ Begins Stellvertreter ist „Masada-Experte“.

Ganz in diesem Sinn hat die US-Filmgesellschaft ABC den historischen Stoff jetzt so herichten lassen, daß sich der Betrachter mit Sympathie für die Zeloten und Abscheu über römische Kolonialbrutalität flugs bei Sympathie für zionistische Eroberungspolitik und Abscheu über die gemeinsamen Forderungen der arabischen Länder gegen Israel wiederfinden soll. Der Erfolg des Films ist beschränkt. Er hält nicht, was seine Ankündigung verspricht.



Römischer Belagerungsturm

Tourismus

Nutzen für die Dritte Welt höchst zweifelhaft

Tourismus in Länder der Dritten Welt, ist bei bürgerlichen Ökonomen zu lesen, sei ein Mittel zur Übertragung von Ressourcen aus den „Überflußgesellschaften“ in die „armen Länder“. Einnahmen aus dem Tourismus, heißt es, könnten Zahlungsbilanzdefizite ausgleichen und Produktionsmittelimporte für den Aufbau der nationalen Wirtschaft finanzieren. Die plötzliche Begeisterung von Leuten, die sonst alle Forderungen der Dritten Welt ablehnen, für „Ressourcentransfer“ macht gleich stutzig. 65% der Ausgaben für Reisen nach Afrika verbleiben in den Herkunftsländern der Touristen, bei Reiseveranstaltern, Fluggesellschaften usw. Nähere Betrachtung eines EG-Programms zum Hotelbau in Afrika zeigt, daß an fast allen über die Europäische Investitionsbank finanzierten Hotels westeuropäische Monopole maßgeblich beteiligt sind.

Von den 32,9 Mrd. DM, die westdeutsche Touristen 1979 im Ausland ausgegeben haben (fast ein Viertel der weltweiten Ausgaben für „internationalen Tourismus“), entfiel knapp ein Sechstel auf „Entwicklungsländer“, hauptsächlich in Südeuropa (Spanien, Jugoslawien, Griechenland). Nur ein Dreißigstel kam auf außereuropäische Länder der Dritten Welt, davon allein 200 Mio. DM auf Tunesien. Dort kostet ein vierzehntägiger Urlaub in der Hochsaison mit Vollpension etwa gleich viel wie in anderen Mittelmeerländern, ca. 1 200 bis 1 500 DM. „Fernreisen“ in andere Länder sind erheblich teurer und für Lohnabhängige gewöhnlich nicht erschwinglich.

In einigen mitteleuropäischen Ländern hat sich die Arbeiterklasse den Auslandsurlaub als gewöhnlichen Bestandteil des Reproduktionsfonds erkämpft, einen Zustand, den die Bourgeoisie durch Lohnsenkung ändern will. In Ländern der Dritten Welt ergibt sich ein eigentümliches Problem: Das Urlaubsbudget eines westdeutschen Lohnabhängigen ist, wenn auch knapp bemessen, hoch, sobald es in der Währung eines Entwicklungslandes ausgedrückt und mit einheimischen Einkommen verglichen wird. Der Tourismus zieht dann im „Gastland“ Ressourcen an, die einer planmäßigen Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft entzogen werden. Einige Beispiele aus Tunesien: In der Gegend um Sousse liegt der tägliche Wasserverbrauch eines Touristen zehnmal so hoch wie der eines Einheimischen. Die mitteltunesische Geflügelzuchtgenossenschaft beliefert fast nur noch Hotels. In der Hoffnung auf einigen Verdienst begeben sich jährlich Zehntausende aus der Landwirtschaft (während der Erntezeit) in die Touristikzentren; dort landen sie oft genug in der Prostitution, was in einigen anderen Ländern bereits eine „Hauptattraktion“ des Ferntourismus ausmacht. Riesige Summen, und zum großen Teil in Devisen, müssen aufgewandt werden, um die nötige Infrastruktur für den Tourismus zu schaffen, v.a. Flugplätze. Die Touristenhotels sind in der Regel viel zu aufwendig, um auch der entstehenden einheimischen Arbeiterklasse zur Erholung offenzustehen.

Wahr ist, daß der Tourismus eine bedeutende Devisenquelle darstellen kann. In Tunesien haben sich die Einnahmen seit 1962 mehr als verzwanzigfacht und betragen jetzt rund 1 Mrd. DM jährlich. Zugleich aber haben sich ausländische Monopole einen immer größeren Teil der Touristikbranche unterworfen. Nach der Unabhängigkeit wurden neue Hotels zunächst fast ausschließlich von der staatlichen Gesellschaft S.H.T.T. gebaut. 1966 erzwangen die Imperialisten Steuer- und andere Vergünstigungen für private Investitionen in der Branche. Bis Ende der 70er Jahre war der Staatsanteil an der Bettenkapazität auf unter 10% gedrückt. Als die S.H.T.T. einmal höhere Preise forderte, verlagerte einer der großen westdeutschen Reisekonzerne kurzerhand sein Programmangebot in andere Länder.

Aus dem jüngsten tunesischen Entwicklungsplan ergibt sich, daß ein zusätzlicher Arbeitsplatz im Tourismus fast doppelt so hohe Investitionen erfordert wie z.B. in der Nahrungsmittelindustrie. Zudem sind die Beschäftigungsverhältnisse höchst unsicher: Nur 27% der 27 500 Lohnabhängigen in der Hotelbranche hatten 1979 auch im Januar Arbeit, durchschnittlich waren sie sechs Monate arbeitslos.

Im Katalog stellen die „Urlaubsexperten“ von Touropa das exotische Reiseziel so vor: „Tunesien: kilometerlange Sandstrände, Hotels mit (großgeschrieben) Europäischem Komfort und orientalischer Atmosphäre.“ Gewöhnlich besteht derartige „Atmosphäre“ aus der Vermarktung einer Mischung von „fotogenem“ Elend und künstlicher „Folklore“. In den „Festivals“, die Tunesien in den wichtigsten Urlaubszentren veranstaltet, besteht ein Großteil des Programms aus importierten Filmen, Sängern usw. Gerade weil im Tourismus nicht dieses oder jenes fertige Produkt, sondern letztlich das „Gastland“ selbst verkauft wird, zersetzen die Hotelketten die einheimische Gesellschaft ökonomisch und sozial ähnlich wie z.B. Rohstoffförderung unter imperialistischer Kontrolle. Einige Länder haben daraus den Schluß gezogen, den Tourismus gar nicht (wie z.B. Libyen) oder nur in engen Schranken zu entwickeln, so z.B. Algerien.

Österreichischer Staatsvertrag „Verbot des Anschlusses an Deutschland“

Die Zusammenfassung der strategischen Potentiale bzw. Ressourcen Deutschlands und Österreichs (Österreich-Ungarns) stellte stets einen ganz wesentlichen Zwischenschritt für den Versuch der Neuordnung Europas unter Führung des deutschen Imperialismus dar. Und wenngleich es in beiden Ländern ebenfalls stets politische Kräfte gab, die – eingedenk dessen – gegen diese Zusammenfassung gekämpft haben, so hat es doch auch andererseits immer eine für den „Anschluß“ eintretende Strömung in Deutschland wie auch in Österreich gegeben. So hat etwa Heuss, der 1. Präsident der BRD, auf einer allgemeinen Wählerversammlung der (liberalen) Deutschen Demokratischen Partei am 17.1.1919 die schon vor dem ersten Weltkrieg geforderte Vereinigung mit Österreich-(Ungarn) erneut propagiert:

„Fern aber bleibe uns die Würdelosigkeit, nach der Entente zu spielen, als ob der Verzicht auf großdeutsche Ziele uns einen erträglichen Frieden bringen könne. Wird nicht das vielmehr inmitten der Enttäuschungen und Schmerzen des Kriegsausgangs vielen zum Trost und zur Erhebung werden, daß jetzt in der Mitte Europas ein größeres Deutschland aufgebaut werden kann, damit alles, was deutscher Sprache und Kultur ist (ein trauriger Gruß nach Elsaß-Lothringen!) im nun erst Wahrheit gewordenen deutschen Nationalstaat vereinigt sei?“ (1)

Dieselbe Absicht verfolgte der Entwurf der späteren Weimarer Verfassung (3.1.1919); und zwar sah er insgesamt „16 Gebiete des Reiches vor“ – unter anderem „Deutsch-Österreich“ und „Wien“. Aber umgekehrt hatte auch seinerseits eine Nationalversammlung in Wien am 12.11.1918 mit folgender Verkündung die Republik ausgerufen: „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“

Die alliierten Siegermächte des ersten Weltkriegs haben daraufhin im Versailler Friedensvertrag (28.6.1919) in Art. 80 das Verbot des Anschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland diktiert; und sie haben in dem gesonderten Friedensvertrag mit Österreich (St. Germain, 10.9.1919) im Art. 88 eine Formulierung gewählt, die zumindest dieselbe Intention erkennen läßt: „Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt“ – die allerdings einstimmig gefaßt sein mußte. Aufgrund dieses Friedensvertrags von St. Germain benannte sich daraufhin die Republik Deutsch-Österreich in „Republik Österreich“ um (nach dem zweiten Weltkrieg heißt sie nunmehr „Bundesrepublik Österreich“). Die beiderseitigen Anschluß-Absichten blieben gleichwohl bestehen; 1921 wurden in den Landesteilen Tirol und Salzburg Abstimmungen über den Anschluß durchgeführt, die zu mehrheitlicher Zustimmung geführt haben sollen. Auf deutscher Seite hat der damalige Außenminister Stresemann am 7.9.1925 in einem Schreiben an den arbeitslosen Kronprinzen hinsichtlich des kurz bevorstehenden Eintritts des Deutschen Reichs in den Völkerbund folgendes festgestellt:

„Die deutsche Außenpolitik hat nach meiner Auffassung für die nächste absehbare Zeit drei große Aufgaben: Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist. Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener 10 bis 12 Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben. Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien. Im Hintergrund steht der Anschluß von Deutsch-Österreich ...“ (1).

Hitlerdeutschland hat diesen „Anschluß von Deutsch-Österreich“ am 18.3.1938 erzwungen – man kann aber nicht darüber hinwegsehen, daß die seinerzeitige österreichische Regierung diese Annexion spätestens mit ihrer Unterzeichnung des österreichisch-deutschen Abkommens vom 11.7.1936 ermöglicht hatte. Denn darin wurde unter anderem folgendes vereinbart:

„Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reiche, stets auf dieser grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht“ (2).

Sollte – im Rahmen einer zukünftigen friedensvertraglichen Regelung – dem deutschen Imperialismus der Zwischenschritt einer Erweiterung seiner strategischen Basis mittels Einverleibung Österreichs versperrt werden, so mußten unbedingt beiderseitige Verzicht auf großdeutsche Anschlußpolitik diktiert werden. Dies sei im Vorgriff auf den – weiter unten dokumentierten – Österreichischen Staatsvertrag bereits an dieser Stelle festgehalten; es muß hier jedoch ein weiterer wesentlicher Punkt im Vorgriff entwickelt werden: nämlich die Tatsache, daß einer der Mitunterzeichner dieses späteren Staatsvertrags, Großbritannien, im Vorfeld der Annexion Österreichs eine außenpolitische Haltung einnahm, die dessen Anschluß an Hitlerdeutschland erleichterte bzw. regelrecht beförderte. Am 19.11.1937 führte der damalige britische Außenminister Lord Halifax im Auftrag seiner Regierung auf dem Obersalzberg eine Unterredung mit Hitler und Ribbentrop, in der er u.a. im Anschluß an eine Behandlung der Fragen „Völkerbund“ bzw. „Abrüstung“ folgendes zu verstehen gibt:

„Alle anderen Fragen könne man dahingehend charakterisieren, daß sie Änderungen der europäischen Ordnung betreffen, die wahrscheinlich früher oder später eintreten würden. Zu diesen Fragen gehöre Danzig und Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden und daß Methoden vermieden würden, die weitergehende Störungen, wie sie weder der Führer noch andere Länder wünschten, verursachen könnten“ (3).

Knapp zwei Wochen vor der Annexion Österreichs fand am 3.3.1938 eine weitere Unterredung in Berlin statt, diesmal zwischen dem britischen Botschafter in Deutschland Sir Henderson einerseits und Hitler bzw. Ribbentrop andererseits. In den Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes heißt es u.a.:

„Reichsaußenminister v. Ribbentrop wies hier auf die dramatische Unterhaltung zwischen dem Englischen Gesandten in Wien und Herrn v. Papen“ (dortiger Vertreter des Deutschen Reichs) „hin, in deren Verlauf sich der Gesandte über den Druck, den Deutschland angeblich auf Österreich ausgeübt habe, aufs Lebhafteste beschwerte. Der ganze Druck ... habe darin bestanden, Österreich auf gewisse Gefahren aufmerksam zu machen und eine Lösung für ihre Abhilfe in Aussicht zu nehmen ... Der britische Botschafter wies darauf hin, daß diese Äußerungen des Gesandten nicht notwendigerweise die Meinung der Britischen Regierung darstellten, und erklärte, wie oft er, Sir Neville Henderson, selbst für den Anschluß eingetreten sei“ (3).

Das heißt, es mußten in jenem späteren Staatsvertrag zusätzlich zu dem Diktat auf beiderseitigen Verzicht auf Anschlußpolitik – auch den imperialistischen Siegermächten (also auch Großbritannien) eine entsprechende Verpflichtung diktiert werden, daß sich Deutschland in diesem Sinne zusammen mit der Sowjetunion binden. Um zu dokumentieren, in welcher Form die westlichen Alliierten den Staatsvertrag abzuschließen gedachten (Entwurf vom 13.3.1952) und welche endgültige Form schließlich von der UdSSR (Fassung vom 15.5.1955) erzwungen wurde, soll dies hinter den jeweiligen Vertragsauszügen (4) im folgenden durch die Jahreszahlen (1952) und/oder (1955) kenntlich gemacht werden:

Präambel: Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich, in der Folge „die Alliierten und Assoziierten Mächte“ genannt, einerseits und Österreich andererseits. (1952/1955)

Im Hinblick darauf, daß Hitler-Deutschland am 13. März 1938 Österreich mit Gewalt annektierte und sein Gebiet dem Deutschen Reich einverleibte. (1952/1955)

Im Hinblick darauf, daß in der Moskauer Erklärung, verlautbart am 1. November 1943 (1952: Moskauer Erklärung vom 1. November 1943), die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika erklärten, daß sie die Annexion Österreichs durch Deutschland am 13. März 1938 als null und nichtig betrachten, und ihrem Wunsche Ausdruck gaben, Österreich als einen freien und unabhängigen Staat wiederhergestellt zu sehen, und daß das Französische Komitee der Nationalen Befreiung am 16. November 1943 eine ähnliche Erklärung abgab. (1952/1955)

Im Hinblick darauf, daß als ein Ergebnis des alliierten Sieges Österreich von der Gewaltherrschaft Hitler-Deutschland befreit wurde. (1955)

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Österreich unter Berücksichtigung der Bedeutung der Anstrengungen, die das österreichische Volk zur Wiederherstellung und zum demokratischen Wiederaufbau seines Landes selbst machte und weiter zu machen haben wird, den Wunsch hegten, einen Vertrag abzuschließen, der Österreich als einen freien, unabhängigen und demokratischen Staat wiederherstellt, wodurch sie zur Wiederaufrichtung des Friedens in Europa beitragen. (1952/1955)

(1952: und) Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte den Wunsch haben, durch den vorliegenden Vertrag in Übereinstimmung mit den

Grundsätzen der Gerechtigkeit alle Fragen zu regeln, die im Zusammenhange mit den oben erwähnten Ereignissen einschließlich der Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland und seiner Teilnahme am Kriege als integrierender Teil Deutschlands noch offenstehen; und (1955)

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Österreich zu diesem Zwecke den Wunsch hegen, den vorliegenden Vertrag abzuschließen, um als Grundlage freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen zu dienen und damit die Alliierten und Assoziierten Mächte in die Lage zu versetzen, die Bewerbung Österreichs um Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen. (1952/1955) ...

(1955: Teil I. Politische und territoriale Bestimmungen)

Art. 1: Die Alliierten und Assoziierten Mächte anerkennen, daß Österreich als ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt ist. (1952/1955)

Art. 2: (1952) Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß sie die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Österreichs, wie sie gemäß dem vorliegenden Vertrag festgelegt sind, achten werden. (1952/1955)

(1952: 2. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß eine politische oder Wirtschaftsunion (Anschluß) zwischen Österreich und Deutschland verboten ist. Österreich erkennt seine Verpflichtungen in dieser Hinsicht voll an.)

Art. 3: Die Alliierten und Assoziierten Mächte werden in den deutschen Friedensvertrag Bestimmungen aufnehmen, welche die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland und den Verzicht Deutschlands auf alle territorialen und politischen Ansprüche in bezug auf Österreich und österreichisches Staatsgebiet sichern. (1955)

(1952: Die Grenzen Österreichs werden jene sein, die am 1. Jänner 1938 bestanden haben.)

Art. 4: 1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland verboten ist. Österreich anerkennt voll und ganz seine Verantwortlichkeit auf diesem Gebiete und wird keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland eingehen.

2. Um einer solchen Vereinigung vorzubeugen, wird Österreich keinerlei Vereinbarung mit Deutschland treffen oder irgendeine Handlung setzen oder irgendwelche Maßnahmen treffen, die geeignet wären, unmittelbar oder mittelbar eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zu fördern oder seine territoriale Unversehrtheit oder politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit zu beeinträchtigen. Österreich verpflichtet sich ferner, innerhalb seines Gebietes jede Handlung zu verhindern, die geeignet wäre, eine solche Vereinigung mittelbar oder unmittelbar zu fördern, und wird den Bestand, das Wiederaufleben und die Tätigkeit jeglicher Organisationen, welche die politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zum Ziel haben, sowie großdeutsche Propaganda zugunsten der Vereinigung mit Deutschland verhindern. (1955)

(1952: Art. 4 betr. „Zurückziehung der Alliierten Streitkräfte“)

Art. 5: Die Grenzen Österreichs sind jene, die am 1. Jänner 1938 bestanden haben. (1955) ...

Der 1952er Entwurf der westlichen Alliierten sichert in Art. 5 Österreich die vollständige Freiheit von jeglichen Reparationen; Art. 6 regelt in ähnlichem Sinne die Frage der „Deutschen Vermögenswerte“, Art. 7 regelt die „Beitrittsklausel“ und Art. 8 die „Ratifikation“ dieses sog. „Kurzvertrags“. Demgegenüber enthält der endgültige Staatsvertrag von 1955 umfassende Regelungen; zunächst noch im Teil I bezüglich der „Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten“ (Art. 7) sowie der „Auflösung nazistischer Organisationen“ (Art. 9) und der „Anerkennung der Friedensverträge“ (Art. 11) mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland sowie den zukünftigen Friedensverträgen mit Deutschland und Japan. Teil II enthält „Militärische und Luftfahrtbestimmungen“ – so u.a. Art. 15 „Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung“ (d.h. auf österreichischen Territorium). Teil IV bestimmt die „Aus dem Krieg herrührenden Ansprüche“ – und zwar wird auch hier Reparationsfreiheit (Art. 21) zugesichert, im übrigen enthält er aber umfangreiche Bestimmungen hinsichtlich der Übertragung der „Deutschen Vermögenswerte in Österreich“ an die durch die faschistische Aggression verwüstete UdSSR. Die übrigen Teile regeln schließlich noch weitere Vermögensfragen, allgemeine Wirtschaftsbeziehungen, Streitfälle, Verkehrsfragen und enthalten Anhänge bezüglich Rüstungsbeschränkungen etc.

Wie der Entwurf der westlichen Alliierten (1952) zeigt, konnte die Sowjetunion ihnen im Staatsvertrag (1955) eine Reihe äußerst wichtiger und – für den Kampf um einen demokratischen Friedensvertrag in Westdeutschland – überaus nützlicher Verpflichtungen aufzwingen. Bedenkt man die vollständige frühzeitige Auslieferung Österreichs ans US-Finanzkapital mittels der „Marshall-Plan-Hilfe“ in Verbindung mit jenen demagogisch-heuchlerischen Forderungen der westlichen Alliierten nach „vollständigem Abzug aller Besatzungstruppen“ – dann muß zugestanden werden, daß der Verbleib der Roten Armee in Österreich bis zum Abschluß jenes Staatsvertrags notwendig war und beides zusammengenommen die Einverleibung Österreichs in die NATO verhindern half.

(1) Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 – 1945, Köln 1977, S. 468 und S. 507

(2) Geschichte der Diplomatie, Berlin (Ost) 1948, S. 225

(3) Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkriegs, Bd. 1, Moskau 1948, S. 34/35 und S. 66

(4) Europa-Archiv 4/1952, S. 486ff., und Europa-Archiv 4/1956, S. 8745ff.

Europäische Gemeinschaft

Die Bourgeoisie hält die EG-Verträge für unkündbar

Die Gründungsverträge der drei europäischen Gemeinschaften enthalten keine Vorschriften darüber, ob ein Mitgliedstaat zum Austritt aus ihnen berechtigt ist. Artikel 240 des EWG-Vertrages und Art. 208 des EAG-Vertrages (Europäische Atom-Gemeinschaft) bestimmen deren Geltungsdauer „auf unbegrenzte Zeit“, während Artikel 97 des EGKS-Vertrages (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) die Geltungsdauer auf 50 Jahre festlegt. Aus letzterer Bestimmung wird allgemein auf eine Mindestgeltungsdauer von 50 Jahren für EWG- und EAG-Vertrag gefolgert.

Da die Verträge kein vereinbartes Austrittsrecht enthalten, so daß nach den Regeln des Völkerrechts kein Mitgliedsstaat unter Berufung auf die Verträge „rechtmäßig“ austreten kann, wären die anderen Mitgliedsstaaten bei dennoch vorgenommenem Austritt eines Staates zu Repressalien und Sanktionen nur dann berechtigt, wenn der betreffende Staat nicht *völkerrechtlich allgemein anerkannte* – nicht vereinbarte – Austrittsgründe geltend machen könnte. Als solche gelten die *Vertragsverletzung* durch andere Mitgliedsstaaten und der sog. *Wegfall der Geschäftsgrundlage*, das heißt, der nach den Vorstellungen der Vertragsschließenden für den Vertragsabschluß wesentlichen Umstände. Als solcher gilt schließlich der aus dem *Zweck des Vertrages* möglicherweise *abzuleitende Wille der Vertragsparteien*, sich auch ohne ausdrückliche Bestimmung ein Kündigungs- oder Austrittsrecht einzuräumen.

Nach Auffassung der westdeutschen bürgerlichen Interpreten des Vertragswerkes sind alle diese Gründe auf die drei Verträge nicht anwendbar. Für die Vertragsverletzung wird dies daraus gefolgert, daß Artikel 170 EWG-Vertrag in einem solchen Fall die Regelung der Anrufung des Gerichtshofes enthält und damit jede andere Konsequenz ausgeschlossen sei. Für den Wegfall der Geschäftsgrundlage wird die Nichtanwendbarkeit damit begründet, daß Art. 95, 96 EGKS-Vertrag, Art. 236 EWG-Vertrag und Art. 204 EAG-Vertrag sogenannte Revisionsklauseln enthalten, die die Rechte der Mitgliedsstaaten bei Eintritt veränderter Umstände begrenzen. Das ungeschriebene Austrittsrecht wird schließlich verneint, weil Ziel des Vertrages sei, über die Errichtung eines gemeinsamen Marktes „einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker“ zu schaffen, auf diesem Weg inzwischen schon wichtige Etappen zurückgelegt worden seien und den beteiligten Volkswirtschaften überhaupt ein kaum noch wiedergutzumachender Schaden zugefügt würde. Die als Wurmfortsatz des westdeutschen Hegemonialanspruchs in der EG sich aufführende Völkerrechtslehre mag als Austrittsgrund für die westdeutschen Imperialisten nicht einmal schamhaft erörtern, wie sie sich den Fall bestehender Militärdiktaturen in Italien und Frankreich – in beiden Ländern wurde diese Möglichkeit Ende der 60er Jahre erörtert – vorstellt. Ihre flinksten Apologeten sprechen den Mitgliedsstaaten dagegen sogar das Recht zur *einverständlichen Auflösung* der Gemeinschaften ab und verneinen damit das elementare Recht auf Souveränität.

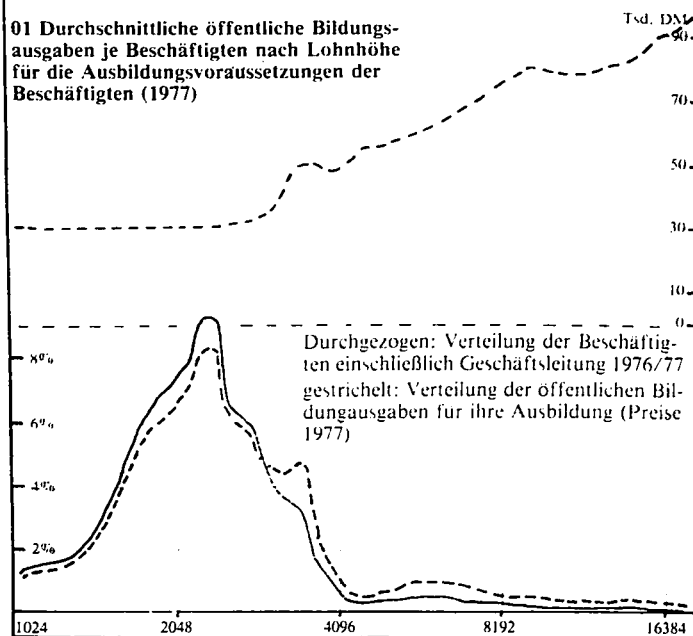
Dem entspricht im innerstaatlichen Recht der BRD das Fehlen einer Entscheidungsbefugnis des Volkes selbst in der verstümmelten Form eines Parlamentsentscheides. Ist für den Abschluß der EG-Verträge die Zustimmung des Parlaments erforderlich, könnte es ihre Aufkündigung nicht mit bindender Wirkung für die Regierung beschließen. Die alleinige Kompetenz liegt beim Bundeskanzler, Art. 65 Grundgesetz. Eine auf Austritt aus den EG-Verträgen gerichtete Initiative des Volkes müßte unter den gegenwärtigen rechtlichen Verhältnissen das Parlament zum Sturz des den Austritt verweigernden Kanzlers durch das sogenannte konstruktive Mißtrauensvotum nach Art. 67 GG zwingen.

Art. 59, Abs. 2 GG: Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung oder der Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes.

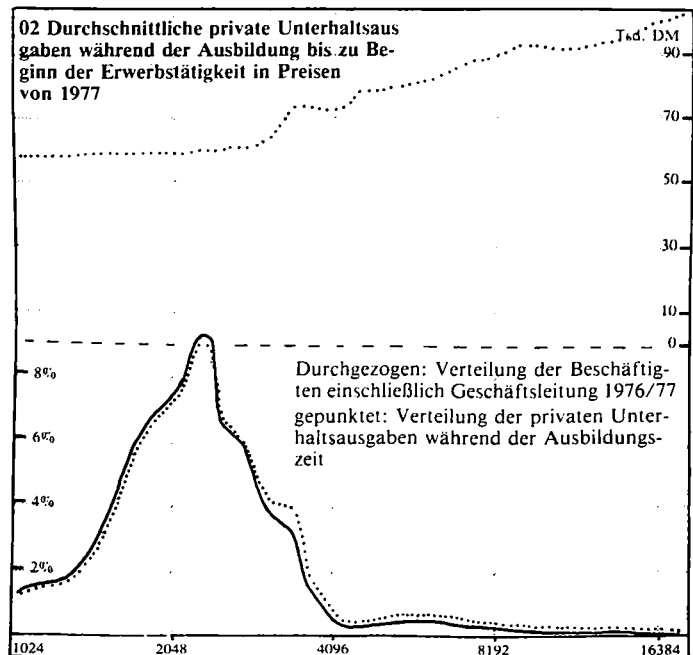
Art. 67 GG: Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Mißtrauen nur dadurch aussprechen, daß er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen.

Lohnhöhe und Ausbildung IV

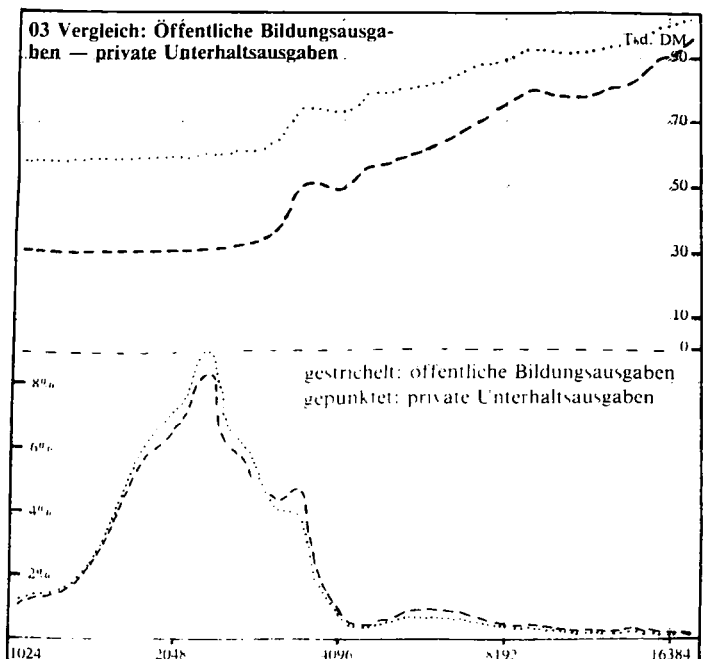
01 Durchschnittliche öffentliche Bildungsausgaben je Beschäftigten nach Lohnhöhe für die Ausbildungsvoraussetzungen der Beschäftigten (1977)



02 Durchschnittliche private Unterhaltsausgaben während der Ausbildung bis zu Beginn der Erwerbstätigkeit in Preisen von 1977



03 Vergleich: Öffentliche Bildungsausgaben — private Unterhaltsausgaben



Die in dieser Reihe durchgeführten Rechnungen dienen bloß dem Zweck der Veranschaulichung. Sie sind nicht genau, weil sehr viele Schätzungen für den Rechenansatz unumgänglich sind und weil die Verschiebung der Bildungsabschlüsse von 1965 auf 1979 in % der gleichaltrigen Bevölkerung immerhin von 6,9% Hochschul- und Fachhochschulreife nach 19,3% ging, wovon die Folgen sich erst langsam abzeichnen und schwer vorhersehbar sind. Die kritischen Bemerkungen gegen das bestehende Bildungswesen, die trotzdem möglich sind, fallen deswegen ziemlich allgemein aus.

Punkt eins: Für die große Masse der auf der Lohnskala verteilten Arbeitskräfte ist der Bildungsaufwand, der ihnen vermittelt über die öffentlichen Haushalte zugeht, gleich. Erst im Bereich der höheren Angestellten ist ein deutliches Ansteigen sichtbar. In Prozenten des jeweiligen Lohnes ausgedrückt, würde dieser Aufwand zunächst steil abfallen, um dann — nicht ganz — proportional sich weiterzuentwickeln. Stellt man diesem öffentlichen Aufwand die Lohnsteuer gegenüber, die von den jeweiligen Lohnklassen gezahlt wird, ergibt sich, daß trotz des niedrigeren Bildungsaufwandes im unteren Bereich ein größerer Teil der Lohnsteuerbeute für Bildung von der Staatskasse verausgabt werden muß. Die Bildung, die von der großen Masse der lohnabhängigen Bevölkerung verlangt wird, erscheint in der fiskalischen Rechnung deswegen als Bezuschussungsprojekt erheblichen Ausmaßes. Der Trieb, Arbeitskräfte zu importieren, welche zwar Steuer zahlen, aber Bildungsaufwand aus der Staatskasse nicht genossen haben, wird erklärlich. Würde es den besitzenden und bestverdienenden Klassen gelingen, die einheitliche Grundschule aufzulösen, würde eine starke Tendenz zu deren völligem Verfall wirksam.

Punkt zwei: Die privat, d.h. aus dem Einkommen und meist über die Familienkasse vermittelten Ausgaben für die Bildung liegen für alle Lohnklassen höher als die staatlich getätigten. Der Anteil der privaten Leistungen an den insgesamt zu tragenden Kosten nimmt jedoch in den höheren Bereichen der Lohnskala sehr stark ab. Sieht man von den aus den entsprechenden Löhnen rückfließenden Steuerleistungen ab, entsteht der Eindruck einer zunehmenden staatlichen Subvention des Bildungsaufwandes. Betrachtet man den privaten Aufwand in jeweiligen Lohnprozenten, so ergibt sich, daß der Bildungsgang in den unteren Berei-

Tabelle 1: öffentliche Ausbildungsausgaben 1977

Ausbildungs-niveau	Ausgaben in Mio. DM	davon Stipendien	Auszubildende in Tsd.	Ausgaben je Auszubild.
Grund- und Hauptschule	16496,6	—	6417,1	2567
Realschule	3059,8	—	1316,7	2324
Gymnasium	7313,0	283,2	1971,7	3709
Beruf. u. überbetriebl. Ausb. . . .	4669,7	174,5	2136,7	2185
Fachschulen	367,2	162,6	171,0	2147
Fachhochschulen	1410,9	423,8	165,4	8530
Hochschulen				
o. Kliniken	9398,5	1193,9	747,9	12567

Quellen und Anmerkungen zur Rechnung

Quellen. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer: Zur Entwicklung der qualifikationsspezifischen Einkommensrelationen in der BRD, Mitteilungen für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 2/1980. — Geschäftsleitung: Gehaltsstrukturuntersuchung '77, Bd. I u. II, Kienbaum Unternehmensberatung, Gummersbach 1977. — Verteilung des Steueraufkommens: Lohnsteuerstatistik 1977, vorläufiges Ergebnis vom 30.01.81, Statistisches Bundesamt Wiesbaden. — Bildungsausgaben 1977: Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 3.4 Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für Bildung, Wissenschaft und Kultur. — Angaben über Auszubildende: Grund- und Strukturdaten 1980/81, hrsg. v. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. — Angaben aus Sonderauswertungen der Volkszählung von 1970: G. Weißhuhn, Sozioökonomische Analyse von Bildungs- und Ausbildungsaktivitäten, Westberlin 1977.

Bilder 1-3: Dem Rechenmodell liegen die Kosten-, Einkommens- und Besteuerungsverhältnisse des Jahres 1977 zugrunde. Einzelne Strukturangaben (z.B. Erwerbsjahre) mußten den Ergebnissen der Volkszählung 1970 entnommen werden

chen der Lohnskala ein Opfergang ist, selbst wenn man von der Schulunterdrückung einmal ganz absieht.

Punkt drei: Versucht man nun, wie in Schaubild Nr. 6 geschehen, den Bildungsaufwand bereinigt um die anrechenbare Lohnsteuerleistung in Prozenten des hernach erzielten Einkommens auszudrücken, findet man dies Phänomen wieder: Die aus dem persönlichen Einkommen getragenen Bildungskosten für die Ware Arbeitskraft sind nicht lohnproportional. Der Effekt ist so eindeutig, daß die vielen Ungenauigkeiten der Berechnung für die Beurteilung unwesentlich werden. Allerdings erscheint nach dieser Rechnung eine gewisse Proportionalzone, in der gesteigerte Bildungsanstrengung mit gesteigertem Einkommen proportional geht. Das Gebiet, in dem dies der Fall zu sein scheint, beginnt auf der Lohnskala über dem Maximum der Belegung.

Zum Abschluß dieser Reihe läßt sich als vorläufiges Ergebnis festhalten: Die Verteilung der Arbeitskräfte auf der Lohnskala, d.h. die Hierarchie der Löhne und Gehälter, läßt sich aus den unterschiedlichen Reproduktionskosten, wie sie durch Bildung anfallen, nicht erklären. Wären die Unterschiede in diesen Kosten das regulierende Moment, so dürfte für die große Masse der Lohnabhängigen praktisch gar keine Lohn differenzierung stattfinden und für den darübergelegenen Bereich nur eine schwache. Die tatsächliche Streuung des Bildungsaufwandes ist bedeutend geringer als die tatsächliche Streuung der Löhne und Gehälter. Zwar läßt sich behaupten, daß der Bildungsaufwand an den Arbeitskräften mit steigendem Lohn höher war, aber diese Behauptung gilt für den unteren Bereich der Lohnskala nicht, d.h. für die Masse der Gewerkschaftsmitglieder z.B. nicht, und für den darübergelegenen Bereich besteht auch keine Proportionalität. Verbesserte Berechnungsmethoden würden wahrscheinlich einen Proportionalbereich, der sich bereits jetzt bei roher und mehr geschätzter Berechnung abzeichnet, noch exakter ergeben. In diesem Proportionalbereich würde dann die Behauptung zutreffen, daß der Lohn bzw. hier fast immer das Gehalt sich aus dem Bildungsaufwand ergibt. In diesen Proportionalbereich wird auch aller Voraussicht nach der große Teil der angewachsenen Masse von Arbeitskräften mit höherer Bildung einströmen. Aus dieser sozialen Sphäre stammt auch die Theorie von der Verursachung der Lohn- und Gehaltsdifferenzierung durch Bildungskosten und für diese Sphäre stimmt sie dem Anschein nach auch wirklich. Die entsprechenden Theorien sind deswegen wahrscheinlich weder falsch noch einseitig noch verkürzt, sondern spiegeln die Lage einer schmalen Schicht von Lohnabhängigen ganz gut wieder, erfassen aber die Lage der Lohnabhängigen im allgemeinen nicht, noch die der Arbeiterklasse im strengen Sinn.

Tabelle 2: Privater Unterhalt für die gesamte Ausbildung in DM

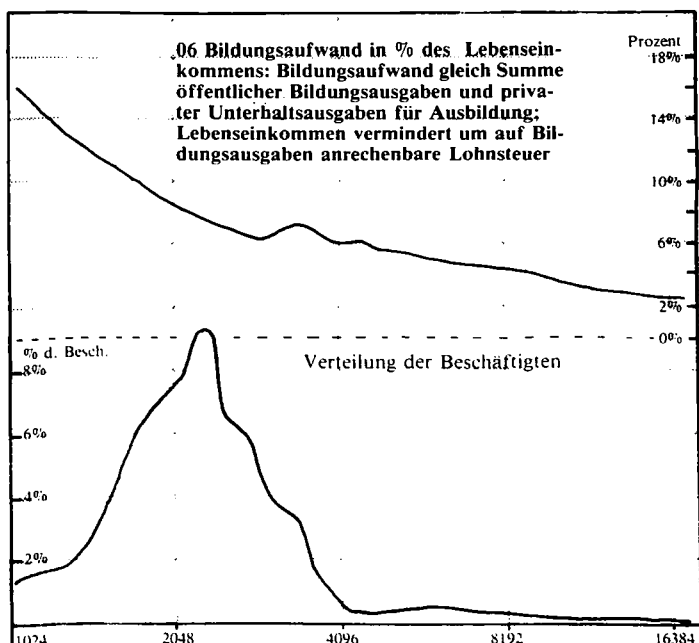
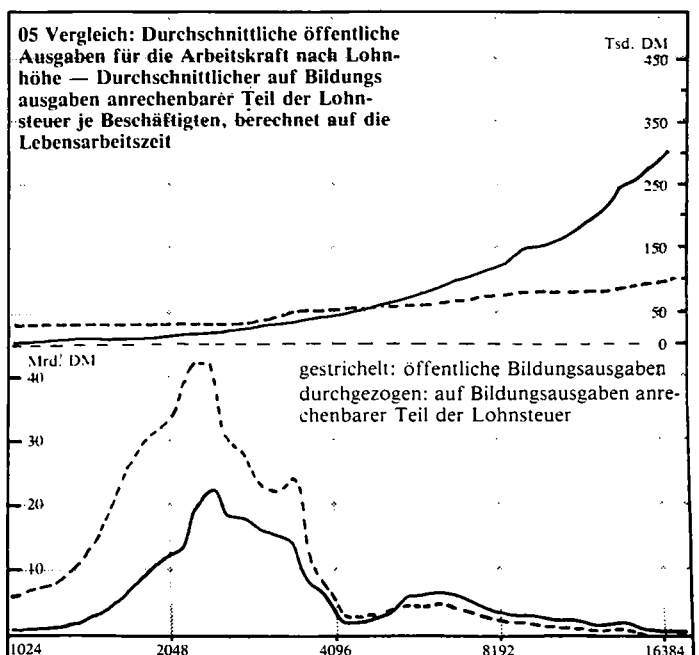
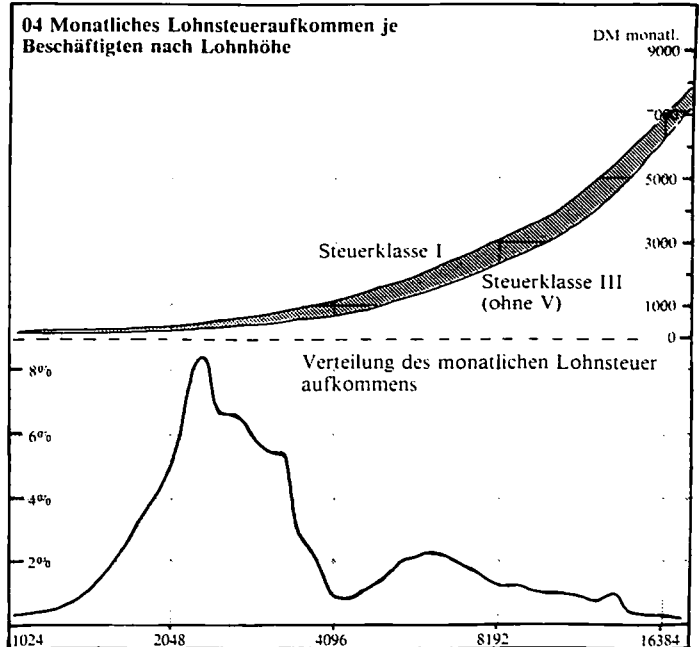
Bildungsabschluß	Unterhaltsansatz	Vergütungen, Stipendien	persönliche Kosten	Erwerbsjahre
ohne abgeschl. Ausbildung	70 344	16 020	54 324	45,0
nur Abitur	78 960	432	78 528	45,0
abgeschlossene Berufsausbild . . .	70 344	16 020	54 324	44,0
Fachschule	97 080	16 427	80 653	40,0
Fachhochschule . . .	106 123	19 539	86 584	39,0
Hochschule	118 147	8 731	109 416	37,5

(vergl. Tabelle 1). Die durchschnittlichen öffentlichen Angaben nach Lohnhöhe sind ermittelt entsprechend dem Anteil der Bildungsabschlüsse an den Beschäftigten der Lohnklasse. Dem privaten Unterhaltsansatz liegt das Doppelte des gerichtlich üblichen Unterhaltssatzes für die Leistungen eines Elternteils zugrunde bei durchschnittlichem Einkommen.

Bild 4: Die monatlichen Steuerbeträge sind angenähert aufgrund der Lohnsteuerstatistik 1977. Da eine genaue Berechnung der Steuerbelastung für den einzelnen Lohnabhängigen nach Lohnhöhe nicht möglich ist, mußte die monatliche Steuerbelastung ermittelt werden als einfacher Durchschnitt zwischen der höchsten (St.kl. I) und der niedrigsten (III o. V) Belastung einzelner Einkommen. Einkommensteuer-veranlagte Lohnabhängige sind enthalten.

Bild 5: Als auf Bildungsausgaben anrechenbarer Teil der Steuer geht in diese Rechnung der Anteil der Lohnsteuer ein, der dem Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt entspricht (1977: 9,23%).

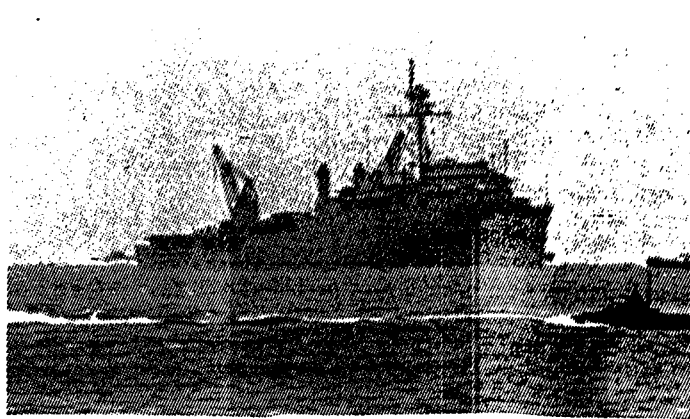
Bild 6: Der Prozentanteil ist aufgrund der vorhergehenden Ergebnisse nach folgender Rechnung ermittelt: (öffentliche Ausgaben plus privater Unterhalt) : (Lebenswerbseinkommen - auf Bildung anrechenbarer Teil der Steuer) x 100.



Südeuropa

NATO-Umtriebe im östlichen Mittelmeerraum

Mit wirtschaftlichem und politischem Druck erzwangen die US- und westeuropäischen Imperialisten die Rückkehr Griechenlands in die Militärorganisation der NATO. Verhandlungen über US-Stützpunkte in Griechenland stehen vor dem Abschluß. In der Türkei verhalten sie dem reaktionären Militärregime zur Macht, nicht nur zur Befriedung der türkischen Volksmassen, sondern auch zwecks Aufrüstung der „Südflanke“ im Zuge der allgemeinen Kriegsvorbereitung.



Öffentlicher Dienst

Wenn die Gewerkschaften vor Baumkuschen, wird Kohl Kanzler

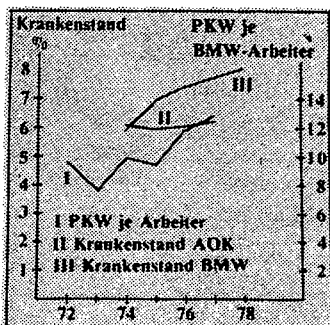
1974 verweigert Genscher, damals Innenminister und Verhandlungschef der öffentlichen Hände, einen tragbaren Tarifabschluß. Genscher muß nachgeben. Die Kapitalisten schäumen. Das Kabinett Brandt wird durch ein Kabinett Schmidt ersetzt. Die im öffentlichen Dienst tätigen Gewerkschaften vermeiden seit-

her die Konfrontation mit der Regierungspolitik. Die jetzigen Haushaltserörterungen zeigen jedoch, daß erträgliche Kompromisse nicht mehr zu finden sind. Wird es tatsächlich der CDU/CSU-Opposition zum Regierungsantritt verhelfen, wenn sich die Belegschaften im öffentlichen Dienst wieder ernsthaft zu wehren beginnen?



Kostendämpfung

Raschere Vernutzung der ganzen Lebenskraft der Arbeiter



51% der Lohnabhängigen werden vor dem 65. Lebensjahr verrentet. Gymnastik am Arbeitsplatz statt Massage, Inhalieren beim Betriebsarzt statt Krankschreiben: mit Propaganda und Druck in den Betrieben treiben die Kapitalisten die jüngere Arbeitskraft zur restlosen Verausgabung aller Reserven in Akkord und Schicht. Wer verschlissen ist,

auf den wartenden Rezeptgebühr, Streichung von Medikamenten, Massagen und Heilmitteln, zu frühe Entlassung aus überfüllten Krankenhäusern, Kürzung von Krankschreibung und Kuren, begleitet von der Propaganda des humanen Sterbens. Die Bourgeoisie setzt auf vollständige Vernutzung kurzlebiger Arbeitergenerationen.

Frankreich

Kann die Arbeiterbewegung den neuen Spielraum nutzen?

Staatspräsident Mitterand hat Parlamentsneuwahlen angesetzt, um die bisherige Mehrheit der Reaktion zu brechen. Die verfügte 10%ige Erhöhung der Mindestlöhne wie die Anhebung der Mindestrente um 20% kommen langjährigen Gewerkschaftsforderungen entgegen. Soll die französische Arbeiterbewegung ihre Position jedoch nachhaltig verbessern, ist die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Aktionseinheit unabdingbar.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1, 2-5, Karmelstr. 19

Tel.: 0221 / 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1, Karmelstr. 19

Tel. 0221 / 517377

Bezugsbedingungen

Politische Berichte, Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM

Politische Berichte sowie die Heft Nachrichten, Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 19,- DM, Jahresabonnement 38,- DM

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind an:

GNN Verlagsgesellschaft

5000 Köln 1, Karmelstr. 19

Tel. 0221 / 517377